



Sparkasse KölnBonn

Jahresabschluss 2017

Name der Gesellschaft	Sparkasse KölnBonn
Sitz	Hahnenstraße 57, 50667 Köln
eingetragen beim Amtsgericht	Köln
Register Nr.	HRA 7961
Land	Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk	Köln

Gegründet 1826
Kreditanstalt des öffentlichen Rechts
Träger der Sparkasse KölnBonn ist der Sparkassenzweckverband
"Zweckverband Sparkasse KölnBonn"

Die Sparkasse KölnBonn im Internet:

Jederzeit erreichbar unter:

www.sparkasse-koelnbonn.de

Hier finden Sie Informationen zu
unserem gesellschaftlichen Engagement:

www.sparkasse-koelnbonn.de/engagement

www.sparkasse-koelnbonn-stiftungen.de

Sparkasse KölnBonn

Jahresabschluss 2017

Inhalt

Lagebericht	4
A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse KölnBonn	4
B. Wirtschaftsbericht	5
C. Rechnungslegungsprozess	17
D. Chancen- und Risikobericht	19
E. Prognosebericht	33
Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit der Sparkasse KölnBonn	36
Jahresabschluss (HGB)	40
Aktiva	41
Passiva	42
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017	43
Eigenkapitalpiegel	45
Kapitalflussrechnung	46
Anhang zum Jahresabschluss	48
Grundlagen der Rechnungslegung	48
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	48
Ausweis in der Bilanz und der GuV sowie im Anhang	54
Sonstige Angaben	67
Nachtragsbericht	79
Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn	80
Vorstand	83
Anlage zum Jahresabschluss	84
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	85
Bericht des Verwaltungsrates	94

Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse KölnBonn

Geschäftsmodell

Die Sparkasse KölnBonn ist eine Kreditanstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 1 Sparkassengesetz NRW. Der Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband "Zweckverband Sparkasse KölnBonn".

Die Sparkasse betreibt als Universalkreditinstitut Bankgeschäfte im Sinne des Kreditwesengesetzes. Sie dient der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere in der Wirtschaftsregion Köln/Bonn, sowie der entsprechenden Versorgung ihres Trägers. Die Sparkasse stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Das Geschäftsmodell der Sparkasse KölnBonn besteht aus vier strategischen Geschäftsfeldern:

- Privatkunden
- Firmenkunden
- Kapitalmarktgeschäft
- Corporate Center (Verwaltungs- und sonstige Geschäftsaktivitäten)

Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Sie unterliegt dem Regionalprinzip der Sparkassen. Danach stimmt das Geschäftsgebiet einer Sparkasse im Allgemeinen mit dem Gebiet des jeweiligen kommunalen Trägers überein. Wichtige Eckpunkte der Sparkasse KölnBonn sind ihre Gemeinwohlorientierung, ihre kommunale Bindung, die dezentrale Unternehmerverantwortung und die Zusammenarbeit im Verbund mit den anderen Einrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Sparkasse KölnBonn ist Mitglied im Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) angeschlossen.

Die Sparkasse KölnBonn sowie die Sparkassen in Deutschland werden durch ein als Einlagensicherungssystem anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe gesichert. Die Mitglieder stehen füreinander ein und sichern den Bestand der Institute. Auf diese Weise schützt die Institutssicherung auch die Einlagen der Kunden. Alle Sparkassen sind Mitglieder des zuständigen regionalen Stützungsfonds. Sollte ein Institut in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, wird es vom jeweiligen Fonds gestützt, um Liquidität und Solvenz zu gewährleisten. Wenn bei einem regionalen Stützungsfonds die Mittel für eine mögliche Stützung nicht ausreichen sollten, tritt ein überregionaler Ausgleich ein. Die übrigen Sparkassenstützungsfonds würden sich in diesem Fall an einer Stützung beteiligen. In einem weiteren Schritt stehen bei Bedarf die gesamten Mittel aller Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken und des Sicherungsfonds der Landesbausparkassen zur Verfügung.

Die Sparkasse KölnBonn ist kapitalmarktorientiert, da sie einen organisierten Markt im Sinne des § 2 Absatz 5 Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) durch von ihr emittierte Wertpapiere im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 1 des WpHG in Anspruch nimmt.

Die Sparkasse KölnBonn verzichtet unter Verweis auf § 290 Absatz 5 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 weiterhin durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahr 2017 um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr und entwickelte sich damit noch dynamischer als im Jahr 2016. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Da in 2017 rechnerisch drei Arbeitstage weniger zur Verfügung standen als im Vorjahr, lag das kalenderbereinigte Wachstum sogar bei 2,5 Prozent.

Die positiven Wachstumsimpulse kamen hauptsächlich aus dem Inland. So wuchsen die privaten Konsumausgaben dank einer guten Beschäftigungsentwicklung und steigender Reallöhne preisbereinigt um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen im Unterschied zum Vorjahr mit 1,6 Prozent unterdurchschnittlich. Besonders deutlich zogen die Investitionen an, die einen Zuwachs von 3,3 Prozent gegenüber 2016 aufwiesen. Ein starkes Wachstum verbuchten dabei die Ausrüstungsinvestitionen mit einem Zuwachs von 4,0 Prozent. Die Bauinvestitionen wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent. Der Außenbeitrag steuerte rein rechnerisch 0,2 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei.

Die deutsche Wirtschaft hat ihren Wachstumskurs auch im vierten Quartal 2017 fortgeführt. So stieg das BIP preisbereinigt um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich überwiegend aus dem Ausland. So hatte der Außenbeitrag dank stark steigender Exporte einen positiven Effekt auf das BIP. Während der Staat seine Konsumausgaben erhöhte, lagen die privaten Konsumausgaben in etwa auf dem Niveau des Vorquartals. Einen positiven Wachstumsbeitrag lieferten zudem die Ausrüstungsinvestitionen. Investitionen in Bauten waren dagegen leicht rückläufig.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich in 2017 weiter sehr erfreulich und profitierte dabei von einer breit angelegten Konjunkturaufschwung. Die Arbeitslosigkeit ist zum vierten Mal in Folge gesunken und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kräftig gestiegen. In 2017 sank die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt um 158.000 auf 2.533.000 Personen. Unter Berücksichtigung von Personen in Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit lag die Unterbeschäftigung durchschnittlich bei 3.517.000 Personen und damit um 60.000 Personen unter Vorjahresniveau. Die Erwerbstätigkeit stieg im Jahresdurchschnitt um 638.000 auf 44,27 Mio. und erreichte damit ihren höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Wie schon in den Vorjahren hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärker zugenommen als die Erwerbstätigkeit insgesamt. Die übrigen Formen der Erwerbstätigkeit z.B. geringfügige Beschäftigung oder Selbstständigkeit waren weiter rückläufig. Per Juni 2017 lag die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer bei 32,17 Mio. Personen und damit um 722.000 Personen über dem Niveau des Vorjahres. Neben konjunkturellen Faktoren war der Zuwachs auch auf den sektoralen Wandel, eine hohe Arbeitsmarkttension und Zuwanderung zurückzuführen.

Die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt hat sich im vierten Quartal 2017 weiter fortgesetzt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg auf anhaltend hohem Niveau weiter an. Im Dezember nahm die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt gegenüber dem Vorjahresmonat nochmals spürbar ab.

Die Verbraucherpreise in Deutschland erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2017 gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent und damit deutlich stärker als in den letzten Jahren. So lag die Inflationsrate von 2014 bis 2016 jeweils unterhalb von einem Prozent. Maßgeblich für den deutlichen Anstieg der Jahresteuersatzrate waren die Energie- und Nahrungsmittelpreise, die sich gegenüber 2016 um 3,1 Prozent bzw. 3,0 Prozent verteuerten. Im Wirtschaftsraum der Europäischen Währungsunion lag die Inflationsrate, gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex, im Jahresdurchschnitt 2017 bei 1,5 Prozent.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in 2017 ihre ultralockere Geldpolitik fortgeführt und damit die Wirtschaft in der Eurozone weiter unterstützt. So wurden insbesondere die Anleihekäufe fortgeführt, auch wenn das Volumen der monatlichen Käufe ab April 2017 von 80 Mrd. Euro auf 60 Mrd. Euro reduziert wurde. Im Oktober 2017 hat der EZB-Rat eine Fortführung der Anleihekäufe bis mindestens September 2018 beschlossen bei einer Halbierung der Anleihekäufe ab Januar 2018. Zudem signalisierte die EZB, dass die Leitzinsen noch für einige Zeit nach dem Ende des Anleihekaufprogramms unverändert bleiben werden und begründete dies mit der anhaltend niedrigen Inflation in der Eurozone.

Wirtschaft in der Region Köln/Bonn 2017

In der Region KölnBonn stand die Entwicklung der Wirtschaft unter einem positiven Vorzeichen. Getragen von einer robusten Binnennachfrage, der positiven Arbeitsmarktentwicklung und dem anhaltend niedrigen Zinsniveau befand sich die Wirtschaft auch im Jahr 2017 in einer guten Verfassung. Das anhaltende positive Vertrauen der Unternehmen in die weitere Entwicklung bestätigte sich im Jahresverlauf durch Berichte über eine gute und sich aufhellende Geschäftslage. Die regionale Wirtschaft zeigte sich – wie die nationale Wirtschaft – äußerst robust gegenüber internationalen Entwicklungen.

Auch zum Jahreswechsel 2017/18 befindet sich die regionale Wirtschaft weiterhin in einer Hochlage. Zusammen mit der dynamischen Entwicklung des Außenbeitrages, der positiven Tendenz auf dem Arbeitsmarkt und der fortgesetzten Konsumbereitschaft der privaten Verbraucher sind die Aussichten für die Wirtschaft in der Region KölnBonn weiterhin gut. Die Geschäftslage befindet sich weiter auf einem Hoch. Gut gefüllte Auftragsbücher und die hohe Kapazitätsauslastung lassen die Unternehmen zuversichtlich in die Zukunft blicken. Hierzu dürfte die erfreuliche Entwicklung der Exporte beigetragen haben. Angesichts dieses freundlichen Klimas, sollte sich die positive wirtschaftliche Entwicklung 2018 weiter verfestigen. Der von vielen Unternehmen geschilderte Fachkräftemangel und gestiegene Arbeitskosten könnten sich dabei jedoch belastend auswirken.

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt setzte sich auch 2017 in der Region Köln/Bonn fort. Abgesehen von saisontypischen Schwankungen sanken die Arbeitslosenzahlen und der Arbeitskräftebedarf der Unternehmen stieg an.

In der Domstadt Köln lag Ende Juni 2017 die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 553.442 Personen um 3,1 Prozent höher als noch 12 Monate zuvor. Diese erfreuliche Entwicklung machte sich auch bei der Arbeitslosenstatistik bemerkbar: Im Jahresdurchschnitt waren 48.227 Kölnerinnen und Kölner arbeitslos gemeldet, was einem Rückgang um 2,8 Prozent gegenüber 2016 entspricht. Die Arbeitslosenquote sank dementsprechend um 0,3 Prozentpunkte auf 8,4 Prozent. Der positive Trend setzte sich bis zum Jahresende fort. Im Dezember 2017 sank die Arbeitslosigkeit in Köln auf den niedrigsten Stand seit sechs Jahren. Die Anzahl der gemeldeten Arbeitslosen lag mit 46.310 Menschen unter dem Jahresdurchschnitt. Auch die Arbeitslosenquote lag mit 8,1 Prozent unter dem Jahresmittel.

In der Beethovenstadt Bonn stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Bonn um 2,2 Prozent auf 173.531 Personen. Entsprechend positiv wirkte sich dies auf die Arbeitslosenstatistik aus. Im Jahresdurchschnitt waren 11.156 Personen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt von 7,1 Prozent auf 6,7 Prozent. Die positive Tendenz auf dem Bonner Arbeitsmarkt setzte sich auch am Jahresende 2017 fort, die Arbeitslosenquote fiel auf 6,6 Prozent. Die Anzahl der arbeitslos gemeldeten Personen ging auf 10.929 Personen zurück.

Zum Jahresbeginn 2018 weisen einschlägige Umfragen bei Unternehmen in der Region Köln/Bonn eine gestiegene Bereitschaft zur Einstellung von Arbeitskräften auf. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der Region dürfte sich vor diesem Hintergrund anhaltend positiv entwickeln. Determinierender Faktor kann dabei der Fachkräftemangel sein.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen 2017

Im Jahr 2017 hat sich das Umfeld für die internationale Kreditwirtschaft nach zwei Jahren rückläufiger globaler Wachstumsraten der globalen Wirtschaft und einem in den vergangenen Jahren sukzessiv gesunkenen Zinsniveau gewandelt. So begünstigt das robuste globale Wirtschaftswachstum ein von sehr niedrigem Niveau ausgehendes langsam wieder steigendes Zinsniveau. Derzeit sind erste Anzeichen einer Veränderung der Struktur des deutschen Finanzsystems, etwa durch technischen

Fortschritt oder neue Wettbewerber, zu beobachten. Einzelne Banken ziehen sich aus internationalen und risikoreichen Geschäftsfeldern zurück, während Investmentfonds und technologische Finanzinnovationen (Fintechs) zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Von dem robusten wirtschaftlichen Umfeld profitieren private Haushalte und Unternehmen ebenso wie Finanzinstitute. So haben die privaten Haushalte wie auch die nichtfinanziellen Unternehmen in den letzten Jahren ihren Verschuldungsgrad sukzessive zurückgefahren. Die Eigenkapitalquote der Unternehmen ist seit Ende der 1990er Jahre um über 10 Prozentpunkte auf durchschnittlich rund 30 Prozent der Bilanzsumme im Jahr 2015 gestiegen, die Zinszahlungen haben sich in den letzten zehn Jahren im Verhältnis zu den Unternehmensgewinnen vor Steuern und Zinsen ungefähr halbiert. Auch die durchschnittliche Zinsbelastung der privaten Haushalte in Relation zum verfügbaren Einkommen hat sich seit Mitte der 2000er Jahre mehr als halbiert. Von der verbesserten Bonität der Kreditnehmer profitieren wiederum die deutschen Banken. Die erwartete Zahl und Kosten künftiger Kreditausfälle sind niedrig; die Risikovorsorge befindet sich auf tiefem Niveau.

Die deutschen Kreditinstitute haben ihre Kreditvergabepolitik in 2017 im Firmenkunden- sowie Konsumenten- und Wohnungsbaukreditgeschäft weiter gelockert. Die Anpassungen der Kreditbedingungen betrafen überwiegend die Margen der Banken: Sowohl im Firmenkundengeschäft wie auch bei der privaten Wohnungsbaufinanzierung reduzierten sie die Aufschläge deutlich. Auslöser dieser Margenverengungen war nach Angaben der Banken der hohe Wettbewerbsdruck. Die Nachfrage nach Krediten stieg im Unternehmensgeschäft spürbar. Der Mittelbedarf der privaten Haushalte nach Wohnungsbaukrediten veränderte sich dagegen insgesamt wenig, während Konsumentenkredite stärker nachgefragt waren. In der zweiten Jahreshälfte 2017 stärkten die Banken im Hinblick auf die neuen regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Veränderungen ihre Eigenkapitalposition erneut.

Die Struktur des Finanzsystems in Deutschland hat sich seit der Krise der Jahre 2008/2009 verändert. Gemessen an den finanziellen Aktiva zeigt sich, dass der Sektor der Monetären Finanzinstitute (MFI) gegenüber anderen Finanzsektoren, wie z.B. Versicherungen und Investmentfonds, relativ an Bedeutung verloren hat. Ein ähnlicher Befund ergibt sich für den Euroraum. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass der Wert der finanziellen Vermögenswerte des MFI-Sektors seit dem Jahr 2009 relativ konstant blieb, während der Wert der finanziellen Aktiva der übrigen Finanzsektoren weiter gewachsen ist. Zudem hat der Bankensektor im Zuge eines allgemeinen Entschuldungs-Prozesses Verbindlichkeiten abgebaut und die Verflechtung der Banken untereinander ist zurückgegangen. Ein Treiber für strukturelle Veränderungen, der immer stärker an Wichtigkeit gewinnt, ist darüber hinaus die Digitalisierung. Technologische Finanzinnovationen (Fintechs) gewinnen an Bedeutung. Allerdings lassen sich die damit verbundenen Folgen für die Finanzstabilität laut Bundesbank aufgrund der frühen Phase der Innovation und der aktuell noch unzureichenden Datenlage schwer abschätzen. Weitere strukturelle Anpassungen dürften zudem durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU in den nächsten Jahren und die daraus resultierenden Änderungen in der Bankenlandschaft notwendig werden.

2. Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Der Jahresabschluss der Sparkasse KölnBonn wurde für das Geschäftsjahr 2017 unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellt.

Abweichungen in den Summenzeilen oder Unterpositionen der nachfolgenden Tabellen und Texte resultieren aus Rundungsdifferenzen.

Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Sparkasse KölnBonn ist in 2017 insgesamt zufriedenstellend verlaufen. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) verringerte sich um 3,6 Prozent auf 26.491 Mio. EUR. Die Bilanzsumme sank planmäßig um 3,7 Prozent auf 26.079 Mio. EUR. Ursache hierfür waren hauptsächlich gesunkene Einlagen, die weiter fortschreitende Reduktion von Großengagements im Kreditgeschäft sowie reduzierte Barreserven bei der Bundesbank.

	31.12.2016	31.12.2017	Veränderungen	Veränderungen
Wesentliche Positionen	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in Prozent
Geschäftsvolumen	27.472	26.491	-981	-3,6
Bilanzsumme	27.068	26.079	-990	-3,7
Kreditvolumen	18.818	18.508	-310	-1,6
Kundeneinlagen	20.142	19.675	-467	-2,3
Depotvolumen	11.624	13.223	1.599	13,8

Kreditgeschäft

	2013	2014	2015	2016	2017
Kreditvolumen	Mio. EUR				
Forderungen an Kunden	19.668	19.255	19.054	18.402	18.085
Treuhandkredite	17	15	14	12	11
Eventualverbindlichkeiten	385	553	432	404	412
Gesamt	20.070	19.823	19.500	18.818	18.508

Die strategische Reduktion des Kreditvolumens durch den Abbau von großen Tranchen im Kreditgeschäft setzte sich auch im Geschäftsjahr 2017 weiter fort. Zudem war das Volumen von Kommunal-krediten anhaltend rückläufig, so dass das Kreditvolumen um insgesamt 1,6 Prozent auf 18.508 Mio. EUR zurückging. Der Bestand an "Unwiderruflichen Kreditzusagen" (Passiva Unterstrich Posten 2. c) ist aufgrund der Umwandlung unwiderruflicher Kontokorrentkreditzusagen in widerrufliche Zusagen um 43,2 Prozent auf 902 Mio. EUR gesunken.

	2013	2014	2015	2016	2017
Kreditvolumen nach Kreditnehmern	Mio. EUR				
Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige	12.242	11.436	11.111	11.133	11.115
Private	6.608	6.629	6.639	6.352	6.117
Sonstige	1.220	1.758	1.750	1.333	1.276
Gesamt	20.070	19.823	19.500	18.818	18.508

Insgesamt waren zum Stichtag an Firmenkunden und wirtschaftlich Selbstständige 11.115 Mio. EUR, an Privatkunden 6.117 Mio. EUR sowie an sonstige Kunden (zum Beispiel Kommunen, Versicherungen, Kirchen, Vereine) 1.276 Mio. EUR ausgeliehen. Die Versorgung der in der Region ansässigen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie der Bürger mit Kreditmitteln bleibt der Sparkasse auch weiterhin ein Hauptanliegen.

Eigenanlagen in Wertpapieren

Der Gesamtbestand der Eigenanlagen (Bilanz-Posten Aktiva 5 und 6) der Sparkasse KölnBonn in Höhe von 3.551,6 Mio. EUR, inklusive der Zinsabgrenzungen, gliedert sich in die Bestandteile Staatsanleihen (700,9 Mio. EUR), Wertpapiere von Finanzinstituten (2.714,2 Mio. EUR, davon 55,9 Mio. EUR Verbriefungstransaktionen) und Unternehmensanleihen (136,5 Mio. EUR, davon 69,4 Mio. EUR Verbriefungstransaktionen).

Zum Bilanzstichtag waren insgesamt 250,1 Mio. EUR dem Anlagevermögen, das nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wird, zugeordnet. Dieses entspricht circa 7 Prozent der Eigenanlagen. Die ABS-Strukturen der Sparkasse KölnBonn wurden im vergangenen Geschäftsjahr durch Tilgungen weiter reduziert.

In 2017 sind bei den Eigenanlagen Bewertungs- und Realisierungsergebnisse von per Saldo -17,1 Mio. EUR angefallen. Darin verrechnet sind Ergebnisse von 1,2 Mio. EUR aus strukturierten Investments, 0,4 Mio. EUR aus Wertpapieren von Emittenten der GIIPS-Staaten sowie -18,7 Mio. EUR aus sonstigen Wertpapieren.

Derivative Geschäfte

Derivative Finanzinstrumente werden bei der Sparkasse KölnBonn grundsätzlich für Sicherungszwecke abgeschlossen. Der Einsatz erfolgt im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung. Zudem werden Bewertungseinheiten zur Absicherung von Zins-, Währungs- und sonstigen Marktpreisrisiken gemäß § 254 HGB gebildet.

Die Angaben zur Bilanzierung und Bewertung der Derivate sowie die beizulegenden Zeitwerte einschließlich der zugehörigen Nominalwerte der zum Stichtag offenen Derivatepositionen sind dem Anhang zu entnehmen.

Beteiligungen

Der unter den Beteiligungen (Bilanz-Posten Aktiva 7) und Anteile an verbundenen Unternehmen (Bilanz-Posten Aktiva 8) ausgewiesene Anteilsbesitz der Sparkasse KölnBonn stieg um 0,1 Prozent auf 409,3 Mio. EUR.

Immobilien

Die unter den Sachanlagen (Aktiva 12) ausgewiesenen Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung der Sparkasse sanken um 12,6 Prozent auf 124,5 Mio. EUR. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den Verkauf diverser, größtenteils nicht betrieblich genutzter Immobilien zurückzuführen.

Im Zusammenhang mit dem Projekt "Rheinparkmetropole" (Entwicklung des alten Messegeländes in Köln-Deutz zu einer Gewerbe- und Büroimmobilie) ergaben sich auch in 2017 Fragestellungen, die sich in den Bewertungen zum Jahresabschluss niederschlagen. Latent vorhandene Risiken sind in angemessenem Umfang abgeschirmt. Hinsichtlich der beauftragten Leistungen sowie bestehenden vertraglichen Verpflichtungen, die von der Sparkasse KölnBonn übernommen wurden, verbleiben jedoch projektimmanente Unsicherheiten.

Einlagengeschäft

	2013	2014	2015	2016	2017
	Mio. EUR				
Kundeneinlagen					
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18.171	18.282	18.828	19.849	19.333
Verbrieftete Verbindlichkeiten	143	106	66	54	60
Nachrangige Verbindlichkeiten	564	473	317	239	282
Gesamt	18.878	18.861	19.211	20.142	19.675

Die gesamten Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbriefte Verbindlichkeiten ohne Kreditinstitute und nachrangige Verbindlichkeiten ohne Kreditinstitute) verringerten sich um 2,3 Prozent auf 19.675 Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verringerten sich im Geschäftsjahr 2017 um 2,6 Prozent auf 19.333 Mio. EUR. Maßgeblich trugen geringere Bestände an täglich fälligen Einlagen von Kunden zu der Reduktion bei.

Die verbrieften Verbindlichkeiten stiegen um 11,1 Prozent auf 60 Mio. EUR. Darin enthalten ist die Begebung von Inhaberschuldverschreibungen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten stiegen um 18,0 Prozent auf 282 Mio. EUR.

	2013	2014	2015	2016	2017
Kundeneinlagen nach Produkten	Mio. EUR				
Sichteinlagen/Anlagekonten	9.316	9.873	10.890	12.042	11.646
Termineinlagen	562	464	296	309	286
Spareinlagen	5.045	5.224	5.126	5.201	5.260
Sparkassenbriefe	3.689	3.069	2.753	2.515	2.402
Schuldverschreibungen	266	231	146	76	81
Gesamt	18.878	18.861	19.211	20.142	19.675

Weiterhin den größten Anteil der Kundeneinlagen bilden kurzfristig disponible Sichteinlagen und Anlagekonten, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Prozent auf 11.646 Mio. EUR reduzierten. Bedingt durch das anhaltende Niedrigzinsniveau binden sich Kunden nur zurückhaltend an längerfristige Anlagen und halten ihre Einlagen stattdessen dauerhaft liquide. Die leichte Steigerung der eigenen ausgegebenen Schuldverschreibungen um 6,6 Prozent auf 81 Mio. EUR ist auf die Emissionstätigkeit im Geschäftsjahr 2017 zurückzuführen.

Termineinlagen wurden schwächer nachgefragt und verringerten sich um 7,4 Prozent auf 286 Mio. EUR. Bei den Spareinlagen ist ein leichter Zugewinn von 1,1 Prozent auf 5.260 Mio. EUR festzustellen. Die Sparkassenbriefe wurden im Vorjahresvergleich um 4,5 Prozent weniger nachgefragt und reduzierten sich auf 2.402 Mio. EUR. Im Einzelnen resultiert der Rückgang aus den hohen Fälligkeiten der unter dieser Position zusammengefassten Namenspapiere (Sparkassenbriefe, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen) und einer geringeren Zahl an Neuanlagen aufgrund des Niedrigzinsniveaus.

Depotvolumen

	2013	2014	2015	2016	2017
Bestandsentwicklung im Kundendepotgeschäft	Mio. EUR				
Aktien	1.960	2.101	2.177	2.187	2.458
Zertifikate	43	62	69	178	220
Festverzinsliche Wertpapiere	5.543	5.499	5.965	5.853	6.754
Investmentfonds	1.501	1.676	1.806	2.033	2.299
Vermögensverwaltungsprodukte	1.049	1.177	1.307	1.373	1.492
Gesamt	10.096	10.515	11.324	11.624	13.223

Das Geschäft mit bilanzneutralen Wertpapieren und Vermögensverwaltungsprodukten entwickelte sich im Jahr 2017 positiv. Das Bestandsvolumen stieg im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 13,8 Prozent auf 13.223 Mio. EUR. Neben der allgemein positiven Entwicklung der Finanzmärkte trugen, zu einem geringeren Teil, auch gesteigerte Kundeninvestitionen in Wertpapiere zu dem Wachstum bei.

Die Depotbestände an Aktien erhöhten sich im vergangenen Geschäftsjahr um 12,4 Prozent auf 2.458 Mio. EUR. Die Depotbestände an Zertifikaten stiegen auf 220 Mio. EUR, spielen jedoch weiter-

hin eine eher untergeordnete Rolle im Kundengeschäft. Die Bestände an festverzinslichen Wertpapieren stiegen im Vorjahresvergleich um 15,4 Prozent auf 6.754 Mio. EUR. Die Anlagen in Investmentfonds stiegen um 13,1 Prozent auf 2.299 Mio. EUR. Die Vermögensverwaltungsprodukte stiegen im vergangenen Geschäftsjahr um 8,7 Prozent auf 1.492 Mio. EUR.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Vertragliche Neugestaltung der Stillen Einlage des Zweckverbands der Sparkasse KölnBonn

Der Zweckverband der Sparkasse KölnBonn hat der Sparkasse KölnBonn ab 2009 Stille Einlagen über 500,0 Mio. EUR bereitgestellt. Die Mittel dienen insbesondere der Sicherstellung der kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft im Geschäftsgebiet der Sparkasse KölnBonn. Die aus Basel III (Art. 26 ff. Capital Requirements Regulation) resultierenden geänderten aufsichtsrechtlichen Anforderungen führten dazu, dass eine vertragliche Neugestaltung der Stillen Einlagen hinsichtlich ihrer qualitativen Kriterien erforderlich wurde. Die Sparkasse KölnBonn hat aus diesem Grunde bereits im Februar 2016 einen Vertrag über die Begründung einer stillen Gesellschaft mit dem Zweckverband abgeschlossen, aufgrund dessen die Anforderungen an hartes Kernkapital im Sinne des Art. 26 ff der CRR erfüllt werden. Das aus diesem Vertrag resultierende Recht der Sparkasse auf Ziehung neuer Stiller Einlagen (Capital-Call) bei gleichzeitiger Rückzahlung der entsprechenden alten Stillen Einlagen wurde im Dezember 2017 ausgeübt. Dies trägt dazu bei, dass die Sparkasse auch künftig die Anforderungen an die vorgeschriebenen aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten einhält.

Geschäftsstellenkonsolidierung

In den vergangenen Jahren hat die Sparkasse KölnBonn einen deutlichen Rückgang der Kundenbesuche in ihren Filialen festgestellt. Die Sparkasse KölnBonn hat sich nach eingehender Analyse des Filialnetzes dazu entschlossen, Service und Beratung einzelner gering frequentierter Geschäftsstellen mit benachbarten größeren Filialen zusammenzulegen. Bei der Analyse wurden neben dem Kundenverhalten auch betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten und der Sparkassenauftrag beachtet, eine flächendeckende Versorgung mit Bankleistungen zu gewährleisten. Drei Standorte wurden bereits im Geschäftsjahr 2016 mit jeweils anderen Standorten zusammengeführt. Im Geschäftsjahr 2017 folgten 19 weitere Standortzusammenlegungen. Die Sparkasse KölnBonn bleibt auch weiterhin das Kreditinstitut mit dem dichtesten Service- und Filialnetz in Köln und Bonn.

Personelle Veränderungen in der Geschäftsleitung

Mit dem Ende des Geschäftsjahres 2017 trat der Vorstandsvorsitzende Artur Grzesiek auf eigenen Wunsch in den Ruhestand.

In seiner Sitzung vom 05. Dezember 2017 wählte der Verwaltungsrat einstimmig Herrn Dr. Rüdiger Linnebank zum neuen Vorstandsvorsitzenden. Dies wurde durch die Zustimmung des Zweckverbands der Sparkasse KölnBonn am 06. Dezember 2017 bestätigt. Herr Dr. Linnebank wird sein neues Amt zum 01. April 2018 antreten. Ebenfalls in dieser Sitzung wurde das langjährige Vorstandsmitglied Ulrich Voigt einstimmig zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ab dem 01. Januar 2018 gewählt.

3. Darstellung und Analyse der Lage

Ertragslage

Vor dem Hintergrund einmaliger Sondereffekte, insbesondere im Zusammenhang mit der Neugestaltung Stiller Einlagen sowie Aufwänden für strategische Initiativen, und trotz eines Rückgangs des Ergebnisses aus der normalen Geschäftstätigkeit auf 44,9 Mio. EUR (Vorjahr: 72,8 Mio. EUR) ist die Ertragslage als insgesamt zufriedenstellend zu bewerten. Der Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2017 nahm aufgrund der europäischen Niedrigzinspolitik wie bereits im Vorjahr erwartungsgemäß weiter ab, der Provisionsüberschuss konnte diesen Rückgang trotz einer Steigerung nur teilweise kompensieren.

In der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse KölnBonn für das Jahr 2017 wird als Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit (GuV-Posten 19) ein Betrag in Höhe von 44,9 Mio. EUR (Vorjahr: 72,8 Mio. EUR) ausgewiesen.

Das Ergebnis vor Steuern und Teilgewinnabführung beträgt 44,5 Mio. EUR (Vorjahr: 72,5 Mio. EUR). Nach Berücksichtigung der Steuern sowie der aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abzuführenden Gewinne ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 17,7 Mio. EUR (Vorjahr: 15,2 Mio. EUR). Die Auszahlung der aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abzuführenden Gewinne (Vergütung des stillen Gesellschafters) erfolgt nach Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2017.

Entwicklung der Ertragslage	2016	2017	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in Prozent
Zinsüberschuss	402,3	386,2	-16,1	-4,0
+ Laufende Erträge und Erträge aus Gewinnabführungen	13,4	27,3	13,9	> 100,0
+ Provisionsüberschuss	155,2	160,7	5,5	3,6
./. Personalaufwand	260,3	298,1	37,8	14,5
./. Sachaufwand	191,1	183,9	-7,2	-3,8
+ Saldo sonstige betriebliche Erträge (+) und Aufwendungen (-)	-4,9	3,7	8,6	> 100,0
./. Bewertung/Risikovorsorge	41,9	51,0	9,1	21,7
= Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	72,8	44,9	-27,9	-38,3
+ Saldo außerordentliche Erträge (+) und außerordentliche Aufwendungen (-)	-0,3	-0,4	-0,1	33,3
= Ergebnis vor Steuern und Teilgewinnabführung	72,5	44,5	-28,0	-38,6
./. Steuern	19,0	-10,4	-29,4	> 100
./. Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	38,2	37,3	-0,9	-2,4
= Jahresüberschuss / Bilanzgewinn	15,2	17,7	2,5	16,4

Zur Ergebnisentwicklung des Jahres 2017 im Einzelnen

Der Zinsüberschuss (GuV-Posten 1 und 2) verringerte sich als Folge der weiter anhaltenden Niedrigzinsphase weiter um 4,0 Prozent auf 386,2 Mio. EUR. Die Zinserträge (GuV-Posten 1) verringerten sich um 8,1 Prozent, die Zinsaufwendungen (GuV-Posten 2) sanken um 11,6 Prozent, woraus sich per Saldo ein Absinken des Zinsüberschusses von 16,1 Mio. EUR ergibt. Auf der Grundlage der durchschnittlichen Bilanzsumme ergibt sich eine auf dem Vorjahresniveau liegende Zinsspanne von 1,5 Prozent (Vorjahr: 1,5 Prozent). Der Anteil des Zinsüberschusses an den gesamten Erträgen in Höhe von 702,7 Mio. EUR (siehe GuV-Posten 1 bis 8) belief sich auf 55,0 Prozent, nach 57,8 Prozent im Vorjahr. Das Zinsgeschäft bleibt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Sparkasse KölnBonn.

Die laufenden Erträge (GuV-Posten 3) stiegen auf 25,2 Mio. EUR. Die Steigerung ist hauptsächlich auf höhere Ausschüttungen aus Kapitalanlagen zurückzuführen. Die unter Erträge aus Gewinnabführungsverträgen (GuV-Posten 4) zu erfassenden Erfolge der Tochterunternehmen, mit denen die Sparkasse KölnBonn Gewinnabführungsverträge geschlossen hat, waren mit einer geringeren Gewinnabführung um absolut 0,3 Mio. EUR gesunken.

Der Provisionsüberschuss steigerte sich um 3,6 Prozent auf 160,7 Mio. EUR. Dazu haben vor allem moderate Steigerungen der Erträge aus dem Girogeschäft sowie leicht gestiegene Erträge aus dem Kreditkartengeschäft und dem Wertpapiergeschäft beigetragen. Damit konnten Rückgänge von Erträgen im Kontokorrentkreditgeschäft überkompensiert werden. Insgesamt liegt die Relation des gesamten Provisionsüberschusses zur durchschnittlichen Bilanzsumme auf dem Wert des Vorjahres mit 0,6 Prozent. Der Anteil des Provisionsüberschusses an den gesamten Erträgen (siehe GuV-Posten 1 bis 8) lag mit 22,9 Prozent über dem Vorjahreswert von 22,3 Prozent.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (GuV-Posten 8) erhöhten sich um 2,2 Prozent auf 128,5 Mio. EUR (Vorjahr: 125,7 Mio. EUR). Die Steigerung ist im Wesentlichen auf einmalige Effekte aus erfolgswirksamen Rückstellungsaufösungen sowie mehrere Immobilienabgänge im Geschäftsjahr zurückzuführen.

Die Erträge der Sparkasse KölnBonn (GuV-Posten 1 bis 8) stiegen insgesamt um 6,1 Mio. EUR auf 702,7 Mio. EUR, nach 696,6 Mio. EUR im Vorjahr.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10) erhöhten sich um 7,7 Prozent auf insgesamt 470,9 Mio. EUR (Vorjahr: 437,2 Mio. EUR). Die Relation der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen zur durchschnittlichen Bilanzsumme lag mit 1,8 Prozent leicht über dem Niveau des Vorjahres. Die darin enthaltenen Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung stiegen um 14,5 Prozent auf 298,1 Mio. EUR. Die Zunahme resultiert im Wesentlichen aus dem Ansteigen der Aufwendungen für die Altersversorgung, der Bildung von Rückstellungen für strategische Initiativen, sowie wirksam gewordenen Tarifierhöhungen. Zudem trug die Integration einer ehemaligen Tochtergesellschaft in die Sparkasse zu den gestiegenen Personalaufwendungen bei. Der Sachaufwand (GuV-Posten 10b), andere Verwaltungsaufwendungen zuzüglich GuV-Posten 11 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, verringerte sich um 3,8 Prozent auf 183,9 Mio. EUR. Neben der Reduktion der Sachaufwendungen im Rahmen der bereits skizzierten Integration einer Tochtergesellschaft konnte, trotz weiter hoher Aufwendungen für die europäische Bankenabgabe, insgesamt eine Kostenersparnis erzielt werden, was insbesondere auf konsequentes Kostenmanagement, beispielsweise für die IT-Infrastruktur zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (GuV-Posten 12) sanken um 4,5 Prozent auf 124,8 Mio. EUR (Vorjahr: 130,6 Mio. EUR).

Der Gesamtaufwand (GuV-Posten 10 bis 12) stieg um 4,3 Prozent (absolut um 24,9 Mio. EUR) auf 606,8 Mio. EUR, nach 581,9 Mio. EUR im Vorjahr.

Das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zu den ordentlichen Erträgen (nach Betriebsvergleichsschema der Sparkassen-Finanzgruppe, Cost-Income-Ratio) veränderte sich auf 79,1 Prozent nach 77,3 Prozent im Vorjahr. Die Steigerung der Erträge bei konsequentem Kostenmanagement ist ein vorrangiges Ziel der Unternehmenspolitik der Sparkasse KölnBonn, um die Cost-Income-Ratio mittelfristig zu reduzieren.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen, Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Bewertung/Risikovorsorge) werden - nach der Verrechnung mit Erträgen - mit 51,0 Mio. EUR über dem Vorjahreswert (41,9 Mio. EUR) ausgewiesen. Dies resultiert im Wesentlichen aus der höheren Risikovorsorge nach § 340 g HGB, die von 7,8 Mio. EUR im Vorjahr auf 15,0 Mio. EUR anstieg. Eine Erhöhung der Vorsorge im Rahmen der Maßnahmen zur Stabilisierung der ehemaligen WestLB war im Geschäftsjahr 2017 nicht erforderlich (für weitere Informationen siehe Anhang zum Jahresabschluss, Abschnitt "Sonstige finanzielle Verpflichtungen"). Entgegen der Vorjahresprognose verringerte sich die erforderliche Risikovorsorge im Kreditgeschäft und bleibt weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau (vergleiche Teil D., Risikokategorien, Adressenausfallrisiken, "Abbildung: Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft"). Bei den Wertpapieren führten laufzeitbedingte Abschreibungen von über pari erworbenen Papieren sowie Credit Spread Veränderungen zu einem negativen Bewertungsergebnis. Das Beteiligungsergebnis fiel insgesamt leicht negativ aus.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr ein geringeres Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 44,9 Mio. EUR (Vorjahr: 72,8 Mio. EUR) erzielt.

Im außerordentlichen Ergebnis (GuV-Posten 22) sind aus der Anwendung der durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz geänderten Vorschriften des Handelsgesetzbuches resultierende erfolgswirksame Folgeeffekte berücksichtigt. Das außerordentliche Ergebnis der Sparkasse KölnBonn lag mit insgesamt -0,4 Mio. EUR nahezu auf dem Vorjahreswert (-0,3 Mio. EUR).

Die Steuerposition weist eine Entlastung in Höhe von 10,4 Mio. EUR aus, nach einem Steueraufwand 19,0 Mio. EUR im Vorjahr. Insbesondere konnten aufgrund von Ergebnissen aus Betriebsprüfungen für vergangene Geschäftsjahre Steuerrückstellungen aufgelöst bzw. -forderungen dotiert werden, so dass sich insgesamt eine Steuerentlastung ergibt. Für das Jahr 2017 werden eine Körperschaftsteuerlast von 5,3 Mio. EUR und eine Gewerbesteuerlast von 4,3 Mio. EUR berücksichtigt.

Der Jahresüberschuss nach Steuern und nach Berücksichtigung der aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abzuführenden Gewinne (GuV-Posten 25, Vergütung des stillen Gesellschafters),

beläuft sich auf 17,7 Mio. EUR (Vorjahr: 15,2 Mio. EUR). Über die Verwendung beschließt der Träger der Sparkasse auf Vorschlag des Verwaltungsrats unter Berücksichtigung der Ausschüttungssperre gemäß §§ 253 Abs. 6 Satz 2 HGB und 268 Abs. 8 HGB.

Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2017 0,07 Prozent (Vorjahr: 0,06 Prozent).

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse KölnBonn war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Im Berichtsjahr wurden dispositionsbedingt kurzfristige Refinanzierungsgeschäfte abgeschlossen. Im Detail handelte es sich um die Aufnahme von Übernachtkrediten, Tages- und Termingeldern sowie Pooling-Geschäfte über die Eurex Clearing AG.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Die vorgeschriebenen Mindestreserven wurden stets in der erforderlichen Höhe unterhalten.

In der langfristigen Perspektive verfügt die Sparkasse weiterhin über ein breites Maß an Einlagen, sowohl von Privat- und Firmenkunden als auch von anderen Kreditinstituten. Dies sind insbesondere Sparkassenbriefe, Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen, die als langfristige Refinanzierungsbasis (im Sinne der Ursprungslaufzeit) zur Verfügung stehen.

	Kreditinstitute	Kunden	Gesamt
Langfristige Verbindlichkeiten	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Gedeckt:			
Namenspfandbriefe	152,0	1.412,5	1.564,5
Inhaberpfandbriefe	1.725,5	-,	1.725,5
Ungedeckt:			
Sparkassenbriefe	41,3	556,8	598,1
Schuldscheindarlehen	5,1	31,4	36,5
Inhaberschuldverschreibungen ¹⁾	56,1	59,9	116,1
Namenschuldverschreibungen	28,4	139,0	167,3
Nachrangig:			
Schuldscheindarlehen	-,	41,2	41,2
Inhaberschuldverschreibungen ¹⁾	59,7	20,7	80,4
Namenschuldverschreibungen	5,1	220,9	226,0
Gesamt	2.073,2	2.482,4	4.555,5

¹⁾ Aufteilung gemäß Emissionsgläubiger

Zum Stichtag 31.12.2017 sind Namensschuldverschreibungen in der Kategorie Kunden bezogen auf die Tabelle in voller Höhe Geschäftskunden zuzuordnen. Bei den Sparkassenbriefen beträgt der Buchwert der Papiere, die Geschäftskunden zuzuordnen sind 446,7 Mio. EUR. In den ungedeckten Verbindlichkeiten sind Schuldscheindarlehen mit einem Buchwert in Höhe von 10,0 Mio. EUR sowie Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 15,6 Mio. EUR enthalten, die strukturierte Emissionen nach § 46f Abs. 7 KWG darstellen.

Auch im Jahr 2017 hat die Sparkasse im Rahmen ihrer Refinanzierungsstrategie Hypothekendarlehen emittiert. Vor dem Hintergrund des großen und qualitativ hochwertigen Deckungsstocks sieht die Sparkasse den Pfandbriefmarkt als nachhaltige Refinanzierungsquelle an. Weitere Informationen können dem Anhang entnommen werden.

Bezüglich der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Kennzahlen und der Steuerung der Liquiditätslage verweisen wir auf den Chancen- u. Risikobericht (Teil D.).

Vermögenslage

Die Sparkasse KölnBonn weist für das Geschäftsjahr 2017 einen Bilanzgewinn von 17,7 Mio. EUR aus. Die Sicherheitsrücklage wird sich im Falle der Zuführung des Bilanzgewinns auf 1.083,1 Mio. EUR belaufen - das entspricht einer Erhöhung um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt ergäbe sich ein gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent höheres Eigenkapital der Sparkasse KölnBonn in Höhe von 1.583,1 Mio. EUR (Vorjahr: 1.565,4 Mio. EUR).

Neben der Sicherheitsrücklage und den stillen Einlagen als hartes Kernkapital verfügt die Sparkasse KölnBonn über Ergänzungskapital in Form von Genussrechts- und Nachrangkapital als Basis für die zukünftige Ausweitung ihres risikotragenden Geschäftes.

Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (Bilanz-Posten Passiva 11) wurde eine Vorsorge in Höhe von 15,0 Mio. EUR (Vorjahr: 7,8 Mio. EUR) zugeführt.

Innerhalb der Bilanzstruktur wirkte sich der Rückgang der Forderungen an Kunden und Interbankverbindlichkeiten in Kombination mit dem Rückgang der Bilanzsumme aus: Auf der Aktivseite stellen die Forderungen an Kunden mit 69,4 Prozent (Vorjahr: 68,0 Prozent) den bedeutendsten Posten dar. Die Relation der Wertpapiere (Schuldverschreibungen und Aktien) zur Bilanzaktiva beträgt 13,6 Prozent (Vorjahr: 12,5 Prozent). Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 74,1 Prozent (Vorjahr: 73,3 Prozent) sowie die Interbankenverbindlichkeiten mit 6,8 Prozent (Vorjahr: 7,8 Prozent) die bedeutendsten Posten.

Mit den gebildeten handelsrechtlichen Wertberichtigungen und Rückstellungen wurden von der Sparkasse KölnBonn die derzeit erkennbaren Kreditrisiken, die über alle Kundengruppen und Branchen verteilt sind, die Beteiligungsrisiken sowie sonstige Verpflichtungen angemessen abgesichert. Für die besonderen Risiken der Kreditinstitute wurde Vorsorge getroffen.

Rund 7 Prozent der eigenen Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Aufgrund der zum Teil nach wie vor inaktiven Märkte wurden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts bei bestimmten Wertpapieren Modelle eingesetzt (vergleiche Anhang in den Angaben zur Bilanz, Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden). Die individuelle Festlegung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu höheren Schätzunsicherheiten führen können.

Eigenkapitalrelationen

Die Sparkasse KölnBonn wendet für die Ermittlung ihrer Eigenmittelanforderungen gemäß EU-Verordnung Nr. 575/2013 (Capital Requirements Regulation) den Kreditrisiko-Standardansatz an. Die Differenzierung der Eigenkapitalunterlegung erfolgt hier grundsätzlich durch die Verwendung aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikogewichte bzw. externer Rating-Einschätzungen anerkannter Rating-Agenturen.

Gesamtkapitalquote*	31.12.2016	31.03.2017	30.06.2017	30.09.2017	31.12.2017
Einzelinstitut	13,7	13,9	14,3	14,6	14,6
Institutgruppe	13,6	13,9	14,3	14,6	14,6

*gem. CRR ergänzt durch die Vorschriften der Solvabilitätsverordnung

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die gewichtete Risikoposition überschreitet per 31. Dezember 2017 mit einer Gesamtkapitalquote von 14,6 Prozent auf Einzelinstitutsebene sowohl die aufsichtsrechtliche Mindestanforderung für das Jahr 2017 in Höhe von 8,0 Prozent als auch die für das Jahr 2019 vorgesehene Mindestanforderung zuzüglich Kapitalerhaltungspuffer in Höhe von insgesamt 10,5 Prozent.

Die Kernkapitalquote der Sparkasse KölnBonn, definiert als Verhältnis des Kernkapitals zu den Risikopositionen, beträgt sowohl auf Einzelinstituts- als auch auf Gruppenebene 11,6 Prozent (Vorjahr:

10,9 Prozent). 2017 betrug die aufsichtsrechtliche Mindestkernkapitalquote 6,0 Prozent. Inklusive Kapitalerhaltungspuffer ist ab 2019 eine Kernkapitalquote von mindestens 8,5 Prozent einzuhalten.

Die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung ist nach wie vor gegeben. Die Sparkasse KölnBonn steuert ihre Risiken in einer Weise, die dem Geschäftsumfang und der Geschäftskomplexität entspricht (vergleiche Teil D. Chancen- und Risikobericht).

Wirtschaftliche Lage

Im Geschäftsjahr 2017 verzeichnet die Sparkasse KölnBonn einen zufriedenstellenden Verlauf ihrer wirtschaftlichen Lage, was sich insbesondere in der weiteren Stärkung des Eigenkapitals widerspiegelt.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes verläuft die Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage entsprechend den Erwartungen der Sparkasse KölnBonn für das Jahr 2018.

Personal- und Sozialbereich

Die Sparkasse KölnBonn bleibt weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber in der Region Köln/Bonn: Zum Jahresende beschäftigte die Sparkasse KölnBonn insgesamt 4.077 (Vorjahr: 4.185) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Von den 3.779 aktiv Beschäftigten arbeiten 2.296 (Vorjahr: 2.348) in Vollzeit und 1.483 (Vorjahr: 1.459) in Teilzeit.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Personalbestand damit um 2,6 Prozent gesunken. Die Sparkasse nutzte die natürliche Fluktuation, die seit Jahren weitestgehend konstant ist, zu einer Verringerung ihres Personalbestandes, um dem auch in den Folgejahren erwarteten Rückgang der Stellen durch Effizienzsteigerungen bei den Geschäftsprozessen und der Entwicklung zur Omnikanalbank gerecht zu werden. Frei werdende Stellen wurden weitgehend intern besetzt. In 2017 waren darüber hinaus einzelne externe Neueinstellungen zur Deckung spezifischer Bedarfe erforderlich. Bis ins Jahr 2022 strebt die Sparkasse einen sozialverträglich vorgenommenen deutlichen Mitarbeiterabbau an, um der zunehmenden Digitalisierung des Bankgeschäfts und den Auswirkungen des anhaltenden Niedrigzinsniveaus auf die Ertragslage Rechnung zu tragen.

Um flexiblere und damit auch ökonomischere Arbeitszeitregelungen zu verwirklichen, können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse KölnBonn die variable Arbeitszeit sowie unterschiedliche Teilzeit- und Austrittsmodelle nutzen. Außerdem besteht für die Mitarbeiter die Möglichkeit, Gehaltsbestandteile in Urlaubstage umzuwandeln. Die bankspezifische Teilzeitquote belief sich per 31. Dezember 2017 auf 39,1 Prozent, nach 38,1 Prozent im Vorjahr. Damit erreicht die Sparkasse KölnBonn einen Wert, der die gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie belegt.

Mit 138 Auszubildenden (Vorjahr: 181) weist die Sparkasse eine rückläufige Ausbildungsquote auf. Die Sparkasse KölnBonn wurde von den Industrie- und Handelskammern Köln und Bonn im vergangenen Jahr zum wiederholten Mal für herausragende Leistungen in der Ausbildung ausgezeichnet.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Beschäftigten beträgt 23 Jahre und das Durchschnittsalter 46 Jahre. 39 Prozent der bankspezifisch Beschäftigten weisen mit einem Hochschul-, Fachhochschul-, Lehrinstituts- oder einem Abschluss zum Sparkassenbetriebswirt beziehungsweise Bankbetriebswirt eine höhere Qualifizierung auf.

Die Anforderungen sowohl an die Fach- als auch an die Sozialkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie aller Führungskräfte steigen stetig. Die Herausforderungen reichen von der Einführung technischer Neuerungen über die nachhaltige Sicherung der Beratungsqualität der Sparkasse KölnBonn bis hin zu erhöhten aufsichtsrechtlichen Anforderungen und dem Umgang mit immer schneller werdenden Veränderungsprozessen. Für diese Aufgaben bietet die Sparkasse KölnBonn zahlreiche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Hierzu gehören Traineeprogramme, interne und externe Schulungen, individuelle Coachings sowie Trainings vor Ort am Arbeitsplatz.

C. Rechnungslegungsprozess

Rechnungslegung

Die Zuständigkeit für das externe Rechnungswesen sowie die Jahresabschlussprozesse und Bilanzierung obliegt dem Zentralbereich Finanzen. Das Rechnungswesen ist als marktunabhängiger Bereich bis einschließlich der Ebene des Vorstands von den operativen Marktbereichen getrennt. Die Erfassung und Pflege der geschäftsprozessbezogenen Daten erfolgt in großen Teilen dezentral. Im Rahmen der Rechnungslegung erfolgt auf Basis dieser Daten und der durch das Rechnungswesen verantworteten Abschlussarbeiten die Aufstellung des Jahresabschlusses.

Die technische Plattform für das Rechnungswesen bildet die Gesamtbanklösung OSPlus (One System Plus) der Finanz Informatik GmbH & Co KG (FI). Das Kernbankensystem OSPlus der Sparkassenorganisation wird ergänzt durch Zusatzangebote bzw. Nebenbücher der FI sowie entsprechende Eigenanwendungen der Sparkasse. Die Nebenbücher und unterstützende Anwendungen wurden unter Beachtung von Risikogesichtspunkten im Rahmen eines standardisierten Programmeinsatzverfahrens implementiert. In Einklang mit der IT-Strategie ist die grundsätzliche Zielrichtung die Nutzung von zentralen Anwendungen bzw. Entwicklungen der Sparkassen-Finanzgruppe, sofern dies mit Blick auf das Produktportfolio der Sparkasse möglich ist.

Die Methoden und Verfahren im Rechnungswesen der Sparkasse orientieren sich an den "Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung" und "Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD)". Die Anwendung des gesetzlichen Rahmens zur Gestaltung des Rechnungswesens, inklusive der wesentlichen Elemente und Wahlrechtsausübungen, sowie die prozessuale Abbildung werden in der schriftlich fixierten Ordnung dokumentiert. Die Buchungssystematik orientiert sich am Kontenrahmen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Durch ein Bilanzierungshandbuch wird die Buchungssystematik für die Sparkasse KölnBonn spezifiziert.

Zur Steigerung von Effizienz und Qualität wurden auch die Abläufe im Rechnungswesen weiter digitalisiert. So werden alle Aktivitäten zum Jahresabschluss zentral über eine Anwendung gesteuert. Die Erstellung und Kontrolle der Rechenwerke durch alle am Prozess Beteiligten wird mittels eines automatisierten Workflows unterstützt. Im Nachgang zum Jahresabschluss wird der Gesamtprozess hinsichtlich möglicher Verbesserungspotentiale analysiert.

Internes Kontrollsystem

Die Sparkasse KölnBonn ist als kapitalmarktorientiertes Unternehmen im Sinne von § 264 d HGB gemäß § 289 Absatz 5 HGB verpflichtet, die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben. Der Gesetzgeber hat keine speziellen Vorgaben zur Einrichtung oder inhaltlichen Ausgestaltung eines internen Kontroll- und Risikomanagementsystems für die Rechnungslegung erstellt. Für die Einrichtung angemessener Systeme ist der Vorstand der Sparkasse KölnBonn verantwortlich.

Das interne Kontrollsystem (IKS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess soll die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, insbesondere die Aufstellung des Jahresabschlusses unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen sicherstellen, um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln. Durch das IKS sollen die wesentlichen Risiken des Rechnungslegungsprozesses frühzeitig erkannt und vermieden werden. Zu den wesentlichen Risiken gehören unter anderem eine nicht sachgerechte Finanzberichtserstattung sowie eine verspätete Veröffentlichung des Jahresabschlusses.

Das IKS in den rechnungslegungsrelevanten Prozessen der Sparkasse KölnBonn berücksichtigt die Grundsätze, die Verfahren und die Maßnahmen, die auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind. Dadurch werden die Ordnungsmäßigkeit und die Verlässlichkeit der Rechnungslegung sichergestellt. Die operative Kontrolldurchführung und deren Dokumentation erfolgt auf der Basis der Beurteilung von Vorhandensein, Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von Kontrollen. Im Rahmen der Jahresabschlusserstellung werden die Risikotreiber im

Rechnungswesen identifiziert und risikoorientierte Kontrollen abgeleitet. Eine Risikokontrollmatrix wird jährlich überarbeitet und dient der Einleitung von Maßnahmen zur Minimierung der identifizierten Risiken.

Den Schwerpunkt des internen Kontrollsystems im Rechnungswesen der Sparkasse KölnBonn bilden die Funktionstrennung und das Vier-Augen-Prinzip. Ziel ist dabei, Konflikte und Manipulationen von Finanzdaten und Finanztransaktionen zu vermeiden. Im Zentralbereich Finanzen sowie in jedem dezentralen Aufgabenbereich mit Funktionen des Rechnungswesens existiert ein gestaffeltes Kompetenzgefüge. Das interne Kontrollsystem umfasst alle relevanten Bereiche und hierarchischen Strukturen im Rechnungswesen, inklusive der Auslagerungen.

Unterjährig erfolgen im Rahmen des IKS-Managements im Zentralbereich Finanzen risikoorientiert Beurteilungen der Angemessenheit und der Wirksamkeit von vorgegebenen bzw. durchgeführten Kontrollen. Ziel ist es, das IKS durch regelmäßige Validierungsmaßnahmen ständig weiterzuentwickeln. Der Zentralbereich Finanzen wird zudem in wesentliche Entscheidungsprozesse, wie beispielsweise die Produktneueinführung beziehungsweise die Produktvariierung, maßgeblich mit eingebunden.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems. Des Weiteren prüft und beurteilt sie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse unabhängig davon, ob diese ausgelagert sind. Bei einigen ausgelagerten Prozessen stützt sich die Interne Revision der Sparkasse KölnBonn auf die Interne Revision des Auslagerungsunternehmens, von deren Funktionsfähigkeit sie sich regelmäßig überzeugt. Die Interne Revision führt auf Basis eines umfassenden und jährlich fortgeschriebenen Prüfungsplans Funktions- und Systemprüfungen der für die Rechnungslegung relevanten Prozesse durch. Sowohl die Prüfungsplanung als auch die Prüfungsdurchführung erfolgt unter Beachtung eines risikoorientierten Prüfungsansatzes.

D. Chancen- und Risikobericht

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung

Steuerungssystem

Die Gesamtbanksteuerung der Sparkasse KölnBonn basiert auf einem periodischen Ansatz, der interne Steuerungsgrößen mit externen Anforderungen der Rechnungslegung und des Aufsichtsrechts verbindet. Um ihre Ziele mit einem angemessenen Einsatz von Kapital nachhaltig zu erreichen, verfolgt die Sparkasse eine integrierte Sichtweise von Risiko und Ertrag auch unter Berücksichtigung einer wertorientierten Betrachtung. Ein wesentliches Instrument für die strategische Steuerung bildet die jährliche Mittelfristplanung. In diesem Kontext werden durch den Vorstand rendite- und risikoorientierte Zielgrößen fixiert und Ergebnisverantwortlichkeiten festgelegt. Dabei werden stets Zielgrößen definiert, die den Ergebnisbeitrag nach Abzug von Risiko-, Personal-, Sach- und Kapitalkosten abbilden. Die operationalisierten Kennzahlen werden durch den Vorstand regelmäßig überwacht. Im Sinne des Kapitalplanungsprozesses können so Abweichungen von der Geschäftsplanung frühzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Als Kriterium zur Beurteilung des Erfolgs dient unter anderem die Erreichung eines Mindestertrages, der zur Stärkung des Eigenkapitals und zur Bedienung der Stillen Einlagen des Trägers zur Verfügung steht. Um dieses Ziel zu erreichen, soll der Verwaltungsaufwand durch Maßnahmen zur Optimierung der Personal- und Sachkosten stabil gehalten werden. Im Rahmen der Erfolgsanalyse misst die Sparkasse zudem die Kundenbindung mithilfe von Kundenbindungsindizes für Privat- und Firmenkunden. Bezüglich der Kennzahlen zur Beurteilung der Risiken und der Risikotragfähigkeit sei an dieser Stelle auf die nachfolgenden Abschnitte verwiesen.

Die beschriebenen strategischen Kennzahlen sind im Rahmen der Unternehmensstrategie in ein Kennzahlensystem integriert, welches laufend überwacht wird.

Risikostrategie/Risikomanagement

Mit einer risikoorientierten Gesamtbanksteuerung verfolgt die Sparkasse KölnBonn eine systematische Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen bankgeschäftlichen Risiken sowie das Vorhalten eines angemessenen Risikodeckungspotenzials, um eine jederzeitige Risikotragfähigkeit zu gewährleisten.

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand. Dieser verabschiedet neben den geschäftsstrategischen Zielen eine dazu konsistente Risikostrategie. Diese beinhaltet mit dem Risikoappetit und dem Zielrisikoprofil zwei strategische Größen, die sich streng an den Notwendigkeiten der Geschäftsstrategie sowie an den Vorgaben aus der Mittelfristplanung orientieren. Durch den Risikoappetit wird festgelegt, wie viel der zur Verfügung stehenden Eigenmittel durch das Bestands- beziehungsweise Neugeschäft maximal belegt werden darf. Im Zielrisikoprofil wird festgelegt, welche relativen Anteile das Adressenausfall-, das Marktpreis-, das Beteiligungs-, das operationelle und das Refinanzierungsrisiko am Gesamtrisiko der Sparkasse KölnBonn perspektivisch haben sollen. Zur Beurteilung, ob Abweichungen zwischen dem Ziel- und Ist-Risikoprofil als unkritisch einzustufen oder mit Handlungsbedarf verbunden sind, wurden durch den Vorstand der Sparkasse KölnBonn Bandbreiten für akzeptable Ziel-/Ist-Abweichungen festgelegt.

Entsprechend den aufsichtsrechtlichen Anforderungen wird das Risikomanagement der Sparkasse KölnBonn in einem vom Markt unabhängigen Bereich wahrgenommen.

Im Einklang mit der Risikostrategie beschließt der Gesamtvorstand außerdem Risiko- und Verlustlimite sowohl für die einzelnen Risikokategorien als auch für einzelne Steuerungsbereiche. Die Sparkasse KölnBonn verwendet ein Limitsystem für alle quantifizierbaren wesentlichen und steuerbaren Risikokategorien, das unter anderem auf der Messung der Risiken mittels vergleichbarer Value at Risk-Kennziffern beruht.

Die Sparkasse KölnBonn steuert die Einhaltung der Risikolimits sowohl auf Ebene der Gesamtbank (Makroebene) als auch auf Basis einzelner Portfolios. Insbesondere für Marktrisikopositionen werden hierbei derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Im handelsrechtlichen Jahresabschluss werden Derivate mit den Grundgeschäften zu Bewertungseinheiten zusammengefasst, soweit deren Hauptrisiko auf dem gleichen Risikofaktor – zum Beispiel Zinssätze in einer Währung oder einzelne Währungen – beruht (vergleiche Teil D., Abschnitt "Sicherungsgeschäfte"). Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung werden Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch begrenzt. Die Sparkasse KölnBonn steuert die Marktpreisrisiken des Anlagebuches direkt über externe Geschäfte.

Funktionen des Risikomanagements mit Blick auf die Steuerung der strategischen Marktrisikoposition nimmt der Finanz- und Dispositionsausschuss (FDA) wahr. Ihm gehören unter anderen alle Vorstandsmitglieder an.

Die Klassifizierung der Risiken orientiert sich einerseits am Geschäftsschwerpunkt der Sparkasse KölnBonn – der Erzielung von Erträgen durch das bewusste Eingehen von Risikopositionen unter der Voraussetzung angemessener Risikoprämien – sowie andererseits an aufsichtsrechtlichen Vorgaben bezüglich des Risikomanagements von Banken. Die Prozesse des Risikomanagements sind regelmäßig Gegenstand sowohl interner als auch externer Prüfungen.

Für zeitkritische Aktivitäten und Prozesse im Risikomanagementsystem besteht ein Notfallkonzept zur Reduktion des Ausmaßes möglicher Schäden. Die Wirksamkeit und Angemessenheit des Notfallkonzeptes wird regelmäßig durch Notfalltests überprüft.

In der vierteljährlichen Risikoberichterstattung werden die Geschäftsleitung, der Risikoausschuss des Verwaltungsrats sowie der Verwaltungsrat über die Risikosituation der Sparkasse KölnBonn umfassend mündlich und schriftlich informiert. Neben der Darstellung erfolgt auch eine Beurteilung der Risikosituation durch das Risikomanagement. Anlassbezogen werden zudem Handlungsvorschläge aufgezeigt. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Neben der vierteljährlichen Berichterstattung über die Gesamtrisikosituation werden zusätzlich monatliche Reports zu den Adressenausfallrisiken, den Liquiditäts- und Marktpreisrisiken sowie der Risikotragfähigkeit durch das Risikomanagement erstellt und der Geschäftsleitung zur Verfügung gestellt. Die Geschäftsleitung leitet dem Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen unverzüglich weiter.

Wesentliche Risiken

Als Risiko wird in der Sparkasse KölnBonn die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne verstanden, die ihre Ursache in internen oder externen Faktoren haben können. Der Steuerung der bankgeschäftlichen Risiken der Sparkasse KölnBonn, die als wesentlich eingestuft wurden, liegen die nachstehenden allgemeinen Risikosteuerungskonzepte zugrunde:

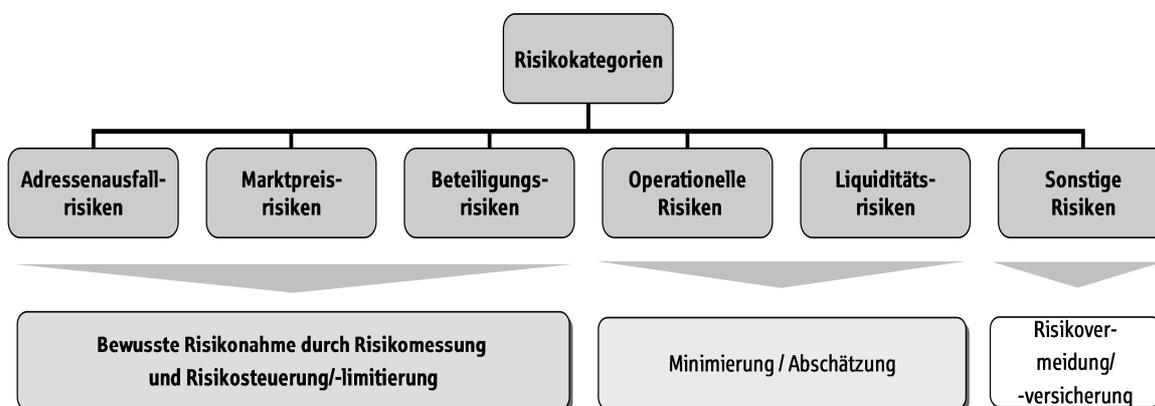


Abb.: Übersicht der wesentlichen Risikoarten im Kontext der Risikotragfähigkeit und Risikobewältigungsstrategien in der Sparkasse KölnBonn

Risikotragfähigkeit

Bei ihrer Geschäftstätigkeit ist die Sparkasse KölnBonn dem Risiko ausgesetzt, dass unerwartete Risiken schlagend werden. Die Risikotragfähigkeitsanalyse der Sparkasse KölnBonn erfolgt in zwei Sichten. Als primär steuerungsrelevante Sicht wird der Fortführungsansatz klassifiziert. Als strenge Nebenbedingung wird der Liquidationsansatz berücksichtigt.

Mit der Risikotragfähigkeitsanalyse verfolgt die Sparkasse KölnBonn die Zielsetzung, denjenigen Verlust zu ermitteln, der mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit auf Sicht eines Jahres nicht überschritten wird (Value at Risk). Dieser Value at Risk muss jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial getragen werden können. Ein weiterer Teil der Risikotragfähigkeitsanalyse ist die Beurteilung der Risikotragfähigkeit unter Einfluss von Stressszenarien, um Aussagen über eine ausreichende Kapitalausstattung in Krisensituationen treffen zu können. Darüber hinaus wird die Risikotragfähigkeitsanalyse dazu genutzt, den Risikoappetit und ein Zielrisikoprofil gemäß Risikostrategie festzulegen und Abweichungen über einen Ziel/Ist-Vergleich zu analysieren.

Neben der Betrachtung des Risikos auf einem Konfidenzniveau von 95 Prozent im Fortführungsansatz werden außerdem die Risiken auf einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent im Liquidationsansatz betrachtet. Als Ausgangsbasis des Risikodeckungspotenzials werden in beiden Sichten jeweils die Eigenmittel in der Definition des Aufsichtsrechts herangezogen, wobei ggf. unterjährig auftretende und im Folgejahr prognostizierte Verluste berücksichtigt werden. Das Risikodeckungspotenzial wird dabei im primär steuerungsrelevanten Fortführungsansatz so gewählt, dass die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach Eintritt des Risikofalls weiterhin erfüllt sind.

In beiden betrachteten Sichtweisen der Risikotragfähigkeit werden auf Basis des Risikoappetits und, im Fall des Fortführungsansatzes, unter Einbeziehung des Zielrisikoprofils Richtwerte für die Risikolimits abgeleitet. Über diesen Mechanismus wird eine Verzahnung der in der Risikostrategie getroffenen Festlegungen und der operativen Risikosteuerung sichergestellt. Die Messung der Auslastung der Risikolimits erfolgt über die Anwendung von Value at Risk-Methoden, in Abhängigkeit von der Risikoart.

Neben den Risikolimits werden für das Marktpreis- und Adressenrisiko des Eigengeschäfts Barwertverlustlimits definiert. Die Auslastung der Barwertverlustlimits wird anhand der Barwertveränderungen der Zahlungsströme berechnet.

Gesamtbild der Risikolage

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Gesamtbankrisiko im Fortführungsansatz angestiegen. Dies liegt hauptsächlich an einem Anstieg des Marktpreisrisikos sowie des Adressenrisikos des Kundengeschäfts begründet. Die Erhöhung des periodischen Marktpreisrisikos ist auf Neugeschäft und eine höhere Schwankung in den Credit-Spreads zurückzuführen. Im Adressenrisiko des Kundengeschäfts führt eine Weiterentwicklung des Kreditrisikomodells (Risikoaufschlag für einzelwertberichtigte Engagements in den Ratingklassen 17 und 18) zum Risikoanstieg. Im Adressenrisiko Eigengeschäft bewirkt unter anderem der Abbau von Anleihen mit schlechtem Rating sowie Collateralized Debt Obligations (CDOs) einen Risikorückgang. Das Beteiligungsrisiko und das operationelle Risiko sowie das Refinanzierungsrisiko blieben im Jahresvergleich relativ konstant. Während des gesamten Geschäftsjahres 2017 traten keine Limitüberschreitungen auf.

Das Risikodeckungspotenzial im Fortführungsansatz reduziert sich im Jahresvergleich aufgrund der prospektiven Berücksichtigung der dritten Stufe des Kapitalerhaltungspuffers gemäß Artikel 129 CRD IV (Richtlinie 2013/36/EU) i.H.v. 1,875 Prozent, die ab dem 01.01.2018 einzuhalten ist. Diese Reduktion wird teilweise durch das Projekt zur technischen RWA-Optimierung im Jahr 2017 sowie das Ergebnis aus dem Jahresabschluss 2016 kompensiert.

Eine Analyse des Gesamtbankrisikos im Fortführungsansatz – ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikokategorien – ergibt auf Basis der effektiven Risikonahme, dass zum Jahresende 41 Prozent des Risikodeckungspotenzials als Risikokapital gebunden war. Diese Auslastung des Risikodeckungspotenzials betrug im Vorjahr 33 Prozent und lag das gesamte Jahr 2017 deutlich unter dem maximalen Risikoappetit von 70 Prozent, der in der Risikostrategie festgelegt wurde. Der Anstieg der Auslastung des Risikodeckungspotenzials im Jahresvergleich resultiert

hauptsächlich aus der o.g. Erhöhung des Gesamtbankrisikos sowie der Reduzierung des Risikodeckungspotenzials. Ohne Berücksichtigung des Kapitalerhaltungspuffers wäre die Auslastung des Risikodeckungspotenzials nahezu konstant geblieben. Der Quotient aus Gesamtbankrisiko unter Stress und Risikodeckungspotenzial sinkt im Jahresvergleich von 64 Prozent auf 57 Prozent. Das Zielrisikoprofil sieht 60 Prozent für Adressenausfallrisiken, 25 Prozent für Marktpreisrisiken, 5 Prozent für Beteiligungsrisiken, 8 Prozent für operationelle Risiken und 2 Prozent für Refinanzierungsrisiken vor. Alle Risikoarten befinden sich innerhalb der festgelegten Bandbreiten für akzeptable Ziel-/Ist-Abweichungen.

Im Liquidationsansatz als zweiten Steuerungskreis ist das Gesamtbankrisiko im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dies ist hauptsächlich auf einen reduzierten Refinanzierungsbedarf im Refinanzierungsrisiko, einen Rückgang der Zinsvolatilitäten im Marktpreisrisiko sowie den o.g. Effekten im Adressenrisiko Eigengeschäft zurückzuführen. Demgegenüber wirkt eine Linienausweitung im Beteiligungsrisiko. Eine Analyse der Gesamtrisikosituation ergibt eine Auslastung des Risikodeckungspotenzials zum Jahresende von 30 Prozent (Vorjahr: 34 Prozent), deutlich unter dem maximalen Risikoappetit von 70 Prozent. Die leichte Verbesserung der Auslastung des Risikodeckungspotenzials im Jahresvergleich resultiert hauptsächlich aus der Reduktion des Gesamtbankrisikos und der leichten Erhöhung des Risikodeckungspotenzials. Der Quotient aus Gesamtbankrisiko unter Stress und Risikodeckungspotenzial sinkt im Jahresvergleich von 63 Prozent auf 51 Prozent.

Neben der ökonomischen Analyse des Gesamtrisikoprofils müssen die regulatorischen Anforderungen zur Solvabilität (vergleiche Teil B., 3. Darstellung und Analyse der Lage, Abschnitt "Eigenkapitalrelationen") und zur Liquidität (vergleiche Teil D., Abschnitt "Liquiditätsrisiken") eingehalten werden.

Die Analysen des Gesamtrisikoprofils der Sparkasse KölnBonn zeigen sowohl aus ökonomischer als auch aus aufsichtsrechtlicher Sicht eine Überdeckung der eingegangenen Risikopositionen mit vorhandenen Vermögenswerten.

Risikokategorien

Adressenausfallrisiken

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die Sparkasse KölnBonn das Risiko, dass der Vertragspartner der Sparkasse KölnBonn seinen Zahlungsverpflichtungen nicht, nur teilweise oder zeitverzögert nachkommt. Hierunter fallen das Ausfallrisiko, das zusätzlich durch das Sicherheitenrisiko beeinflusst wird, das Migrationsrisiko und das Länderrisiko (Transferrisiko). Das Eigengeschäft umfasst die Unterrisikokategorien Emittentenrisiko, Settlementrisiko in den Ausprägungsformen Vorleistungs- und Abwicklungsrisiko sowie Kontrahentenrisiko (Wiedereindeckungsrisiko inkl. Credit Value Adjustments (CVA)-Risiko).

Der Vorstand der Sparkasse KölnBonn hat Grundsätze verabschiedet, die den wesentlichen Rahmen der Risikonahme beschreiben. Die Ausgestaltung der Kreditprozesse der Sparkasse KölnBonn ist geprägt von einer klaren aufbauorganisatorischen Trennung der Bereiche Markt und Marktfolge. Auf Vorstandsebene wird die funktionale Trennung zwischen Markt und Marktfolge durch den Geschäftsverteilungsplan geregelt.

Zur Bündelung von Fachwissen und zur Sicherstellung einer effizienten Bearbeitung sind sogenannte Spezialfinanzierungen in separaten Einheiten angesiedelt. Unabhängig vom Markt erfolgt eine Aufteilung der Aufgaben in Kreditanalyse, Kreditsachbearbeitung, Kreditkontrolle, Risikomanagement, Spezialkreditmanagement und Revision. Die Kreditsachbearbeitung liegt teilweise im Vertrieb.

Die Steuerungsinstrumente der Sparkasse KölnBonn umfassen für das Kreditgeschäft ein Frühwarnsystem für die Erkennung und konsequente Bearbeitung potenziell ausfallbedrohter Engagements, ein Limitsystem zur Begrenzung von Größenkonzentrationen sowie Rating- und Scoring-Verfahren zur umfassenden Beurteilung des Kreditportfolios. Im Eigengeschäft ist ebenfalls ein Überwachungssystem für Kapitalmarktpartner im Einsatz. Zudem werden ungedeckte Banklinien in Abhängigkeit von deren Rating und der Höhe des assoziierten Eigenkapitals im Rahmen von Orientierungslimiten eingeräumt. Neben den bereits genannten Steuerungsinstrumenten erfolgt auf Gesamtbankebene die Risikosteuerung des Kreditgeschäfts über die durch den Gesamtvorstand beschlossenen Verlust-

und Risikolimits für das Kreditportfolio. Im Ergebnis drückt sich durch die Anwendung dieser Steuerungsinstrumente eine risikobewusste Kreditvergabe politik der Sparkasse KölnBonn aus.

Die im Einsatz befindlichen Rating-Modelle sind methodenkonsistent auf eine Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, wobei die nachfolgende Masterskala des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) als Bezugsgröße dient. Die DSGV-Masterskala ist in 18 Rating-Klassen unterteilt, 15 für nicht ausgefallene Kreditnehmer und drei Ausfallklassen. Die Ratingklassen 1 und 15 werden dabei wiederum in sieben bzw. drei Klassen unterteilt. Jeder Klasse ist eine mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet.

DSGV-Masterskala	Ausfallwahrscheinlichkeit (%)		DSGV-Masterskala	Ausfallwahrscheinlichkeit (%)		
1 (AAA)	0,01	Investment Grade	6	0,60	Non-Investment Grade	
1 (AA+)	0,02		7	0,90		
1 (AA)	0,03		8	1,30		
1 (AA-)	0,04		9	2,00		
1 (A+)	0,05		10	3,00		
1 (A)	0,07		11	4,40		
1 (A-)	0,09		12	6,70		
2	0,12		13	10,00		
3	0,17		14	15,00		
4	0,30		15	20,00		
5	0,40		15 (B)	30,00		
			15 (C)	45,00		
			16-18	Ausfall		Default

Die Abdeckung mit Rating- und Scoring-Verfahren im Kundengeschäft beträgt 97,7 Prozent (Vorjahr: 94,9 Prozent), bezogen auf das Kunden- und Eigengeschäft 97,6 Prozent (Vorjahr 95,8 Prozent). Von den gerateten Kunden des mit Adressenrisiken behafteten Geschäfts entfallen 67,3 Prozent (Vorjahr: 64,1 Prozent) auf Investment-Grade-Kunden (Rating 5 und besser) und 32,7 Prozent (Vorjahr: 35,9 Prozent) auf Non-Investment-Grade-Kunden (Rating 6 und schlechter).

Die folgende Übersicht zeigt eine Aufteilung des gewerblichen und privaten Kunden- sowie des Eigengeschäftes auf die Rating-Klassen per 31. Dezember 2017 in Mio. EUR. Dabei bezeichnet das Obligo im Kundengeschäft die Summe aus Kreditanspruchnahme und offener Kreditlinie. Das Volumen des Gesamtportfolios ist die Summe der Obligos des Kundengeschäfts und der Marktwerte des Eigengeschäfts:

	Gesamtportfolio			Kundengeschäft		Eigengeschäft	
	Volumen	Veränd. ggü. Vorjahr	Anteil	Obligo	Veränd. ggü. Vorjahr	Marktwert	Veränd. ggü. Vorjahr
	AAA bis A	9.463	637	34,3%	4.872	273	4.592
1(A-) bis 5	8.663	813	31,4%	7.786	567	876	247
6 bis 9	6.485	31	23,5%	6.405	66	80	-34
10 bis 15 (C)	2.011	-257	7,3%	1.950	-272	61	15
16 bis 18	300	-332	1,1%	300	-332	0	0
ohne Rating	659	-470	2,4%	512	-615	147	145
Gesamt	27.581	422	100,0%	21.825	-314	5.756	736

Bei der Risikomessung und Strukturanalyse werden die Kundengeschäftsfelder und das Eigengeschäft unterschieden. Zur Quantifizierung der Kreditrisiken und potenzieller Risikokonzentrationen im Steuerungsbereich Adressenausfallrisiken werden Kreditportfoliomodelle verwendet.

Für die Messung des Adressenausfallrisikos im Kundengeschäft wird das durch den zentralen Dienstleister Sparkassen Rating- und Risikosysteme GmbH (SR) entwickelte Risikomodell Credit Portfolio View verwendet. Die Risikoquantifizierung wird monatlich durchgeführt. Für einen Zeithorizont von einem Jahr wird mittels einer Monte Carlo-Simulation die Verlustverteilung der Portfolien ermittelt. Aus der Verteilung wird die Höhe des unerwarteten Verlusts, der in der barwertigen Sichtweise durch Ausfälle und Migrationen von Kreditengagements verursacht wird, bestimmt. Für die Bestimmung des buchwertigen Verlusts ist lediglich das Ausfallrisiko relevant.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2017 beliefen sich die Kreditrisiken des Kundengeschäfts der Sparkasse KölnBonn im Fortführungsansatz (Credit Value at Risk, Konfidenzniveau von 95 Prozent) auf 78 Mio. EUR (Vorjahr: 68 Mio. EUR) und im Liquidationsansatz (Konfidenzniveau von 99,9 Prozent) auf 178 Mio. EUR (Vorjahr: 181 Mio. EUR). Der Anstieg des Kreditrisikos im Fortführungsansatz ist auf die Einführung eines Risikozuschlags zur Berücksichtigung von materiellen Blankoanteilen in der Ratingklasse 18 und möglichen EWB-Erhöhungen für Engagements in der Ratingklasse 17 zurückzuführen. Ohne diesen Sondereffekt wäre das Risiko durch positive Veränderungen in der Portfoliostruktur weiter gesunken.

Die Messung des Adressenausfallrisikos im Eigengeschäft wird mit Hilfe des Risikomodells Credit-Metrics wöchentlich durchgeführt. Für einen Zeithorizont von einem Jahr wird mittels einer Monte Carlo-Simulation die Barwertverteilung des Portfolios ermittelt. Aus der Verteilung wird die Höhe des unerwarteten Verlusts, der durch Ausfälle und Migrationen von Emittenten sowie Ausfälle von Kontrahenten verursacht wird, bestimmt. Die Risikorechnung unterscheidet hierbei ebenfalls zwischen einer barwertigen Messung (99,9 Prozent-Quantil: Liquidationsansatz) und einer buchwertigen Messung (95 Prozent-Quantil: Fortführungsansatz), in der Gewinne aus Ratingverbesserungen nicht betrachtet werden, da diese gemäß dem strengen Niederstwertprinzip nicht GuV-wirksam sind.

Die Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft lagen bei insgesamt (Credit Value at Risk, Konfidenzniveau von 95 Prozent) 32 Mio. EUR und (Konfidenzniveau von 99,9 Prozent) 140 Mio. EUR (Vorjahr: 38 und 149 Mio. EUR). Der Risikorückgang ist im Wesentlichen auf einen Abbau von Anleihen mit schlechtem Rating sowie Collateralized Debt Obligations (CDOs) zurückzuführen. Demgegenüber steht ein moderater Risikoanstieg in dem von der Sparkasse gehaltenen Spezialfonds aufgrund von Investitionen in USD High Yield Anleihen.

Der Risikoaufschlag für Credit Value Adjustments aus Geschäften mit OTC-Derivaten beträgt 4 Mio. EUR im 95 Prozent-Quantil und 8 Mio. EUR im 99,9 Prozent-Quantil (Vorjahr: 6 und 12 Mio. EUR). Neben Markt- und Bestandsänderungen führt das vermehrte Abwickeln von Derivategeschäften über eine zentrale Gegenpartei zu einem sinkenden CVA-Risiko.

Die vierteljährliche Risikoberichterstattung an die Geschäftsleitung enthält neben den Risikokennzahlen unter anderem ergänzende, umfangreiche Strukturanalysen des Kreditportfolios. Das originäre Kreditgeschäft in den Kundengeschäftsfeldern wird geprägt von den ökonomischen Rahmenbedingungen innerhalb des Geschäftsgebiets. Vor allem bei den gewerblichen Kunden ist eine moderate Branchenkonzentration aufgrund des Regionalprinzips der Sparkasse KölnBonn festzustellen.

Die Verteilung nach Branchen bzw. Kundengruppen im gewerblichen Kunden- und im Eigengeschäft (inkl. Derivategeschäfte mit Kunden) stellt sich zum 31.12.2017 wie folgt dar:

Kundengruppe / Branche in Mio. EUR	Kundengeschäft Obligo	Eigengeschäft Marktwert	Gesamtportfolio Volumen	Veränderung zum Vorjahr
Grundstücks- und Wohnungswesen	5.151	63	5.214	382
Kredit- u. Versicherungswesen	876	459	1.335	-19
Beratung, Planung, Sicherheit	1.164	4	1.168	-164
Groß- und Einzelhandel	987	4	991	25
Bauträger	881	0	881	-160
Dienstleistungen für Unternehmen	823	12	834	-4
Gesundheit, Soziales	595	10	605	-9
Baugewerbe	596	2	598	-154
Verarbeitendes Gewerbe	483	77	560	95
Öffentliche und private Dienstleistungen	520	7	527	-14
Verkehr, Nachrichten	464	41	505	-5
Gastgewerbe	435	1	436	-11
Energie, Wasser, Bergbau	387	49	435	59
Organisationen ohne Erwerbszweck	297	5	302	27
Privatiers	289	0	289	-29
Kraftfahrzeughandel	203	5	208	-6
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	21	6	26	3
übrige	100	39	139	49
Gewerbliche Kunden	14.272	784	15.053	65
Private Kunden	7.554	13	7.567	-329
Kreditinstitute	359	4.234	4.593	1.085
Öffentliche Haushalte	2.612	726	3.338	-98
Kundenkredit- und Eigengeschäft	24.797	5.757	30.551	723

Kundenverbindungen mit Immobilienbezug weisen einen vergleichsweise hohen Anteil am gesamten Kundenkreditgeschäft der Sparkasse KölnBonn auf. Infolge des Regionalprinzips gehören Kredit- und Ertragskonzentrationen im regionalen Immobilienfinanzierungsgeschäft originär zum Geschäftsmodell. Mit der Fokussierung auf den regionalen Markt und seine Teilnehmer ist die Bündelung von Expertenwissen innerhalb der Aufbauorganisation verbunden. Diese Informationsvorteile können von der Sparkasse KölnBonn gezielt für eine hochwertige Beratung und zur Risikovermeidung genutzt werden.

97 Prozent (Vorjahr: 97 Prozent) der einzelnen Positionen im Kundenkreditportfolio der Sparkasse KölnBonn sind kleiner als 250 TEUR. Die wesentliche Sicherheitenart mit einem Anteil von 91 Prozent (Vorjahr: 89 Prozent) bilden die Grundpfandrechte. Selbstständige und Unternehmen stellen mit einem Anteil von circa 58 Prozent (Vorjahr: 57 Prozent) des Kreditvolumens neben den privaten Kunden mit einem Anteil von 30 Prozent (Vorjahr: 31 Prozent) die wesentlichen Kundengruppen im Kundenkreditportfolio der Sparkasse KölnBonn dar.

Die Struktur des Eigengeschäfts ist durch Investitionen im Investment-Grade-Bereich mit einem Anteil von 97 Prozent (Vorjahr: 97 Prozent) des Kreditvolumens geprägt, wobei der Finanzsektor dominiert. Mit wesentlichen Kontrahenten bestehen Collateral-Vereinbarungen zur Minderung der Adressenausfallrisiken im Derivate-, Repo- und Wertpapierleihe-Geschäft.

In einen Spezialfonds sind zusätzlich Anteile an Renten- und Aktien-ETFs, USD High Yield Anleihen sowie Bar- und Fremdwährungsabsicherungspositionen eingebracht. Von dem gesamten Marktwert des Spezialfonds über rund 515 Mio. EUR (Vorjahr: 504 Mio. EUR) entfallen 58 Prozent auf Anleihen europäischer und amerikanischer Firmen (Vorjahr: 72 Prozent). Weitere 20 Prozent des Fonds bestehen aus Aktien weltweit tätiger Unternehmen sowie Unternehmen aufstrebender Volkswirtschaften (Vorjahr: 17 Prozent). Die Investition in USD High Yield Anleihen besitzt einen relativen Anteil von

9 Prozent des Spezialfonds (erstmalig in 2017). Der verbleibende Anteil des Fonds wird aus Kassenpositionen und derivativen Instrumenten gebildet.

Die Entwicklung der Risikovorsorge, das heißt das GuV-wirksame Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft der Sparkasse KölnBonn - bestehend aus Direktabschreibungen, Zuführung zu beziehungsweise Auflösung von Wertberichtigungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen -, ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken und befindet sich weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

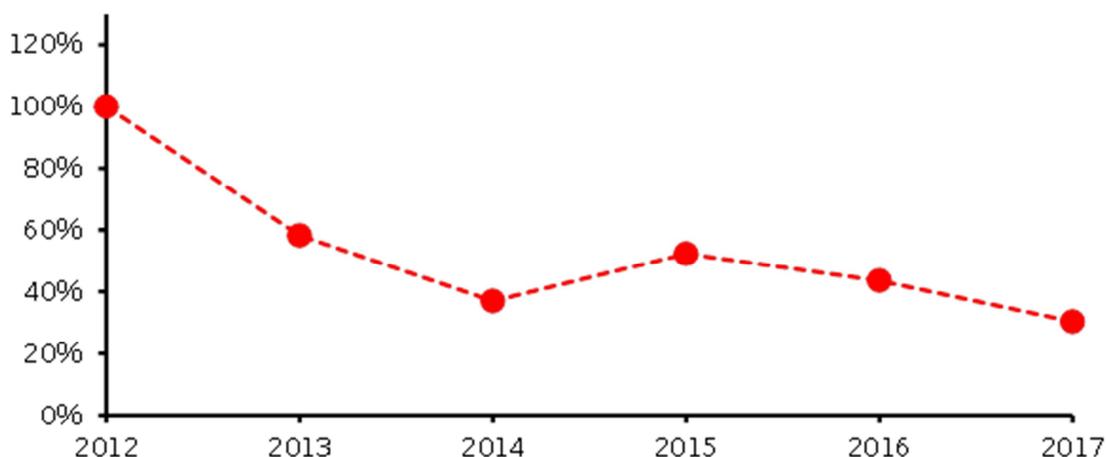


Abb.: Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft (Ausgangswert 2012 = 100 Prozent)

Die Methoden und Prozesse zur Bildung der Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft sind durch Arbeitsanweisungen geregelt. Zur Früherkennung von Leistungsstörungen sind klar definierte Indikatoren auffällig gewordener Kreditnehmer hinterlegt. Unterstützt wird dieser Prozess durch ein automatisiertes Frühwarnsystem der Finanz Informatik GmbH & Co. KG. Die Bearbeitung von Leistungsstörungen wird mit der erforderlichen Betreuungsintensität (Intensivbetreuung, Sanierung) durchgeführt.

Die Sparkasse KölnBonn hat verschiedenen Einzelkreditnehmern Kredite zur Refinanzierung von Beteiligungen bereitgestellt. Auch im Geschäftsjahr 2017 wurden die Salden dieser Finanzierungen nochmals deutlich reduziert. Die Sparkasse erwartet die endgültige Rückführung der Darlehen in 2018 und somit keine besonderen Risiken mehr aus den Kreditengagements. Die von verschiedenen Kreditnehmern geltend gemachten Ansprüche und daraufhin erhobenen Klagen sind nach Auffassung der Sparkasse KölnBonn unbegründet. Diese Auffassung wird gestützt durch interne und externe Rechtsgutachten sowie verschiedene klageabweisende, mittlerweile auch rechtskräftige Urteile und Hinweise der zuständigen Gerichte aus laufenden Verfahren.

Beteiligungsrisiken

Zur Quantifizierung des Beteiligungsrisikos wird der aufsichtsrechtliche PD/LGD-Ansatz (analog Artikel 165 ff. CRR) verwendet. In diesem Ansatz wird das Beteiligungsrisiko als Risiko des Ausfalls einzelner Beteiligungen und der daraus resultierenden Verluste der Beteiligungsbuchwerte sowie der den Beteiligungen gewährten Kredite am 1-Jahres-Horizont definiert. Darüber hinaus wird das Risiko der Inanspruchnahme aus bestehenden Haftungsverhältnissen im Beteiligungsrisiko berücksichtigt.

Die Beteiligungsrisiken sind den originären unternehmerischen Risiken der Sparkasse KölnBonn zuzuordnen und stellen eine wesentliche Risikokategorie innerhalb der Sparkasse KölnBonn dar. Im primär steuerungsrelevanten Fortführungsansatz (Konfidenzniveau 95 Prozent) beliefen sich die Beteiligungsrisiken auf 7 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR). Im Liquidationsansatz (Konfidenzniveau von 99,9 Prozent) betragen die Beteiligungsrisiken 47 Mio. EUR (Vorjahr: 40 Mio. EUR). Das Risiko im Beteiligungsportfolio ist somit aufgrund von Geschäftsausweitungen bei einer Beteiligungsholding leicht gestiegen.

Die Risikosteuerung des Beteiligungsportfolios erfolgt im Rahmen der durch den Vorstand der Sparkasse KölnBonn beschlossenen Risikostrategie sowie anhand des Risikolimits für das Beteiligungs-

portfolio. Durchgeführt wird die Steuerung durch den Gesamtvorstand sowie über den Marktbereich Beteiligungen. Der Marktbereich Beteiligungen führt seine Aktivitäten im Rahmen eines Kreditentscheidungs- und Überwachungsprozesses auf Einzelbeteiligungsebene durch. Er bereitet dazu insbesondere die entscheidungsrelevanten Steuerungsaktivitäten der zuständigen Tochterunternehmen zur Entscheidung durch den Kompetenzträger auf. Beteiligungsentscheidungen trifft der Gesamtvorstand auf der Grundlage eines Zwei-Voten-Prozesses analog dem Kreditgeschäft.

Das Beteiligungsrisikocontrolling wird von einem marktunabhängigen Bereich vorgenommen. Dieser quantifiziert die Beteiligungsrisiken auf Portfolioebene und liefert der Geschäftsleitung im Rahmen des integrierten Risikoberichtes vierteljährlich eine separate detaillierte Übersicht über die Risikoposition. Die seitens des Beteiligungsbereiches erstellten Beteiligungsbewertungen werden von einem marktunabhängigen Bereich plausibilisiert und festgesetzt.

Die einzelnen Beteiligungen der Sparkasse KölnBonn werden anlassbezogen, aber mindestens einmal jährlich bewertet. In diesem Zusammenhang erfolgt eine intensive Auseinandersetzung mit der Beteiligung und deren wirtschaftlicher Entwicklung, so dass eine Früherkennung potenzieller Risiken gewährleistet ist. Bei Abschreibungsbedarf in wesentlicher Höhe erfolgt eine Ad-hoc-Berichterstattung an den Vorstand.

Marktpreisrisiken

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die durch Veränderungen von marktabhängigen Parametern wie Zinsen, Credit-Spreads, Volatilitäten, Fonds, Fremdwährungs- und Aktienkursen zu Verlusten oder Wertminderungen führen können.

Die operative Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt durch den zentralen Vertriebsbereich Treasury unternehmensweit. Den Rahmen dazu setzt der Gesamtvorstand, indem er, auf Vorschlag des Zentralbereichs Risikomanagement, Limite festlegt. Die Limite sind so bemessen, dass sie die Risikotragfähigkeit nicht gefährden.

Der FDA legt im Rahmen der Risikotragfähigkeit und auf Grundlage der Vorgaben des Vorstands hinsichtlich der langfristigen Refinanzierungs- und Anlagestruktur die Benchmark und die Benchmarkinvestments fest. Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung wird die EUR-Zinsposition auf ein gleitendes 10-Jahres-Risikoprofil gesteuert.

Eigenanlagen werden im Wesentlichen zur Anlage von Liquidität und zur Risikosteuerung durchgeführt. Als Beitrag zur Portfoliodiversifizierung, der aber gleichzeitig für den Bedarfsfall hochliquide sein soll, wird auch in begrenztem Umfang in Spezialfonds investiert (langfristiges Anlagekonzept, "LAK"). Eigengeschäfte in Aktien oder Devisen zu Spekulationszwecken werden nicht getätigt.

Nennenswerte offene Währungspositionen werden aufgrund des Geschäftsmodells der Sparkasse KölnBonn nicht unterhalten.

Die Bereiche Treasury (Handel), Abwicklung/Kontrolle, Rechnungswesen und Risikomanagement sind organisatorisch und funktional getrennt.

Der Zentralbereich Risikomanagement überwacht die Einhaltung der Risikolimiten. Alle Marktpreisrisiken werden auf Basis des internen Marktpreisrisikomodells täglich quantifiziert und überwacht. Methodisch erfolgt die Messung des Marktpreisrisikos als Value at Risk mittels eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes in Delta-Gamma-Näherung. Das allgemeine Marktpreisrisiko wird mit dem Credit Spread-Risiko integriert betrachtet. Grundlage für die Ermittlung der Risikopositionen sind die täglich zu Marktpreisen bewerteten Bestände. Eingangsdaten sind neben den Positionsdaten der Sparkasse KölnBonn die qualitätsgesicherten Zeitreihen der Risikofaktoren.

Verlustrisiken unter der Annahme extremer Marktentwicklungen (Szenarioanalysen) werden ebenfalls täglich untersucht. Neben Parallelverschiebungen der Zinsstrukturkurve werden Drehungen und Credit Spread-Veränderungen betrachtet.

Die Berichterstattung über die Risikopositionen und das Ergebnis der Geschäftstätigkeit erfolgt monatlich an den Gesamtvorstand und zuständige Entscheidungsträger in der zweiten Führungs-

ebene. Bei erheblichen Einflüssen auf die Marktpreisrisiken beziehungsweise auf das Ergebnis der Geschäftstätigkeit erfolgt ferner eine Ad-hoc-Berichterstattung.

Die angemessene Beurteilung der Marktpreisrisiken erfordert eine dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt entsprechende kontinuierliche Weiterentwicklung der Systeme und Methoden. Dies stellt eine der zentralen Tätigkeiten des Risikomanagements der Sparkasse KölnBonn dar.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2017 beanspruchten die Marktpreisrisiken der Sparkasse KölnBonn 65 Mio. EUR (Geschäftsjahr 2016: 43 Mio. EUR) im Fortführungsansatz der Risikotragfähigkeit und 114 Mio. EUR (Geschäftsjahr 2016: 127 Mio. EUR) im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit. Der Risikoanstieg im Fortführungsansatz ist überwiegend auf Neugeschäft zurückzuführen. Maßgeblich für den Risikorückgang im Liquidationsansatz ist ein Rückgang der Zinsvolatilität.

Die zu erwartende Barwertveränderung des Zinsbuchs aufgrund des simulierten Zinsschocks gemäß Finanz- und Risikotragfähigkeitsinformationverordnung (FinaRisikoV) sowie des BaFin-Rundschreibens 11/2011 hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2017	31.12.2016
Barwertveränderung in Prozent	10,3	10,3

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Es wird in die Unterrisikokategorien Personal-, IT-Risiko, interne Verfahren (Prozessrisiko) und externes Risiko gegliedert. Diese Definition umfasst ebenfalls die Rechtsrisiken. Operationelle Risiken sind unvermeidbarer Bestandteil des Betriebens von Bankgeschäften.

Die Identifikation von operationellen Risiken beruht im Wesentlichen auf der Ex-post-Betrachtung eingetretener Schadensfälle im Rahmen einer Schadensfalldatenbank, der Ex-ante-Betrachtung möglicher Risikoszenarien durch das Instrumentarium der Risikolandkarte und der Teilnahme am Datenpooling der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH. Dabei werden auch veränderte Rahmenbedingungen bezüglich rechtlicher Risiken (zum Beispiel durch neue BGH-Urteile) bewertet und falls notwendig im Management der operationellen Risiken berücksichtigt. Dies umfasst neben der Erfassung der Risiken auch Maßnahmen zur zukünftigen Vermeidung solcher Schäden durch Anpassung von Prozessen, Dokumentationen und Produkten.

Zur Messung des operationellen Risikos wird in der Sparkasse KölnBonn ein Quantifizierungsmodell genutzt, welches den erwarteten Verlust sowie den operationellen Value at Risk berechnet. Das Quantifizierungsmodell basiert auf einem Verlustverteilungsansatz. Hierbei werden die vorliegenden empirischen internen und externen Verlustdaten sowie Szenariodaten in Verlustcluster nach Ursachenkategorien und betroffenen Prozessclustern gegliedert. Mittels einer Monte Carlo-Simulation wird eine Verteilung der jährlichen Gesamtverluste – pro Verlustcluster und auf Gesamthausebene – aus operationellen Risiken geschätzt.

Bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 95 Prozent betrug der operationelle Value at Risk zum Ende des Geschäftsjahres nahezu unverändert 8 Mio. EUR. Bei einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent ist der operationelle Value at Risk ebenfalls auf einem konstanten Niveau geblieben (89 Mio. EUR). Zur Vermeidung beziehungsweise Reduzierung von operationellen Risiken bestehen verschiedene Instrumente (unter anderem ein IT-Notfallkonzept, Optimierung von Geschäftsprozessen, Einstellen oder Outsourcing bestimmter Geschäftsaktivitäten sowie der Abschluss von Versicherungen).

Hinsichtlich der steuerlichen Behandlung unseres Hybridkapitals (Stille Einlagen und Genussrechte) bestehen zwischen der Finanzverwaltung und der Sparkasse im Rahmen des Veranlagungsverfahrens unterschiedliche Rechtsauffassungen. Sollte sich die Finanzverwaltung mit ihrer Auffassung in Gänze durchsetzen, würden hieraus Steuernachzahlungen in Höhe von ca. 122,5 Mio. EUR resultieren. Unter Würdigung der Argumente der Finanzverwaltung und unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Stands der Rechtsprechung halten wir es jedoch weiterhin für überwiegend wahrscheinlich, dass wir im weiteren Verfahrensverlauf mit unserer Rechtsauffassung obsiegen. Aus diesem Grund haben wir

im Jahresabschluss 2017 von der Bildung einer Rückstellung für diese latenten Steuerrisiken abgesehen.

Durch den vierteljährlich erstellten Risikobericht sowie einen jährlichen Sonderbericht wird der Vorstand über operationelle Risiken informiert. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken fest. Er entscheidet über Steuerungsmaßnahmen zur Risikoreduzierung, die ihm durch ein regelmäßig tagendes Gremium vorgeschlagen werden.

Liquiditätsrisiken

Beim Liquiditätsrisiko unterscheidet die Sparkasse KölnBonn zwischen dem klassischen Liquiditätsrisiko (dispositives Liquiditätsrisiko, Zahlungsunfähigkeitsrisiko) und dem strategischen Liquiditätsrisiko (Refinanzierungsrisiko).

Die Sparkasse KölnBonn führt neben der Betrachtung angemessener Verhältniskennzahlen (Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung sowie Beobachtungskennzahlen) regelmäßige Szenarioanalysen durch. Als kapitalmarktorientiertes Institut führt die Sparkasse KölnBonn Stresstests gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement auf Basis einer Liquiditätsablaufbilanz durch. Diesem Stressszenario steht eine ausreichend bemessene, nachhaltige Liquiditätsreserve in Form von hochliquiden, unbelasteten Vermögensgegenständen per 31.12.2017 gegenüber.

Aus der Analyse der Verhältniskennzahlen, der Liquiditätsablaufbilanz sowie der Stresstestergebnisse, die in einem monatlichen Turnus an den Gesamtvorstand und zuständige Entscheidungsträger in der zweiten Führungsebene berichtet werden, können, unter der Hinzunahme von Geld- und Kapitalmarkteinschätzungen, Steuerungsmaßnahmen bis hin zur Auslösung des Notfallplans abgeleitet werden. Darüber hinaus wird das dispositive Liquiditätsrisiko täglich gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) überwacht und gesteuert.

Die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt im Wesentlichen über das Halten von liquiden Aktiva sowie über die Strukturierung der Passivseite. Die Planung der Refinanzierung basiert auf den gegebenen Refinanzierungspotenzialen sowie den geplanten Aktivitäten in den Geschäftsfeldern. Die Steuerung wird fortlaufend überwacht und die Planungsprämissen werden gegebenenfalls angepasst. Zum 31.12.2017 lagen keine nennenswerten Refinanzierungsrisiken vor (Vorjahresrisiko: 95 Prozent-Konfidenzniveau 1 Mio. EUR; 99,9 Prozent-Konfidenzniveau 31 Mio. EUR). Der Rückgang des Refinanzierungsrisikos resultiert aus einem im Gegensatz zum Vorjahr reduzierten Refinanzierungsbedarf.

Die bankaufsichtliche Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag zum Jahresende mit 2,50 deutlich über dem Mindestwert von 1,0. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus der Liquiditätsverordnung gem. §11 KWG entfallen zum 01.01.2018 und werden dann nicht mehr in der Liquiditätssteuerung der SKB berücksichtigt. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) überstieg mit einem Wert von 1,57 (deIVO, Mindestwert 0,80) zum 31.12.2017 ebenfalls sehr deutlich die aufsichtliche Anforderung. Die Zahlungsunfähigkeitsrisikobetrachtungen zukünftiger Perioden deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin. Neben den Refinanzierungsmöglichkeiten im Kundengeschäft verfügt die Sparkasse KölnBonn per Ende des Jahres über ein freies Pfanddepot bei der Europäischen Zentralbank beziehungsweise der Eurex in Höhe von 1,1 Mrd. EUR sowie über ein mittel- bis langfristiges Refinanzierungspotenzial von 1,8 Mrd. EUR. Beide Refinanzierungsquellen können bei Bedarf weiter erhöht werden. Die Sparkasse KölnBonn wäre somit in der Lage, einen unerwartet auftretenden, großen Mittelabfluss, wie er in Szenarien gemäß den MaRisk zu simulieren ist, kurzfristig zu kompensieren. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse KölnBonn war während des gesamten Geschäftsjahres 2017 ausreichend gesichert.

Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung	31.12.2016	31.03.2017	30.06.2017	30.09.2017	31.12.2017
Liquiditätskennziffer	2,4	2,2	2,6	2,6	2,5

Beobachtungskennzahlen nach Restlaufzeiten per 31.12.2017	täglich fällig bis 1 Monat	über 1 Monat bis 3 Monate
	Laufzeitband 1	Laufzeitband 2
Beobachtungskennzahl	2,5	10,9

Sonstige Risiken

Unter Sonstige Risiken werden Risikokonzentrationen, Geschäftsrisiken (einschließlich Absatzrisiken und Reputationsrisiken) sowie Risiken aus eigenen Immobilien zusammengefasst.

Diese Risiken zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht als eigenständige Risiken gemessen und berichtet werden, sondern entweder Bestandteile der anderen Risikoarten sind oder aufgrund ihrer Unwesentlichkeit für die Sparkasse KölnBonn nicht berücksichtigt werden.

Sicherungsgeschäfte

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt. Die Bildung von Bewertungseinheiten wird im Zentralvertriebsbereich "Treasury" initiiert. Die Kontrolle und Dokumentation der Bewertungseinheiten erfolgt im Zentralbereich "Finanzen".

Die bilanzielle Abbildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 35. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse KölnBonn für jede Bewertungseinheit zum Bilanzstichtag die Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft. Differenziert wird dabei nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen. Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der sogenannten Einfrierungsmethode außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, wird für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung gebildet, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt.

Grundlage jeder Bewertungseinheit ist eine Dokumentation unter Angabe der Sicherungsabsicht und der Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten. Zur prospektiven Beurteilung der Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung werden für Macro Bewertungseinheiten Effektivitätskennziffern auf der Basis von Zinssensitivitäten ermittelt. Die Micro Bewertungseinheiten erfüllen bis auf geringfügige Ausnahmen die Critical Terms Match-Kriterien. Für den Zeitraum der Sicherungsbeziehung gleichen sich daher die Wertänderungen bezogen auf das gesicherte Risiko voraussichtlich vollständig aus. Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäfts beziehungsweise des Sicherungsgeschäfts.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten wurden folgende Posten beziehungsweise Transaktionen einbezogen:

Vermögensgegenstände	Art der Bewertungseinheit	Gesichertes Risiko	Nominalvolumen in TEUR
Festverzinsliche Wertpapiere	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins)	117.061
Festverzinsliche Wertpapiere	Macro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins)	2.698.500
Schwebende Geschäfte	Art der Bewertungseinheit	Gesichertes Risiko	Nominalvolumen in TEUR
Festzins-Swaps	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins)	3.000
Devisenoptionen	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko (Währung)	75.768

Mit den Bewertungseinheiten wurden Risiken mit einem Gesamtbetrag von 2,9 Mrd. EUR abgesichert. Der Gesamtbetrag bezieht sich auf das Nominalvolumen der designierten Grundgeschäfte. Der hohe Anteil gesicherter Wertpapiere ist das Ergebnis der strategischen Entscheidung, zinsbedingte Wertminderungen bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve gering zu halten.

Chancen

Die Sparkasse KölnBonn reagiert auf die sich schnell verändernden Rahmenbedingungen von stärkerer Bankenregulierung, lang anhaltendem Niedrigzinsumfeld und verändertem Kundenverhalten durch Anpassung der Kapitalausstattung, Optimierung ihrer Refinanzierungsstruktur, einer Neuausrichtung der Vertriebsaktivitäten und –prozesse sowie neuer Produkte, insbesondere im Bereich des digitalen Angebots.

Auch in der anhaltenden Niedrigzinsphase verfügt die Sparkasse KölnBonn über Möglichkeiten zur Optimierung der Refinanzierungskosten. Chancen ergeben sich insbesondere jedoch im Falle eines moderat ansteigenden Zinsniveaus.

Generell kann die Sparkasse von dem Bevölkerungswachstum in der Region Köln/Bonn profitieren. Auch können sich der stabile Immobilienmarkt sowie die solide wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsgebiet insgesamt positiv auswirken.

Aufgrund konstant hoher Marktaktivitäten und der Erkenntnisse aus den Weiterentwicklungen der Privat- und Firmenkundenstrategien können die Geschäftsbeziehungen zu Bestandskunden intensiviert und neue Kunden im Geschäftsgebiet akquiriert werden. Als moderne Multikanal-Sparkasse richtet die Sparkasse KölnBonn ihr Produktangebot am Bedarf ihrer Kunden aus und setzt, trotz der Reduktion der Anzahl der Geschäftsstellen, auch weiterhin auf Qualität in der Fläche und den Ausbau neuer Ansprachewege. So steht durch den stationären Vertrieb in Verbindung mit einer Neuausrichtung der Beratungs- und Vertriebsstrukturen sowie den Ausbau des Internet- und Mobile-Banking allen Kundengruppen eine moderne Infrastruktur zur Verfügung. Die Entwicklung von Omnikanal-Strategien wird als Erfolgsfaktor zur Kundenbindung gesehen und kann darüber hinaus zu einer Ausweitung der Kundenanzahl sowie des Zins- und Provisionsgeschäfts führen. In diesem Zusammenhang steht bei der Sparkasse KölnBonn die Ertragssteigerung bei konsequentem Kostenmanagement im Vordergrund.

Darüber hinaus ist es möglich, dass sich bei anhaltend positiver Wirtschaftsentwicklung erwartete Belastungen in den Kategorien Adressen-, Beteiligungs- oder Marktpreisrisiken nicht konkretisieren beziehungsweise bei der notwendigen Risikovorsorge der Sparkasse Entlastungen entstehen.

Im Bereich der Rechts- und Vertragsrisiken können sich bisher als belastend zu bewertende Sachverhalte durch Rechtsprechung, neue gesetzliche Regelungen oder neue vertragliche Vereinbarungen mit Dritten zum Positiven wenden, so dass positive Effekte bezüglich der Gewinn- und Verlustrechnung über die Ansätze gemäß Prognosebericht (Teil E.) hinaus möglich sind.

Gleiches gilt weiterhin auch für Entwicklungen bezüglich Rechtsprechung und Verwaltungsmeinung im steuerrechtlichen Bereich mit Blick auf die nach bisheriger Einschätzung gebildeten Rückstellungen für Verpflichtungen gegenüber der Finanzverwaltung bzw. die zukünftige Geltendmachung bislang nicht rechtssicherer Ansprüche der Sparkasse.

E. Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen für die Entwicklung im Jahr 2018 haben Prognosecharakter. Die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse können von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Die Darstellung der Ergebnisprognose basiert auf der internen, steuerungsrelevanten Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung (Betriebsvergleichsschema der Sparkassen-Finanzgruppe; die Werte nach Betriebsvergleichsschema und nach HGB-Formblatt können voneinander abweichen).

Rückblickend lag der Bilanzgewinn der Sparkasse KölnBonn für das Jahr 2017 insgesamt deutlich über den Erwartungen. Dabei blieb jedoch das operative Ergebnis, insbesondere das Zins- und Provisionsergebnis, leicht unterhalb des prognostizierten Wertes. Dieser Effekt konnte durch eine deutlich niedrigere Vorsorge im Kreditgeschäft überkompensiert werden. Auch das neutrale Ergebnis entwickelte sich merklich positiver, als vorab erwartet.

Im abgelaufenen Jahr wurde die geplante Bilanzsummenreduktion insgesamt durch den Abbau der Einlagen von Kunden erreicht. Korrespondierend hierzu sank die Barreserve bei der Bundesbank. Auf der Aktivseite hat daneben auch der Bestandsrückgang der Kundenforderungen im Vergleich zum Vorjahr die Entwicklung beeinflusst. In diesem Gesamtkontext sanken auch die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Sparkasse KölnBonn hat im Januar 2018 eine auf den strategischen Zielen basierende Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre 2018 bis 2022 verabschiedet. Die Mittelfristplanung stützt sich hinsichtlich der Einschätzung zu den konjunkturellen Rahmenbedingungen, wie in den Vorjahren, auf die Prognosen von Forschungsinstituten. Danach ist die deutsche Konjunktur dynamisch aufwärts gerichtet. Die Geschäftslage in der Region Köln/Bonn ist anhaltend gut. Vor diesem Hintergrund dürfte sich die eingeschlagene Entwicklung in den nächsten zwölf Monaten weiter verfestigen.

Im Verlauf von 2018 wird im Vergleich zum Vorjahr ein nahezu gleichbleibender Preisauftrieb auf moderatem Niveau erwartet.

Abweichend von den Prognosen verschiedener Marktteilnehmer, die von leicht steigenden Zinsen ausgehen, geht die Sparkasse für den mittelfristigen Planungszeitraum aus Vorsichtsgründen von gleichbleibenden Zinsen aus. Die zugrunde liegende aktuelle Zinsstruktur ist dabei weiterhin auf niedrigem Niveau.

Im Hinblick auf die aktuelle Phase mit weiterhin niedrigen beziehungsweise negativen Zinsen, die sich insbesondere durch reduzierte Margen in den Kundenprodukten bemerkbar macht, hat die Sparkasse die in den Vorjahren aufgesetzten Maßnahmen zur Steigerung und Diversifizierung ihrer Erträge weiterverfolgt. Parallel dazu wurden die Maßnahmen zur Kostenreduktion stringent fortgeführt. Weitere ergebnissteigernde Maßnahmen aus einem Strategieprojekt sind noch nicht in die Planung eingeflossen. Diese werden erwartungsgemäß zu weiteren positiven Effekten führen. Daher ist die Sparkasse zuversichtlich, in einem weiterhin sehr anspruchsvollen Umfeld die geschäftlichen Risiken zu beherrschen und ausreichende Jahresergebnisse erwirtschaften und thesaurieren zu können um den steigenden Kapitalanforderungen weiterhin zu genügen.

Auf Basis der vorgenannten Annahmen, die die Grundlage für die Planungen der Sparkasse KölnBonn bilden, wird für 2018 mit einem weiteren Rückgang der Bilanzsumme von insgesamt 1,9 Prozent gerechnet. Während bei den durchschnittlichen Beständen der Kundenforderungen für 2018 mit einem leichten Rückgang gerechnet wird, wird bei den Kundeneinlagen von einem geringeren Wachstum ausgegangen.

Der Zinsüberschuss wird aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus gegenüber dem Vorjahr in 2018 moderat zurückgehen. Auch mittelfristig rechnet die Sparkasse mit einem weiterhin leichten Rückgang des Zinsergebnisses.

Die Sparkasse erwartet, dass der Provisionsüberschuss in 2018 leicht über dem Vorjahresniveau liegen wird. Bei den sonstigen ordentlichen bzw. betrieblichen Erträgen wird, wie im Vorjahr, ein geringer Rückgang erwartet.

Angesichts des schwierigen Wettbewerbsumfelds wird die Sparkasse KölnBonn, wie bereits in den Vorjahren, ihre Bemühungen zur Begrenzung des Sach- und Personalaufwands weiter fortsetzen. Für 2018 wird mit weiter leicht sinkenden Aufwandspositionen gerechnet. Mittelfristig wird einer Stabilisierung auf einem Niveau unterhalb des Vorjahreswertes gerechnet. Erwartete Tarifsteigerungen in den nächsten Jahren werden durch einen stetigen Rückgang der Mitarbeiterkapazitäten kompensiert. In 2018 werden diese Verwaltungsaufwendungen von der Umsetzung strategischer Initiativen beeinflusst. Hierzu zählen auch die Aufwendungen für den weiteren Ausbau der Sparkasse als Omnikanalanbieter, den Ausbau der Digitalisierung sowie der Verbesserung der Prozesse im Kundengeschäft inklusive der Beratung.

Das operative Ergebnis der Sparkasse KölnBonn wird auf der Grundlage dieser Planung im Folgejahr per Saldo etwas niedriger ausfallen, so dass ein Betriebsergebnis vor Bewertung leicht unter dem des Jahres 2017 erwartet wird.

Der Risikovorsorgebedarf im Kreditgeschäft lag auch in 2017 sehr deutlich unter den Erwartungen. In der Region Köln/Bonn dürfte sich im Jahr 2018 ein anhaltendes moderates Wirtschaftswachstum auch in der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft positiv niederschlagen. Trotz der grundsätzlichen Erwartung einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung geht die Sparkasse unter Vorsichtsaspekten im Vergleich zum abgelaufenen Wirtschaftsjahr für 2018 von einer merklich höheren Risikovorsorge für Kredite aus. Dabei berücksichtigt sie jedoch auch erwartete methodische Veränderungen bei der Bewertung latenter Kreditrisiken.

Das negative Bewertungsergebnis des Jahres 2017 bezüglich der Anlage in Wertpapieren wird im neuen Geschäftsjahr voraussichtlich leicht höher ausfallen. Das Bewertungsergebnis Wertpapiere umfasst erwartete zeitanteilige Abschreibungen von höherverzinslichen Wertpapieren, die zu Anschaffungskosten über ihrem Nominalwert erworben wurden, auf den erwarteten Rückzahlungswert. Darüber hinaus können Wertveränderungen aufgrund der allgemeinen Marktentwicklung sowie der Entwicklung von Bonitätsrisiken einzelner Emittenten im Anlageportfolio nicht generell ausgeschlossen werden. Insgesamt beträgt der erwartete Bewertungsbedarf jedoch deutlich weniger als ein Prozent des betreffenden Aktivvermögens.

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr hatte die Sparkasse aus dem Beteiligungsportfolio ein leicht negatives Bewertungsergebnis erzielt, welches jedoch geringfügig besser war, als erwartet. Da keine wesentliche Veränderung des Beteiligungsportfolios erwartet wird und sich die wirtschaftliche Situation wesentlicher Engagements stabilisiert hat, werden auch für die nächsten Jahre keine wesentlichen negativen Effekte aus der Bewertung von Beteiligungen mehr erwartet.

Die für 2017 erwarteten Erträge aus Verkäufen ausgewählter Immobilien wurde in Teilen erst Anfang 2018 realisiert, so dass deren Erfolgsbeitrag für 2017 deutlich unter den Erwartungen lag. Dementsprechend wird für 2018 insgesamt mit einem deutlich höheren Beitrag aus dem Immobiliengeschäft zum Bewertungsergebnis gerechnet.

Das neutrale Ergebnis in 2017 liegt unter anderem aufgrund des Vorfälligkeitsentgeltes anlässlich des durchgeführten Tausches Stillen Einlagen des Trägers in neue Kapitalinstrumente sowie Aufwendungen für strategische Initiativen deutlich unter dem Vorjahresniveau, aber noch merklich besser, als erwartet. Auch für 2018 wird durch die Belastung aus weiteren strategischen Initiativen mit einem vergleichbaren Ergebnis wie in 2017 gerechnet.

Im Jahr 2017 verzeichnet die Sparkasse bezüglich der Steuerposition einen positiven Ergebnisbeitrag, der auf Sondereffekte bezüglich zurückliegender Veranlagungszeiträume zurückzuführen ist. Dies wird sich in 2018 erwartungsgemäß nicht wiederholen. Der Jahresüberschuss des Jahres 2018 nach Steuern und vor Teilgewinnabführung wird vor diesem Hintergrund im Ergebnis voraussichtlich deutlich niedriger ausfallen als im abgelaufenen Geschäftsjahr. Aufgrund der Vertragsbedingungen der neuen Stillen Einlagen steht dem Träger für diese kein Zins, sondern ein quotaler Gewinnanspruch, bezogen auf das Ergebnis nach Steuern, zu. Insgesamt wird es voraussichtlich in 2018 möglich sein, neben der quotalen Bedienung der Stillen Einlagen auch die Sicherheitsrücklage weiter durch die Thesaurierung eines Bilanzgewinns zu stärken.

Für die Jahre nach 2018 geht die Sparkasse angesichts der wirtschaftlichen Rahmendaten von einem moderaten Wachstum im Kundengeschäft bei weiterhin geringen Zinsmargen aus. Ausgehend von einem weiterhin niedrigen Zinsniveau wird mit einem anhaltenden Druck auf die Zinsergebnisse der Sparkasse gerechnet.

Ausgehend von den gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmendaten bzw. Entwicklungen will die Sparkasse ihren Marktauftritt sowie die betrieblichen Prozesse stärker und effizienter an den Kundenbedürfnissen ausrichten.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse KölnBonn wird auf Basis der vorausschauenden Liquiditätsplanung im neuen Geschäftsjahr jederzeit gegeben sein. Sowohl die bereits bisher relevanten Kennziffern gemäß MaRisk als auch die neue Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß Basel III werden 2018 auf Basis der Planungen stets deutlich erfüllt werden.

Auch die seit 2015 geltenden Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten gemäß Basel III (EU-Verordnung Nr. 575/2013 Capital Requirements Regulation) werden von der Sparkasse in den nächsten Jahren jederzeit erfüllt. Hierbei hat die Sparkasse intern Zielquoten definiert, die über den gesetzlichen Anforderungen liegen. Die Sparkasse hat Ende 2017 mit Blick auf die zukünftigen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung mit ihrem Träger "Zweckverband Sparkasse KölnBonn" den Tausch der Stillen Einlagen in Instrumente des harten Kernkapitals umgesetzt und somit deren dauerhafte Anrechnung als hartes Eigenkapital ermöglicht.

Die Sparkasse KölnBonn wird auch in 2018 die Mitarbeiterkapazitäten insgesamt weiter reduzieren. Für 2018 sind jedoch die Einstellungen von Auszubildenden anzahlmäßig auf dem Niveau des Vorjahres geplant. Notwendige externe Neueinstellungen beschränken sich auf den Bedarf von ausgewiesenen Spezialistenfunktionen.

Insgesamt geht die Sparkasse von einer wirtschaftlichen Entwicklung aus, die im operativen Ergebnis leicht unter dem Niveau des abgelaufenen Jahres liegen wird.

Anlage zum Lagebericht

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit der Sparkasse KölnBonn

für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2016

Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung und Herstellung von Entgeltgleichheit und deren Wirkung

Ziele und Konzepte im Rahmen der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes und des für 2016 gültigen Förderplans der Sparkasse KölnBonn zur Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Sparkasse KölnBonn ist gemäß Landesgleichstellungsgesetz (LGG) vom 9. November 1999, das mit Wirkung zum 15.12.2016 reformiert wurde, verpflichtet, einen Förder(Gleichstellungs)plan jeweils für einen Zeitraum von 3 bis 5 Jahren zu erstellen und fortzuschreiben. Grundlagen des Förder(Gleichstellungs)plans sind eine Bestandsaufnahme und Analyse der Beschäftigtenstruktur sowie Ziele und Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zum Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen. Für den vorliegenden Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit zum Kalenderjahr 2016 wird für detaillierte Maßnahmen auf den für den Zeitraum 2015 bis 2017 gültigen Förderplan nach LGG verwiesen. Im Folgenden werden daher die Maßnahmen im Jahr 2016 nur in Kürze dargestellt.

Die TOP-Ziele der Sparkasse KölnBonn zur Gleichstellung von Frauen und Männern sind:

- Steigerung des Anteils von Frauen in höher qualifizierten Fach- und Führungspositionen
- Förderung des Modells "Führen in Teilzeit" (Führen in Flexi<100%)
- Ausbau des Anteils höher qualifizierter Tätigkeiten in Teilzeit (Flexi<100%)
- Unterstützung des Leitbildes zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Lebensphasenorientierte Personalentwicklung

Die Sparkasse KölnBonn setzt auf eine lebensphasenorientierte Personalpolitik. Sie verfolgt das Ziel, ihren engagierten und motivierten Beschäftigten zu jeder Zeit die Möglichkeit zur beruflichen Weiterentwicklung zu geben. Dabei ist die individuelle Ausgestaltung unabhängig vom Geschlecht sehr vielfältig. Zum festen Instrumentarium zählen neben Schulungen zu Fach-, Persönlichkeits- und Führungsthemen auch die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen mit karriererelevanten Abschlüssen, z. B. Sparkassenfach- und Betriebswirtin oder der Studienabschlüsse Bachelor und Master.

Wesentliche Voraussetzungen für die Entscheidung, eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter gezielt zu fördern und weiterzuentwickeln, sind das persönliche Engagement, der Leistungswille sowie die Veränderungs- und Lernbereitschaft. Sind diese Anforderungen gegeben, gelingt es der Sparkasse KölnBonn i. d. R., ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern attraktive Aufgaben zu ermöglichen – und dies auch im Rahmen der Wiedereingliederung nach der Familienphase, nach einer Auszeit für einen Auslandsaufenthalt oder zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege bzw. Beruf und Kind in Teilzeit. Wir setzen uns dafür ein, auch hochqualifizierte Fach- und Führungsaufgaben in Flexi<100 zu ermöglichen.

Dabei unterstützen wir zeitgemäße Rollenbilder für Frauen und Männer. Mit unserem Engagement im Väternetzwerk NRW tragen wir dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung, dass Väter sich heute aktiver in das Familienleben einbringen und Frauen und Männer heute familiäre wie berufliche Verantwortung partnerschaftlich tragen möchten.

Durchgeführte Maßnahmen in 2016

Realisierte Maßnahmen in 2016

Aufgabenfeld Arbeitszeit/Arbeitsort

- Breites Angebot an flexiblen Beschäftigungsmodellen mit Beschäftigungsquotienten (BQ) von 40% bis 100% . Um die geforderte Flexibilität in jedem Beschäftigungsmodell wertzuschätzen, werden alle Modelle einheitlich mit dem Zusatz Flexi und dem jeweiligen BQ bezeichnet, z.B. Flexi100, Flexi90 etc. Die klassischen Bezeichnungen "Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung" werden bewusst ersetzt, um Klischees entgegenzuwirken;
 - Variable Arbeitszeit ohne Kernarbeitszeiten nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung innerhalb zeitautonomer Teams;
 - Einsatzplanung unter Berücksichtigung von Fahrzeiten und persönlicher Lebenssituation;
 - Steigerung der Beschäftigung in Flexi<100%-Arbeitszeitmodellen in höher qualifizierten Tätigkeiten;
 - Führung in Beschäftigungsmodellen Flexi<100. Abhängig von der Führungsebene und der jeweiligen betrieblichen Situation sind folgende Arbeitszeitreduzierungen möglich: untere Ebene bis auf max. Flexi 60%, mittlere Ebenen bis auf max. Flexi 70%, obere Ebene bis auf max. Flexi 80%;
 - Auf Antrag der Mitarbeiterin/des Mitarbeiter und der jeweils zuständigen Führungskraft ist zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben anteiliges Arbeiten von zuhause aus mit sicherem Zugang ins Netz der Sparkasse möglich.
-

Aufgabenfeld Informations-/Kommunikationspolitik

- Betreiben eines Intranet-Auftritts zu den Themen Gleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie zum betrieblichen Gesundheitsmanagement;
 - Veranstaltungsangebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie;
 - Veröffentlichung von Broschüren (Leitfäden, Checklisten) zu Themen der Gleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie;
 - regelmäßige Beiträge zum Thema Chancengerechtigkeit in der Mitarbeiterzeitschrift;
 - Pflege interner und externer Netzwerke;
 - Jährlicher Messestand auf der Bonner „women&work" seit 2013.
-

Aufgabenfeld Führungskompetenz

- Begleitung der Nachwuchs-Führungskräfte mittels interner Schulungen, Coaching- und Mentoring-Programmen;
 - Schulung der Führungskräfte zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz;
 - Im Rahmen des Väternetzwerks NRW Schulung der Führungskräfte zu zeitgemäßen Rollenbildern, Vereinbarkeitsthemen und Chancengerechtigkeit.
-

Aufgabenfeld Personalentwicklung

- Systematische Nachwuchsbeobachtung durch Personalbeurteilung, Potenzialeinschätzung und Assessmentcenter;
 - Wahrung der Chancengerechtigkeit bei Ausschreibungen, Bewerbungen und Weiterbildungsmaßnahmen;
 - Elternzeit- und Wiedereingliederungskonzept;
 - vielfältige Angebote im Rahmen des Gesundheitsmanagements incl. Durchführung eines Gesundheitstages.
-

Aufgabenfeld Entgeltbestandteile

- Transparentes und verbindliches Stellenbewertungssystem;
 - Betriebliche Altersversorgung;
 - Katalog außertariflicher Leistungen ;
 - Garantien bei Wiedereinstieg für Beschäftigte ab Entgeltgruppe E 12.
-

Aufgabenfeld Service für Familien

- Beratungs- und Vermittlungsangebote der pme Familienservice GmbH zur Kinder- und Ferienbetreuung sowie zu Eldercare;
 - Kurzzeitbetreuung für Kinder, wenn in Notfällen die regelmäßige Betreuung ausfällt;
 - DHL Packstation am Eingang zu zentralem Standort;
 - Raum der Stille und mobile Massage an allen zentralen Standorten in Köln und Bonn .
-

Aufgabenfeld Betriebsspezifika

- Erste Sparkasse, die bereits 2004 das "audit berufundfamilie" abschloss;
 - Zweite Sparkasse, die sich für das vom Bundesfamilienministerium geförderte Label "Logib-D Lohn- gleichheit im Betrieb" bewarb und die Beratung erfolgreich abschloss;
 - Umsetzung des LGG (Gleichstellungsbeauftragte, Förder- bzw. Gleichstellungsplan, Berichtswesen);
 - Gründungsmitglied des 2015 gegründeten Bündnisses "Väternetzwerk NRW". Ziel ist es, den Blick- winkel der Arbeitgeber auf familienbewusste Maßnahmen aus Sicht der Väter zu erweitern. Dafür werden mit den teilnehmenden Unternehmen Konzepte zur Unterstützung einer familien-, väterbe- wussten Unternehmenskultur entwickelt. 2016 fanden mehrere workshops und Netzwerktreffen statt. Das Projekt wird 2017 auf Bundesebene mit insgesamt 15 Unternehmen fortgesetzt. Unter der Schirmherrschaft des Vorstandsvorsitzenden hat sich 2016 im Zuge des Bündnisses ein internes Väternetzwerk gegründet;
 - Gründungsmitglied des 2016 gegründeten Bündnisses "Mit Frauen in Führung". Mit insgesamt 13 weiteren namhaften Unternehmen in der Region KölnBonn haben wir uns verpflichtet, in gemein- samen Arbeitsgruppen und Aktivitäten die Karrieren von Frauen zu fördern.
-

Maßnahmen zur Herstellung von Entgeltgleichheit für Frauen und Männer

Vergütung Tarifmitarbeiter

Die Sparkasse KölnBonn ist tarifgebunden. Aus diesem Grund findet auf die Arbeitsverhältnisse der Sparkassen-beschäftigten grundsätzlich der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) – beste- hend aus einem Allgemeinen Teil sowie dem für die Sparkassen Besonderen Teil (BT-S) – Anwen- dung, einschließlich der neuen Entgeltordnung. Im Sinne einer besseren Übersicht und Lesbarkeit haben die Tarifvertragsparteien für den Dienstleistungsbereich der Sparkassen den TVöD-S (durchgeschrie- bene Fassung des TVöD für die Sparte Sparkassen) erstellt. Die neue Entgeltordnung knüpft bei der Bestimmung der Entgeltgruppe einzig an Tätigkeitsmerkmale an. Zudem werden die Beschäftigten gemäß TVöD-S innerhalb der Entgeltgruppe einer Stufe zugeordnet, die sich nach ihrer Berufserfah- rung richtet. In Abhängigkeit von ihrer Leistung erreichen die Beschäftigten nach vorgegebenen Tätigkeitszeiten die nächst höhere Stufe.

Die fixe Vergütung der Tarifangestellten umfasst das monatliche Tabellenentgelt inklusive eventuel- ler Zulagen sowie eine tariflich garantierte Sparkassensonderzahlung (für das Jahr 2016 in Höhe von 97,6 Prozent eines Monatstabellenentgelts).

Auf Basis der tariflichen Eingruppierungsvorschriften wird jede Stelle innerhalb der Sparkasse bzw. das dazugehörige Arbeitsplatzprofil bewertet, anhand derer sich das monatliche Tabellenentgelt bemisst.

Da jede Stelle eindeutig bewertet ist und klare Regeln sicherstellen, unter welchen Voraussetzungen eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter die stellenbezogene Entgeltgruppe erhält, bietet das System größtmögliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit und stellt sicher, dass sowohl das Benachteiligungsverbot als auch das Entgeltgleichheitsgebot hinsichtlich der tariflichen Vergütung eingehalten wird.

Neben tariflichen Zulagen werden auch arbeitsplatzbezogene oder persönliche Zulagen dauerhaft gezahlt. Diese werden in Abhängigkeit der Leistung vergeben und sind nicht an das Geschlecht geknüpft.

Die Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besteht neben der fixen Vergütung aus einer variablen Vergütung (variabler Anteil der Sparkassensonderzahlung (SSZ)), die sowohl aus einem unternehmenserfolgs- als auch einem individuell-leistungsbezogenen Anteil besteht.

Der individuelle Anteil der variablen Vergütung (SSZ) ist an die Eignung für den jeweiligen Arbeitsplatz gekoppelt. Ziel ist es, das alltägliche Engagement und die Gesamtleistung der Beschäftigten zu würdigen. Die Leistungsbewertung für die variable Vergütung ist somit eng mit dem Beurteilungsprozess innerhalb der Sparkasse KölnBonn verzahnt. Die Führungskraft kommt aufgrund ihrer zu dokumentierenden Beobachtungen in verschiedenen Kompetenzfeldern und zu vereinbarten Erwartungen zu einer Eignungsaussage "geeignet", "bedingt geeignet" oder "nicht geeignet". Aus der Eignungsaussage ergibt sich, ob der individuell-leistungsbezogene Anteil der variablen Vergütung ganz, zur Hälfte oder nicht ausgezahlt wird.

Als Bemessungsgrundlage für den unternehmensbezogenen Anteil gilt das vereinbarte Unternehmensziel im zu bewertenden Kalenderjahr. Die Auszahlung erfolgt gemäß einer zwischen Vorstand und Personalrat festgelegten Staffeln. Die maximale Auszahlung beträgt 100 Prozent.

Vergütung Außertariflich-Beschäftigter

Bereichsleiterinnen und Bereichsleitern (2. Führungsebene) sowie einzelne Beschäftigte (insgesamt 3 Prozent aller Beschäftigten) erhalten eine außertarifliche Vergütung. Dabei wird das Jahresgrundgehalt auf Basis einer internen Vergütungsstruktur individuell vereinbart und ist nicht an das Geschlecht geknüpft. Die variable Vergütung wird nach vergleichbaren Modalitäten wie der variable Anteil der Sparkassensonderzahlung ausgezahlt (siehe oben).

Nebenleistungen

Zusätzlich zu den fixen und variablen Vergütungsbestandteilen erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse weitere vergütungsrelevante Nebenleistungen, die grundsätzlich entweder auf Basis des Tarifvertrages (z.B. vermögenswirksamen Leistungen, betriebliche Altersvorsorge, Jubiläumsgeld) oder auf Basis einer Vereinbarung mit dem Personalrat (z.B. Personalsonderkonditionen) gezahlt werden. Alle Nebenleistungen werden unabhängig vom Geschlecht ausgezahlt.

Auskunftsverlangen

Im Berichtszeitraum wurden keine Auskunftsverlangen seitens der Beschäftigten gestellt.

Statistische Angaben

Durchschnittliche Gesamtzahl der aktiv Beschäftigten und der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten, jeweils getrennt nach Geschlecht:

	Gesamt	Frauen	Anteil in %	Männer	Anteil in %
Vollzeitkräfte	2.542	1.164	45,8%	1.378	54,2%
Teilzeitkräfte	1.455	1.332	91,5%	123	8,5%
Beschäftigte gesamt	3.997	2.496	62,4%	1.501	37,6%

Jahresabschluss (HGB)

der Sparkasse KölnBonn zum 31. Dezember 2017

Land Nordrhein-Westfalen • Regierungsbezirk Köln

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			131.780.251,08		100.484
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			566.593.666,57		1.050.783
				698.373.917,65	1.151.268
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) Hypothekendarlehen				-,-	-
b) Kommunalkredite				-,-	-
c) andere Forderungen			2.553.343.253,01		2.856.138
<i>darunter:</i>					
täglich fällig	104.099.093,88				(172.730)
				2.553.343.253,01	2.856.138
4. Forderungen an Kunden					
a) Hypothekendarlehen			8.839.491.166,55		9.140.190
b) Kommunalkredite			1.659.055.222,19		1.873.473
c) andere Forderungen			7.585.968.551,77		7.388.428
<i>darunter:</i>					
gegen Beleihung von Wertpapieren	-				(190.218)
				18.084.514.940,51	18.402.091
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere				-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		634.848.241,17			680.533
<i>darunter:</i>					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	629.784.953,50				(675.470)
bb) von anderen Emittenten		2.421.743.335,71			2.203.162
<i>darunter:</i>					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.246.440.691,06				(2.080.858)
			3.056.591.576,88		2.883.695
c) eigene Schuldverschreibungen			8.843.155,12		7.087
Nennbetrag	8.661.500,00				(6.862)
				3.065.434.732,00	2.890.782
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				486.159.656,15	491.600
6a. Handelsbestand				-,-	-
7. Beteiligungen				378.382.511,49	377.690
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				30.911.302,00	31.167
9. Treuhandvermögen				11.399.371,98	12.145
<i>darunter:</i>					
Treuhandkredite	11.399.371,98				(12.145)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			575.300,00		1.101
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.688.073,50		2.640
c) Geschäfts- oder Firmenwert				-,-	-
d) geleistete Anzahlungen				-,-	-
				2.263.373,50	3.741
12. Sachanlagen				124.466.277,82	142.425
13. Sonstige Vermögensgegenstände				269.440.564,21	237.409
14. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			5.659.311,28		7.087
b) Andere			288.895.304,68		388.393
				294.554.615,96	395.480
15. Aktive latente Steuern				79.280.000,00	76.390
Summe der Aktiva				26.078.524.516,28	27.068.325

Passiva

	EUR	EUR	EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			152.038.556,16		152.039
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			-,-		-
c) andere Verbindlichkeiten			1.628.292.392,35		1.950.100
<i>darunter:</i>					
täglich fällig	7.005.419,02				(11.090)
				1.780.330.948,51	2.102.138
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			1.374.325.612,40		1.400.843
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			38.135.977,81		38.136
c) Spareinlagen			5.260.495.173,70		5.200.936
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	4.564.252.766,53				4.421.461
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	696.242.407,17				779.475
d) andere Verbindlichkeiten			12.659.651.805,27		13.209.231
<i>darunter:</i>					
täglich fällig	11.646.214.730,18				(12.042.296)
				19.332.608.569,18	19.849.147
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			1.841.552.922,42		1.893.328
aa) Hypothekenspfandbriefe	1.715.477.441,08				1.739.605
ab) öffentliche Pfandbriefe	10.017.512,33				10.018
ac) sonstige Schuldverschreibungen	116.057.969,01				143.706
				1.841.552.922,42	1.893.328
3a. Handelsbestand				-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				11.399.371,98	12.145
<i>darunter:</i>					
Treuhandkredite	11.399.371,98				(12.145)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				187.513.691,76	164.607
6. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			23.656.390,32		29.040
b) Andere			239.669.171,28		383.278
				263.325.561,60	412.317
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			68.944.251,63		65.490
b) Steuerrückstellungen			35.567.544,19		94.057
c) andere Rückstellungen			256.161.836,71		250.294
				360.673.632,53	409.840
8. (weggefallen)					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				347.605.153,28	303.992
10. Genusssrechtskapital				222.807.500,00	222.808
<i>darunter:</i>					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	202.807.500,00				(148.500)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				147.586.000,00	132.586
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) Einlagen stiller Gesellschafter	500.000.000,00				500.000
b) Kapitalrücklage				-,-	-
c) Gewinnrücklagen					
ca) Sicherheitsrücklage	1.065.415.982,14				1.050.248
cb) andere Rücklagen				-,-	-
			1.565.415.982,14		1.550.248
d) Bilanzgewinn			17.705.182,88		15.168
				1.583.121.165,02	1.565.416
Summe der Passiva				26.078.524.516,28	27.068.325
1. Eventualverbindlichkeiten					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			412.075.975,75		403.544
				412.075.975,75	403.544
2. Andere Verpflichtungen					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			901.679.981,97		1.586.555
				901.679.981,97	1.586.555

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2017 EUR	1.1.-31.12.2016 TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		790.367.509,48			853.098
<i>darunter:</i>					
abgesetzte negative Zinsen	7.711.863,75				(4.786)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	94.072,55				(600)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		10.080.562,71			17.960
			800.448.072,19		871.058
2. Zinsaufwendungen			414.233.198,11		468.712
<i>darunter:</i>					
abgesetzte negative Zinsen	3.799.833,24				(1.364)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	5.276.038,68				(5.672)
				386.214.874,08	402.346
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		14.526.494,02			4.670
b) Beteiligungen		8.606.703,27			6.480
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		2.104.188,68			500
				25.237.385,97	11.650
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				2.076.889,73	1.737
5. Provisionserträge			175.650.899,58		168.247
6. Provisionsaufwendungen			14.947.303,64		13.072
				160.703.595,94	155.175
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-,-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				128.451.156,91	125.719
<i>darunter:</i>					
aus der Fremdwährungsumrechnung	4.985.945,87				(4.063)
9. (weggefallen)					
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		226.676.476,63			205.837
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		71.451.342,00			54.448
<i>darunter:</i>					
für Altersversorgung	26.955.727,08				(17.912)
			298.127.818,63		260.284
b) andere Verwaltungsaufwendungen			172.799.056,27		176.886
				470.926.874,90	437.171
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				11.064.877,97	14.181
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				124.773.659,56	130.596
<i>darunter:</i>					
aus der Fremdwährungsumrechnung	510.554,48				(-)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			36.502.963,43		35.896
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-,-	-
				36.502.963,43	35.896
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-,-	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			590.303,84		2.055
				590.303,84	2.055
Übertrag				60.005.830,61	80.839

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2017 EUR	1.1.-31.12.2016 TEUR
Übertrag				60.005.830,61	80.839
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				64.183,59	279
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus (-) dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				15.000.000,00	7.800
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				44.941.647,02	72.760
20. Außerordentliche Erträge			3.545,78		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			372.179,92		350
<i>darunter:</i>					
Übergangseffekte aufgrund des BilMoG	360.949,00				(350)
22. Außerordentliches Ergebnis				-368.634,14	-350
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (in 2017 Ertrag, im Vorjahr Aufwand)			10.822.420,85		18.610
<i>darunter:</i>					
Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	-2.890.000,00				(-7.790)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			433.527,47		425
				10.388.893,38	19.034
25. Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne				37.256.723,38	38.208
26. Jahresüberschuss				17.705.182,88	15.168
Bilanzgewinn				17.705.182,88	15.168

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die Sparkasse KölnBonn nach § 264 Absatz 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um einen Eigenkapitalpiegel und eine Kapitalflussrechnung zu erweitern. Von dem Wahlrecht zur Erweiterung des Jahresabschlusses um eine Segmentberichterstattung macht die Sparkasse KölnBonn keinen Gebrauch.

Eigenkapitalpiegel

Die Darstellung des Eigenkapitalpiegels erfolgte in enger Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) 22, der am 23. Februar 2016 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde. Der Eigenkapitalpiegel gibt Auskunft über die Entwicklung des Eigenkapitals der Sparkasse KölnBonn.

TEUR	Einlagen stiller Gesellschafter	Sicherheits- rücklage	Bilanzgewinn	Eigenkapital
Bestand zum 01.01.2016	500.000	1.024.476	25.772	1.550.248
Jahresüberschuss	-	-	15.168	15.168
Einstellung Einlagen stiller Gesellschafter	-	-	-	-
Einstellung in die Sicherheitsrücklage	-	25.772	-25.772	-
Ausschüttungen	-	-	-	-
Sonstige Veränderungen	-	-	-	-
Bestand zum 31.12.2016	500.000	1.050.248	15.168	1.565.416
Jahresüberschuss ¹⁾	-	-	17.705	17.705
Einstellung Einlagen stiller Gesellschafter	-	-	-	-
Einstellung in die Sicherheitsrücklage	-	15.168	-15.168	-
Ausschüttungen	-	-	-	-
Sonstige Veränderungen ²⁾	0	-	-	-
Bestand zum 31.12.2017	500.000	1.065.416	17.705	1.583.121

¹⁾ Ein Teilbetrag unterliegt der Ausschüttungssperre

²⁾ Vertragliche Neugestaltung der Stillen Einlage (siehe Lagebericht "Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres")

Kapitalflussrechnung

Die Darstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt in enger Anlehnung an die branchenspezifischen Regelungen für die Kapitalflussrechnung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten gemäß DRS 21. Die Kapitalflussrechnung gibt Auskunft über die Entwicklung der Zahlungsmittel der Sparkasse KölnBonn. Die Darstellung erfolgt getrennt für den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, den Cashflow aus Investitionstätigkeit und den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen, da sie keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für die Sparkasse KölnBonn weder die Liquiditäts- beziehungsweise Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

	2017	2016
	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss	17.705	15.168
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	-15.743	57.652
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	8.961	11.811
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	22.110	14.093
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-7.717	-7.338
Sonstige Anpassungen (Saldo)	12.279	25.661
Forderungen an Kreditinstitute	290.301	-582.863
Forderungen an Kunden	361.961	631.868
Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagevermögen)	-231.148	-58.830
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	71.671	102.186
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-288.333	-308.271
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-520.538	1.011.280
Verbriefte Verbindlichkeiten	-49.911	-3.902
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-164.152	-219.467
Zinserträge/Zinsaufwendungen	-386.215	-402.346
Erträge/Aufwendungen aus außerordentlichen Posten	369	350
Ertragsteueraufwand	-10.822	18.610
Erhaltene Zinsen und Dividenden	829.167	904.932
Gezahlte Zinsen	-439.544	-511.873
Außerordentliche Einzahlungen	4	-
Außerordentliche Auszahlungen	-11	-
Ertragsteuerzahlungen	-50.557	19.324
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-550.163	718.045
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	62.715	134.466
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-23.574	-19.421
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	19.817	2.648
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-4.698	-7.923
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	648	57
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-499	-462
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	54.409	109.365
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	-	-
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-	-
Sonstige Auszahlungen	-	-
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	42.862	-13.747
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	42.862	-13.747

	2017 TEUR	2016 TEUR
Finanzmittelfonds zum 1.1.	1.151.268	337.605
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-550.163	718.045
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	54.409	109.365
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	42.862	-13.747
Effekte aus Wechselkurs- und Bewertungsänderungen	-	-
Finanzmittelfonds zum 31.12.	698.376	1.151.268

Im Rahmen der Kapitalflussrechnung wird der Finanzmittelfonds der Sparkasse KölnBonn zu Beginn des Geschäftsjahres durch die Abbildung der Zahlungsströme (Cashflows) aus der

- operativen Geschäftstätigkeit,
- Investitionstätigkeit sowie
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds übergeleitet. Die Summe aus diesen Zahlungsströmen entspricht der Veränderung des Zahlungsmittelfonds in der Berichtsperiode. Der Zahlungsmittelfonds umfasst den Kassenbestand, die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank sowie die Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind.

Ausgehend vom Jahresüberschuss werden die Cashflows aus der operativen Geschäftstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit ermittelt.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode bestimmt. Er umfasst dabei die aus dem Jahresüberschuss abgeleiteten zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträge sowie die Zahlungsströme, die auf Veränderungen der Bilanzpositionen durch operative Geschäftstätigkeit zurückgehen. Gemäß DRS 21 werden neben zahlungswirksamen Zins-, Dividenden- sowie Steuerzahlungen auch das Zinsergebnis, die außerordentlichen Aufwendungen sowie erfolgswirksam erfasste Steuern im Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit gesondert ausgewiesen.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck im Allgemeinen in einer langfristigen Investition beziehungsweise Nutzung begründet ist. Hierunter fallen zum Beispiel Investments in Wertpapiere, die nicht den Handelsaktivitäten zuzuordnen sind, oder Investitionen in Grundstücke und Gebäude. Gemäß DRS 21 werden auch Ein- und Auszahlungen aus Zu- und Abgängen immaterieller Wirtschaftsgüter gesondert ausgewiesen.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden insbesondere Eigenkapitalveränderungen aus der Bereitstellung beziehungsweise Rückzahlung von nachrangigen Verbindlichkeiten, die aufsichtsrechtlich dem haftenden Eigenkapital zuzurechnen sind, gezeigt. Daneben sind Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapitalgebern sowie aus sonstigem Kapital zu berücksichtigen.

Anhang zum Jahresabschluss

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss der Sparkasse KölnBonn wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

Die in den Fußnoten zum Formblatt 1 der RechKredV für Kreditinstitute, die Pfandbriefe begeben haben, vorgesehenen zusätzlichen Angaben hat die Sparkasse erstmals in das Bilanzformblatt aufgenommen, während im Vorjahr hierüber noch im Anhang berichtet wurde. Ebenso haben wir erstmals negative Zinsen in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesen. Durch die neue Darstellung wird die Übersichtlichkeit und Klarheit des Jahresabschlusses verbessert. Die Vorjahreszahlen wurden im Hinblick auf die Vergleichbarkeit i. S. v. § 265 Abs. 2 HGB an die Gliederung des aktuellen Jahresabschlusses angepasst.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Angaben

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden stetig angewendet.

Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Kreditgeschäft

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) sowie Namensschuldverschreibungen wurden zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Erkennbaren Ausfallrisiken aus dem Kreditgeschäft wurde in Höhe des zu erwartenden Ausfalls durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen Rechnung getragen. Für den latent gefährdeten Forderungsbestand hat die Sparkasse auf Basis der Höhe der Forderungsausfälle der letzten fünf Jahre Pauschalwertberichtigungen gebildet. Daneben hat die Sparkasse Vorsorge für die besonderen Risiken der Kreditinstitute getroffen.

Des Weiteren bilanziert die Sparkasse KölnBonn zusätzlich eine pauschale Länderrisikovorsorge für die ausfallgefährdeten, nicht schon einzelwertberichtigten Forderungen gegenüber ausländischen Staaten beziehungsweise Schuldner in ausländischen Staaten. Das Wahlrecht zur Kompensation zwischen Aufwendungen und Erträgen beim Ausweis der Risikovorsorge in der Gewinn- und Verlustrechnung wurde in Anspruch genommen.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden - wie Vorfälligkeitsentgelte - unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Wertpapiere

Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) oder zum Anlagevermögen haben wir im Geschäftsjahr nicht geändert.

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Bei Wertpapierleihgeschäften gehen wir nicht von einem Abgang der Wertpapiere aus, da die wesentlichen Chancen und Risiken und damit das wirtschaftliche Eigentum weiterhin bei der Sparkasse verbleiben.

Für Wertpapiere des Anlagevermögens wurden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nur dann vorgenommen, wenn dieser voraussichtlich dauerhaft unter dem letzten Buchwert beziehungsweise den Anschaffungskosten lag (gemildertes Niederstwertprinzip).

Eine dauernde Wertminderung liegt bei Schuldverschreibungen dann vor, wenn zum Bilanzstichtag davon auszugehen ist, dass vertragsgemäße Leistungen nicht oder nicht in dem zum Erwerbszeitpunkt erwarteten Umfang erbracht werden. Um dies zu bewerten, wurden aktuelle Bonitätsbeurteilungen herangezogen. Für Wertpapiere aus Verbriefungstransaktionen wurde anhand aktueller Investorenreports ermittelt, ob die den eigenen Rechten nachrangigen Teile der Emission sowie die vorhandenen Sicherheiten voraussichtlich ausreichen, um die eingetretenen und erwarteten Verluste zu decken. Sofern dies während der voraussichtlichen Restlaufzeit der Emission nicht mehr zu erwarten ist, wurde eine dauernde Wertminderung angenommen. Unabhängig davon sind Wertminderungen von Schuldverschreibungen bis zum Rückzahlungswert beziehungsweise bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten stets dauerhaft, soweit sie auf die Verkürzung der Restlaufzeiten zurückzuführen sind.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Darüber hinaus wurde Vorsorge für die besonderen Risiken der Kreditinstitute getroffen.

Für alle Wertpapiere wurde untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt bestand oder der Markt als inaktiv anzusehen war. Dabei hat die Sparkasse KölnBonn die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen.

Ein aktiver Markt wurde unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Market Maker oder einer Preisserviceagentur leicht und regelmäßig erhältlich sind. Aktive Märkte wurden im Wesentlichen für börsennotierte Wertpapiere und Staatsanleihen festgestellt. Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Börsen- beziehungsweise der Marktpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender (Zeit-)Wert verwendet. Für als nicht aktiv angesehene Märkte hat die Sparkasse KölnBonn – sofern auch keine Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren vorlagen – die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse (vergleiche Ausführungen zu ABS-Strukturen) oder ein Bewertungsmodell verwendet.

Die modellbasierte Bewertung erfolgte mit Hilfe des Discounted-Cashflow-Verfahrens (DCF-Modell). Dieses Verfahren basiert auf der Abzinsung der aus den jeweiligen Wertpapieren erwarteten Cashflows mit einem geeigneten Zins. Der Schätzung der Cashflows wurden grundsätzlich die vertraglichen Regelungen über die Zins- und Tilgungszahlungen zugrunde gelegt. Cashflows, die aus variabel verzinslichen Instrumenten resultieren, wurden auf der Basis von Forward-Zinssätzen geschätzt. Die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Ausfälle wurde durch einen Risikozuschlag im Diskontierungszins abgebildet. Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag (Spread) zusammen. Für die Bestimmung der Parameter wurden vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins hat die Sparkasse KölnBonn deshalb die für den Interbankenhandel mit Zinsswaps am Markt beobachtbare Zinsstrukturkurve (Swap-Kurve) verwendet.

Der Spread setzt sich im Wesentlichen aus einem Zuschlag für das Kreditrisiko des Emittenten (Credit Spread) und einem Zuschlag für das Liquiditätsrisiko (Liquiditätsspread) zusammen. Credit Spreads wurden nach Branche, Rating und Laufzeit ermittelt. Diese wurden aus am Markt handelbaren Anleihen hergeleitet. Hinsichtlich des Liquiditätsspreads zeichnen sich inaktive Märkte insbesondere dadurch aus, dass dieser nicht mehr aus tatsächlich zustande gekommenen Markttransaktionen abgeleitet werden kann. Die Sparkasse KölnBonn verwendet zwei Arten von Liquiditätsspreads. Der Basis-Liquiditätsspread soll sicherstellen, dass keine illiquide Anleihe einen geringeren Liquiditätsspread aufweist, als es dem Durchschnitt der liquiden Anleihen gleicher Kategorie nach Ausbruch der Bankenkrise entspricht. Dazu hat die Sparkasse eine Analyse der mittleren Geld-Brief-Spannen zu-

zätzlich der einfachen Standardabweichung für unterschiedliche Wertpapierkategorien durchgeführt. Diese Basis-Liquiditätsspreads werden im Rahmen der Qualitätssicherung der Wertpapierbewertung regelmäßig überprüft. Zusätzlich wird bei einer definierten Preisdifferenz zu einem Marktreferenzpreis (Bloomberg Generic Preis) ein emissionsabhängiger Liquiditätsspread verwendet.

Wertpapiere in Bewertungseinheiten mit derivativen Instrumenten wurden einer gesonderten Betrachtung unterzogen.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzungsunsicherheiten führen. Die grundlegenden Annahmen, die bei inaktiven Märkten der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes der Finanzinstrumente zugrunde gelegt wurden, sind in den entsprechenden Abschnitten erläutert.

Investmentfondsanteile

Für Investmentfondsanteile hat die Sparkasse KölnBonn in der Regel als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis beziehungsweise bei börsengehandelten Anteilen den Börsenkurs angesetzt.

Die Rücknahme von Anteilen eines offenen Immobilienfonds (1,0 Mio. EUR Bilanzwert), der sich im Anlagevermögen befindet, ist von der Kapitalanlagegesellschaft aufgrund außergewöhnlicher Umstände gemäß § 98 Absatz 2 KAGB ausgesetzt. Deshalb wurden Wertminderungen dieser Fondsanteile als dauerhaft behandelt. Sie werden über den Freiverkehr börslich gehandelt und zum Börsenkurs bilanziert.

Die Bewertung der nach dem AIFM-Umsetzungsgesetz umgegliederten Anteile an Investmentvermögen erfolgt weiterhin analog der Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Bewertungsmodell ABS-Strukturen

Für Wertpapiere aus Verbriefungstransaktionen (ABS-Strukturen), für die zum Bilanzstichtag kein aktiver Markt mit handelbaren, liquiden Marktpreisen zur Findung eines beizulegenden Zeitwertes beobachtet werden konnte, wurde das folgende Bewertungsverfahren angewendet: Sofern für die Wertpapiere aktuelle Preisindikationen über den Informationsdienst beziehungsweise die Preisserviceagentur Bloomberg vorlagen, wurden diese zur Bewertung verwendet.

In den anderen Fällen wurden vorhandene Bankenbewertungen zugrunde gelegt. Ratingveränderungen wurden im Einzelfall untersucht und – sofern sie als wertaufhellend anzusehen waren – in die Wertfindung einbezogen. Durch die verwendeten Bilanzansätze wurde gewährleistet, dass Verluste durch nicht mehr zu erwartende vertragliche Zins- und Tilgungszahlungen berücksichtigt wurden.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit den Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung, bilanziert.

Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art beziehungsweise der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Gemäß dem Rechnungslegungsstandard (IDW RS HFA 18) des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. werden nicht eingeforderte Einlagen unter den sonstigen finanziellen Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nummer 3a HGB angegeben. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen werden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Sparkasse KölnBonn verzichtet seit dem Geschäftsjahr 2016 angesichts vergleichsweise niedriger Volumina auf das Wahlrecht zur Aktivierung selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände gemäß § 248 Abs. 2 HGB.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen wurden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Vermögensgegenstände von geringerem Wert bis 150,00 EUR wurden sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 150,00 EUR bis 1.000,00 EUR wurde ein Sammelposten gebildet, der im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre gewinnmindernd aufgelöst wird.

Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Rückstellungen

Bei der gemäß dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip vorzunehmenden Dotierung der Rückstellungen wurden alle erkennbaren Risiken für ungewisse Verpflichtungen und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in ausreichender Höhe berücksichtigt. Dabei werden die sonstigen Rückstellungen in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung zukünftiger Preis- und Kostensteigerungen gebildet, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf mögliche Verpflichtungen im Zusammenhang mit rechtlichen Risiken, auf mögliche Risiken aus der An- und Vermietung gewerblicher Großobjekte sowie auf Verpflichtungen in Zusammenhang mit Personalthemen. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet. Für Zwecke der Rückstellungsbildung hat die Sparkasse KölnBonn Einschätzungen vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Dabei wurde in Einzelfällen auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken hat die Sparkasse KölnBonn die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Gemäß § 253 Absatz 2 HGB wurden alle Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz abgezinst. Dabei wurde ein von der Heubeck AG auf Basis der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre prognostizierter Marktzinssatz verwendet. Für die Rückstellungen für Sparverträge hat die Sparkasse KölnBonn auch bei voraussichtlichen Restlaufzeiten bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird nach der Nettomethode der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes ist die Sparkasse KölnBonn grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend wurde für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges beziehungsweise des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen. Bei den Drohverlustrückstellungen aus Mietobjekten wurde die Ermittlung der Zinseffekte unter Berücksichtigung des unterjährigen planmäßigen Verbrauchs auf den verbleibenden Erfüllungsbetrag am Ende des Geschäftsjahres abgestellt.

Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen und Erfolge aus einer geänderten Schätzung der Laufzeit werden in dem Posten, bei dem die Ersterfassung des abgezinsten Erfüllungsbetrages erfolgte, ausgewiesen. Bei Personalarückstellungen ist dies der Personalaufwand, bei den sonstigen Rückstellungen der Sachaufwand oder gegebenenfalls der sonstige betriebliche Aufwand beziehungsweise der Aufwand für die Risikoversicherung. Aufzinsungseffekte werden unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen. Der gesonderte Ausweis der Erträge und

Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt für die Positionen Zinsertrag und Zinsaufwand (GuV 1 und 2) abweichend zum Vorjahr in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wurden auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005 G berechnet. Die Berechnung erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit Method ("PUC-Methode"). Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 Prozent und Rentensteigerungen von 2,0 Prozent unterstellt. Der Abzinsung der Pensionsrückstellungen wurde ein auf das Jahresende 2017 prognostizierter Durchschnittszinssatz von 3,68 Prozent zugrunde gelegt. Die Rückstellung für Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen wurden in Anwendung von § 253 Absatz 2 Satz 1 HGB pauschal mit dem prognostizierten Durchschnittszinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Ermittlung dieses durchschnittlichen Zinssatzes basiert auf einem Betrachtungszeitraum von zehn Jahren. Von der Möglichkeit, Zuführungsbeträge zu Pensionsrückstellungen aus dem Übergang auf das BilMoG über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu verteilen (Artikel 67 Absatz 1 EGHGB) hat die Sparkasse KölnBonn Gebrauch gemacht. Im Jahr 2017 wurde in diesem Zusammenhang ein Betrag von 0,4 Mio. EUR zugeführt, der in dem GuV-Posten 21 "Außerordentliche Aufwendungen" enthalten ist. Der in den Folgejahren noch zuzuführende Betrag beläuft sich auf 1,5 Mio. EUR. Darüber hinaus existieren ähnliche Verpflichtungen in Form von arbeitnehmerfinanzierten garantierten Pensionszusagen (siehe Anhangangabe Bilanz-Posten Passiva 7).

Altersteilzeitverträge wurden bislang auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes und des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 Prozent angenommen. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Verträge beträgt zwei Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem durchschnittlichen Restlaufzeit der Verträge entsprechenden Zinssatz von 1,33 Prozent. Darüber hinaus wird es aufgrund einer Dienstvereinbarung für einen bestimmten Personenkreis ab dem zweiten Quartal 2018 die Möglichkeit zur Inanspruchnahme einer hausindividuellen Altersteilzeitregelung und individuelle Abfindungsangebote geben. Da die Grundlagen dieser Maßnahmen bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr beschlossen und kommuniziert wurden, hat die Sparkasse unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen Inanspruchnahme Rückstellungen nach kaufmännischen Grundsätzen gebildet.

Für Finanzinstrumente wurden Rückstellungen über insgesamt 28,6 Mio. EUR gebildet. Darin enthalten sind Rückstellungen in Höhe von 27,2 Mio. EUR für drohende Verluste aus der Währungsumrechnung (siehe Abschnitt "Währungsumrechnung").

Währungsumrechnung

Nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Kassageschäfte wurden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Ausländische gesetzliche Zahlungsmittel wurden am Bilanzstichtag mit dem Sortenankaufkurs in Euro umgerechnet. Für am Abschlussstichtag nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der Terminkurs herangezogen. Der Terminkurs wurde in seine Bestandteile Kassakurs und Swapsatz aufgeteilt, sofern Termingeschäfte zur Sicherung zinstragender Bilanzpositionen dienen. In diesen Fällen ist der Unterschiedsbetrag zwischen Kassa- und Terminkurs bei Abschluss der Termingeschäfte zeitanteilig im Zinsergebnis enthalten.

Fremdwährungsgeschäfte steuert die Sparkasse KölnBonn über eine Gesamtposition je Währung. Die Bilanzierung erfolgt gemäß § 340h HGB (besondere Deckung). Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. In diesem Ausweis werden neben den Bewertungsergebnissen auch die realisierten Gewinne und Verluste ausgewiesen.

Für Bewertungsgewinne aus Fremdwährungsderivaten wurde ein Ausgleichsposten in Höhe von 5,7 Mio. EUR in dem Bilanzposten Aktiva 13 und für drohende Verluste eine Rückstellung in Höhe von 27,2 Mio. EUR gebildet. Unter Berücksichtigung der Umrechnungsergebnisse aus den bilanziellen Fremdwährungsgeschäften sowie der im laufenden Geschäftsjahr realisierten Erfolge werden in

Summe 5,0 Mio. EUR in den sonstigen betrieblichen Erträgen und 0,5 Mio. EUR in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (saldiert je Währung) ausgewiesen.

Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) des Bankbuchs (Zinsbuchs) hat die Sparkasse KölnBonn auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)“ nach der Barwertmethode bewertet. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen Finanzinstrumente mit vergleichbarer Zinsbindungsdauer. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve zum Abschlussstichtag. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse KölnBonn setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) gemäß IDW RS BFA 3 einbezogen.

Darüber hinaus wurden Bewertungseinheiten zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken gemäß § 254 HGB gebildet. Die Angaben nach § 285 Nummer 23 HGB erfolgen im Lagebericht (vgl. Teil D. Chancen- und Risikobericht, Abschnitt "Sicherungsgeschäfte").

Kreditderivate hält die Sparkasse KölnBonn sowohl in der Position des Sicherungsnehmers als auch des Sicherungsgebers. Dabei handelt es sich um getrennt bilanzierte Credit Default Swaps (CDS) aus synthetischen ABS-Strukturen sowie den Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen. Als Sicherungsnehmer hat die Sparkasse die Sicherungswirkung der CDS im Hinblick auf die vertraglichen Vereinbarungen und ihre Halteabsicht bis zur Fälligkeit bei der Bewertung der gesicherten Geschäfte berücksichtigt. In der Position des Sicherungsgebers gehaltene CDS behandelt die Sparkasse aufgrund des vereinbarten Sicherungszwecks (Ausfallrisiko) und der Dauerhalteabsicht als gestellte Kreditsicherheit. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt nach den für das Bürgschafts- und Garantiekreditgeschäft geltenden Regeln. Verbindlichkeitsrückstellungen für eine zu erwartende Inanspruchnahme wurden in Höhe von 1,4 Mio. EUR gebildet. Den Nominalbetrag dieser Kreditderivate hat die Sparkasse – gekürzt um gebildete Rückstellungen – mit 55,9 Mio. EUR unter der Bilanz als Eventualverbindlichkeit (Passiva Unterstrich 1) angegeben.

Zinsergebnisse aus Derivaten

Die Sparkasse KölnBonn kompensiert die Zinsergebnisse aus Derivaten in der Gewinn- und Verlustrechnung indem die Zinsaufwendungen und -erträge der derivativen Geschäfte zum Jahresende auf Einzelgeschäftsebene netto dargestellt werden. Sofern aufgrund des derzeitigen Zinsumfelds sowohl aus den festen als auch den variablen Zinszahlungen eines Vertrages Zinsaufwendungen oder Zinserträge resultieren, werden die Beträge summiert als Zinsertrag oder Zinsaufwand ausgewiesen. Eine Einbeziehung in die Angabe negativer Zinsen erfolgt nicht, da es sich bei wirtschaftlicher Betrachtung um einen Zahlungsstrom handelt.

Für die internen Derivate wurde neben der Kompensation auf Einzelgeschäftsebene eine weitere Verrechnung über alle Geschäfte vorgenommen. Das Nettozinsergebnis der Derivate, die Bestandteil von Bewertungseinheiten sind, wurde mit Zinserträgen der Grundgeschäfte (Wertpapiere beziehungsweise Schuldscheindarlehen) verrechnet.

Interne Geschäfte

Unter institutsinternen Geschäften sind zu marktgerechten Konditionen abgeschlossene Transaktionen zwischen rechtlich unselbstständigen Organisationseinheiten der Sparkasse KölnBonn zu ver-

stehen. Diese Geschäfte wurden bis 2010 abgeschlossen und dienten der zentralen Steuerung von Zins-, Währungs- und sonstigen Preisrisiken in Kompetenzcentern des Handels. Zum Bilanzstichtag hatte die Sparkasse ausschließlich zinsbezogene interne Geschäfte im Bestand.

Die Bilanzwerte der internen Geschäfte wurden saldiert und in der Bilanz unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Ausweis in der Bilanz und der GuV sowie im Anhang

Abweichungen in den Summenzeilen oder Unterpositionen der nachfolgenden Tabellen und Texte resultieren aus Rundungsdifferenzen.

Stille Einlagen

Die Vergütungen für stille Einlagen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Posten 25 "Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne" ausgewiesen.

Negative Einlagezinsen

Zinsaufwendungen für Guthaben bei der Zentralbank oder bei anderen Kreditinstituten (sogenannte gezahlte Minuszinsen) wurden von der Position Zinserträge (Gewinn- und Verlustrechnung Posten 1) abgesetzt.

Zinserträge und Verwarentgelte, die die Sparkasse für die Hereinnahme von Geldern anderer Kreditinstitute oder Kunden erhalten hat (sogenannte erhaltene Minuszinsen), wurden von der Position Zinsaufwendungen (Gewinn- und Verlustrechnung Posten 2) abgesetzt.

Zinsabgrenzungen für Negativzinsen wurden für Geldmarktgeschäfte bei den zugehörigen Bilanzposten ausgewiesen, für die restlichen Geschäftsarten wurden Forderungen oder Verbindlichkeiten gesondert vom Grundgeschäft ausgewiesen.

Anteilige Zinsen

In Ausübung des Wahlrechtes nach § 11 Satz 3 RechKredV enthalten die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge keine anteiligen Zinsen.

Sonstige Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an die eigene Girozentrale	63.141.647,13	145.556.981,87
Der Unterposten c) - andere Forderungen - setzt sich für nicht täglich fällige Forderungen nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	1.151.565.525,94	1.774.634.582,44
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.095.059.297,23	745.000.000,00
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	41.264.932,57	-,--
mehr als fünf Jahre	10.000.000,00	-,--

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kunden	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	55.110.435,35	57.244.844,16
Forderung an verbundene Unternehmen	-,--	26.162,16
Nachrangige Forderungen	20,65	450.769,33
<i>darunter:</i>		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-,--	-,--
Forderung an verbundene Unternehmen	-,--	-,--
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	1.071.752.668,26	1.356.783.063,39
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.241.547.202,15	1.105.890.775,85
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.008.516.636,48	3.940.664.613,73
mehr als fünf Jahre	10.707.761.424,52	11.128.779.575,85
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	1.021.330.788,69	849.076.445,92

Aktiva 5 – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	31.12.2017	31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Beträge, die zum Ende des Abschlussfolgejahres fällig werden		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	228.542.457,83	313.053.264,23
c) eigene Schuldverschreibungen	5.838.481,71	423.547,02
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
börsennotiert	2.968.462.316,04	2.848.613.124,74
nicht börsennotiert	96.972.415,96	42.169.045,54
In folgenden Unterposten sind nachrangige Schuldverschreibungen enthalten:		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	6.496.668,95	19.869.785,97

Die folgende Darstellung dient der Vermittlung zusätzlicher Informationen zur Bilanzierung und Bewertung des Wertpapierbestandes:

Anlagevermögen				
Art der Anlage	Buchwerte	beizulegende Zeitwerte	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
	Mio. EUR	Mio. EUR		
Verbriefungstransaktion	125,3			
davon	125,3		Nein	Marktpreis (indikativ)
davon	0,0		Nein	Bewertungsmodell
Buchwerte > Zeitwerte	43,6	42,1		
sonstige Unternehmenstransaktionen	2,0			
davon	2,0		Ja	Marktpreis
davon	0,0		Nein	Bewertungsmodell
Buchwerte > Zeitwerte	0,0	0,0		
Staatsanleihen Eurozone	54,8			
davon	49,8		Ja	Marktpreis
davon	5,1		Nein	Bewertungsmodell
Buchwerte > Zeitwerte	44,8	39,2		
sonstige Staatsanleihen und Anleihen von Finanzinstituten	64,1			
davon	59,1		Ja	Marktpreis
davon	5,0		Nein	Bewertungsmodell
Buchwerte > Zeitwerte	25,0	25,0		

In den beizulegenden Zeitwerten sind die Marktwerte der Absicherungsderivate berücksichtigt. Alle Wertpapiere sind börsenfähig. Sämtliche Papiere des Anlagevermögens werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Im Zusammenhang mit der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird dargelegt, unter welchen Voraussetzungen von einer dauernden beziehungsweise nur vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird. Bei Anwendung des strengen Niederstwertprinzips wären zusätzliche Abschreibungen in Höhe von 7,1 Mio. EUR entstanden. Bei den Wertpapieren, die nicht mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, ist nach derzeitiger Erkenntnis damit zu rechnen, dass die vertragsgemäßen Leistungen in vollem Umfang erbracht werden.

Zum Abschlussstichtag waren unter diesem Posten ausgewiesene Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von insgesamt 62,2 Mio. EUR in Pension gegeben.

Aktiva 6 – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	31.12.2017	31.12.2016
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	EUR	EUR
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
börsennotiert	-,--	-,--
nicht börsennotiert	1.193.395,27	1.560.116,24

Die Sparkasse KölnBonn hält mehr als 10 Prozent der Anteile an Sondervermögen im Sinne des § 1 Abs. 10 des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB), die nachfolgend nach Anlagezielen gegliedert dargestellt sind:

	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert Marktwert	Ausschüttung	Tägl. Rück- gabe möglich	Unterlassene Abschrei- bungen
	Mio. EUR	Mio. EUR		Mio. EUR		Mio. EUR
Spezialfonds HI-SKB-Konzept- Fonds	477,9	515,2	37,3	13,6	nein	0,0

Der Spezialfonds HI-SKB-Konzept ist international ausgerichtet und investiert breit diversifiziert in Euro- und Dollar-Unternehmensanleihen-ETFs, Aktien-ETFs sowie USD High-Yield Anleihen. Daneben befinden sich Derivate in dem Fonds.

Anlagevermögen

Art der Anlage	Buchwerte	Beizulegende Zeitwerte	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
	Mio. EUR	Mio. EUR		
Investmentfondsanteile	1,0			
davon	1,0		Ja	Marktpreis
davon	0,0		Nein	Bewertungsmodell
Buchwerte > Zeitwerte	0,0	0,0		
Geschlossene Immobilienfonds und sonstige von institutionellen Inves- toren gehaltene Investment- fondsanteile	7,1			
davon	0,0		Ja	Marktpreis
davon	7,1		Nein	Bewertungsmodell
Buchwerte > Zeitwerte	0,0	0,0		

Von den Beträgen entfallen 1,2 Mio. EUR auf börsenfähige Wertpapiere. Sämtliche Wertpapiere des Anlagevermögens werden mit dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Aktiva 7 / 8 – Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen

Angaben zu Unternehmen im Sinne von § 271 Absatz 1 HGB soweit diese nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen**Anteilsbesitzliste der Sparkasse KölnBonn gemäß § 285 Nummer 11 und 11a HGB**

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ¹⁾⁴⁾	Frankfurt (Oder)	3,20	3.309.325,11	-
GKS - Gesellschaft für KontoService mbH ²⁾	Köln	100,00	500,00	-,-
Golding Capital 2 GmbH & Co. KG	München	45,00	3.464,06	932,07
GSE Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG	Köln	100,00	-2.410,80	-261,11
Regionalis Bonn GmbH ³⁾	Bonn	49,90	-137,58	628,38
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband ⁴⁾	Düsseldorf	17,92	991.343,82	-
S-Direkt Verwaltungs GmbH & Co. KG	Düsseldorf	5,90	17.897,87	6.055,64
S Mittelstandskapital KölnBonn GmbH ²⁾	Köln	100,00	71.500,00	-,-
TVM Life Science Ventures VI GmbH & Co. KG	München	2,70	68.330,18	-16.061,87

¹⁾ Unterbeteiligung

²⁾ Ergebnisabführungsvertrag

³⁾ mittelbar gehalten

⁴⁾ Das Unternehmen hat seinen Jahresabschluss nicht offenzulegen und die Sparkasse KölnBonn kann keinen beherrschenden Einfluss ausüben

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Tochterunternehmen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse KölnBonn wurde gemäß § 290 Absatz 5 HGB i.V.m. § 296 Absatz 2 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

	31.12.2017	31.12.2016
Treuhandvermögen	EUR	EUR
Bei den Treuhandforderungen handelt es sich um Forderungen gegenüber:		
Kreditinstituten	-,-	-,-
Kunden	11.399.371,98	12.145.213,04

Aktiva 12 - Sachanlagen

	31.12.2017	31.12.2016
Sachanlagen	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	42.721.456,47	45.886.606,84

Aktiva 13 – Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2017	31.12.2016
Sonstige Vermögensgegenstände	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Gewinnanteilscheine sowie Einzugspapiere	36.186,05	35.898,08
Steuererstattungsansprüche	58.708.330,87	57.415.378,97
Gezahlte Optionsprämien	31.285.592,60	29.646.391,94

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2017	31.12.2016
Rechnungsabgrenzungsposten	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	5.015.378,49	6.606.869,20

Aktiva 15 – Latente Steuern

Latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Die Sparkasse hat diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 Prozent und eines Gewerbesteuersatzes von 16,78 Prozent unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) Nummer 18 ermittelt.

Bestehende passive latente Steuern wurden mit aktiven latenten Steuern verrechnet. Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse KölnBonn unter Berücksichtigung der steuerlichen Planungsergebnisse der zukünftigen Wirtschaftsjahre angesetzt.

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden:

- Grundstücken bzw. Gebäuden
- Forderungen an Kunden
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
- Wertpapiere und Fondsanteile
- Rückstellungen

Darüber hinaus sind gewerbesteuerliche Verlustvorträge bei der Berechnung berücksichtigt worden.

Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen:

- Aktive Rechnungsabgrenzung
- Anteile an geschlossenen Fonds

Die Sparkasse KölnBonn hat von der Möglichkeit gemäß DRS 18.21, steuerliche Verlustvorträge mit zu versteuernden temporären Differenzen unabhängig vom Realisationszeitpunkt zu verrechnen, keinen Gebrauch gemacht.

Entwicklung des Anlagevermögens

Finanzanlagevermögen EUR	Wertpapiere des Anlage- vermögens	Anteile an verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Sonstige Vermögens- gegenstände
Bilanzwert 01.01.2017	298.002.165,81	31.166.696,63	377.690.494,96	223.110,22
Veränderungen im Geschäftsjahr	-43.727.783,04	-255.394,63	692.016,53	-,--
Bilanzwert¹⁾ 31.12.2017	254.274.382,77	30.911.302,00	378.382.511,49	223.110,22

1) inkl. Zinsabgrenzung

Sonstiges Anlagevermögen EUR Entwicklung der Anschaffungs- /Herstellungskosten	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstige Vermögens- gegenstände
Anschaffungskosten am 01.01.2017	22.370.397,23	130.791.393,39	138.780.507,10	215.695,00
Zugänge	499.371,29	1.265.085,19	3.432.650,99	-,--
Abgänge	657.611,16	19.677.470,28	7.917.191,33	-,--
Umbuchungen	-,--	-,--	-,--	-,--
Stand am 31.12.2017	22.212.157,36	112.379.008,30	134.295.966,76	215.695,00
Entwicklung der kumulierten Abschreibung				
Stand am 01.01.2017	18.629.719,30	18.412.057,44	108.735.140,30	3,58
Abschreibungen im Geschäftsjahr	1.328.567,41	3.257.655,26	6.478.655,30	-,--
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	-,--	72.000,00	-,--	-,--
Änderung der gesamten Abschreibungen in Zusammenhang mit Zugängen	-,--	-,--	-,--	-,--
Änderung der gesamten Abschreibungen in Zusammenhang mit Abgängen	9.502,85	7.446.779,09	7.156.031,97	-,--
Änderung der gesamten Abschreibungen in Zusammenhang mit Umbuchungen	-,--	-,--	-,--	-,--
Stand am 31.12.2017	19.948.783,86	14.150.933,61	108.057.763,63	3,58
Bilanzwert 31.12.2017	2.263.373,50	98.228.074,69	26.238.203,13	215.691,42
<i>Vorjahr</i>	<i>3.740.677,93</i>	<i>112.379.335,95</i>	<i>30.045.366,80</i>	<i>215.691,42</i>
<i>Abschreibungen im Vorjahr</i>	<i>1.549.174,50</i>	<i>4.170.584,23</i>	<i>8.461.651,41</i>	<i>-,--</i>

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	99.970,70	6.289.143,05
Die Unterposten a)-c) setzen sich für nicht täglich fällige Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	149.399.024,46	418.980.348,79
mehr als drei Monate bis ein Jahr	111.327.244,20	249.939.917,68
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	484.959.246,41	415.095.459,35
mehr als fünf Jahre	859.172.658,63	805.172.940,06
Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheiten übertragen sind		
Für die folgenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:		
NRW.Bank Refinanzierungen	1.230.051.359,03	1.126.201.843,55

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.493.479,32	12.231.946,77
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	11.900.611,34	11.771.817,42
Der Unterposten c)cb) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	51.405.720,97	52.158.835,77
mehr als drei Monate bis ein Jahr	626.617.912,06	708.748.380,86
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	16.460.240,32	16.405.542,50
mehr als fünf Jahre	1.758.533,82	2.162.203,58
Der Unterposten d) - andere Verbindlichkeiten - setzt sich für nicht täglich fällige Verbindlichkeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	229.372.896,09	224.874.189,73
mehr als drei Monate bis ein Jahr	94.824.923,05	137.464.546,93
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	234.780.544,48	190.277.701,56
mehr als fünf Jahre	384.013.801,15	548.127.751,59

Passiva 3 – Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2017	31.12.2016
Verbriefte Verbindlichkeiten	EUR	EUR
Im Unterposten a) - begebene Schuldverschreibungen - sind vor dem 31.12.2018 fällige Beträge enthalten	43.857.500,00	67.398.182,09

Passiva 4 – Treuhandverbindlichkeiten

	31.12.2017	31.12.2016
Treuhandverbindlichkeiten	EUR	EUR
Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber:		
Kreditinstituten	11.190.394,46	11.870.296,80
Kunden	208.977,52	274.916,24

Passiva 5 – Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2017	31.12.2016
Sonstige Verbindlichkeiten	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Erhaltene Optionsprämien und sonstige Verbindlichkeiten aus derivativen Geschäften	38.814.283,47	36.890.379,71
Ausgleichsposten für die Verrechnung interner Geschäfte aus Derivaten	62.442.165,08	37.390.056,18

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2017	31.12.2016
Rechnungsabgrenzungsposten	EUR	EUR
In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen enthalten	2.808.817,42	8.655.586,83

Passiva 7 – Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und deren Ansatz nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt zum 31.12.2017 8.365.014,05 EUR.

Dem Posten "Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen" liegen unter anderem arbeitnehmerfinanzierte garantierte Pensionszusagen der Sparkasse KölnBonn zugrunde. Zur Finanzierung dieser Zusagen wurden Investmentfondsanteile erworben.

Die Vermögensgegenstände dienen ausschließlich der Erfüllung der Verpflichtungen aus Pensionsrückstellungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie wurden im Geschäftsjahr gemäß § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen wie folgt verrechnet:

	31.12.2017	31.12.2016
Rückstellungen	EUR	EUR
Erfüllungsbetrag aus der Verpflichtung wegen des fondsbasierten Versorgungswerkes S-Bonusvorsorge	6.641.360,68	6.629.576,84
Abzüglich des beizulegenden Zeitwertes der Investmentfondsanteile (Deckungsvermögen)	6.637.865,05	6.545.851,83
Nettopensionsrückstellung:	3.495,63	83.725,01

Der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag im Sinne des § 253 Absatz 1 HGB wird als Anwartschaftsbarwert der am Bilanzstichtag erworbenen Anwartschaften ermittelt. Dabei werden unter Anwendung der sogenannten Projected Unit Credit Method (PUC-Methode) Dynamiken berücksichtigt, die fest zugesagt oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu gewährleisten sind. Dementsprechend enthält der versicherungsmathematische Barwert alle bis zum Bilanzstichtag erfolgten Entgeltumwandlungen der Arbeitnehmer als Mindestleistung.

Gemäß § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB besteht für Aufwendungen und Erträge aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen eine Verrechnungspflicht. Dabei wurden Zuschreibungen auf die Investmentfondsanteile in Höhe von 464.530,75 EUR (Vorjahr: 478.745,74 EUR) vorgenommen, die mit Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellung in Höhe von 399.202,07 EUR (Vorjahr: 477.645,83 EUR), der Differenz der Zinssatzänderung in Höhe von -1.192,06 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR) sowie mit Personalaufwendungen verrechnet wurden.

Passiva 9 – Nachrangige Verbindlichkeiten

	31.12.2017	31.12.2016
Nachrangige Verbindlichkeiten	EUR	EUR
Summe der Nachrangigen Verbindlichkeiten	347.605.153,28	303.991.906,53

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse KölnBonn eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen dem Grunde nach den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen. Sie sind im Rahmen der Übergangsbestimmungen der EU-Verordnung Nr. 575/2013 als Ergänzungskapital anrechenbar. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Vereinbart wurden Ursprungslaufzeiten von 7 bis 35 Jahren. Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 11,0 Mio. EUR (Vorjahr: 11,7 Mio. EUR) angefallen. Die Durchschnittsverzinsung der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 3,31 Prozent. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 60,4 Mio. EUR (Vorjahr: 36,0 Mio. EUR) zur Rückzahlung fällig.

Passiva 10 – Genusssrechtskapital

	31.12.2017	31.12.2016
Genusssrechtskapital	EUR	EUR
Summe des Genusssrechtskapitals	222.807.500,00	222.807.500,00

In diesem Posten sind 51 Genussrechte mit einem Nominalvolumen von 222,8 Mio. EUR enthalten. Die Genussrechte verbiefen das Recht auf eine jährliche Zinszahlung von durchschnittlich 6,19 Prozent.

Passiva 11 – Fonds für allgemeine Bankrisiken

	31.12.2017	31.12.2016
Fonds für allgemeine Bankrisiken	EUR	EUR
Fonds für allgemeine Bankrisiken - Ansparrücklage EAA	89.586.000,00	89.586.000,00
Fonds für allgemeine Bankrisiken - Allgemeine Risiken der Kreditwirtschaft	58.000.000,00	43.000.000,00
Summe Fonds für allgemeine Bankrisiken	147.586.000,00	132.586.000,00

Für das Geschäftsjahr 2017 wurde eine Vorsorge durch Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 15,0 Mio. EUR (Vorjahr: 7,8 Mio. EUR) vorgenommen.

Eventualverbindlichkeiten

Bei den Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen der Kreditrisikomanagementprozesse sowie individueller Beurteilungen geht die Sparkasse KölnBonn für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung führen werden. Sofern dies nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, hat die Sparkasse KölnBonn ausreichende Rückstellungen gebildet. Gebildete Rückstellungen sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen der Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage ist die Sparkasse KölnBonn der Auffassung, dass die Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

GuV-Posten 8 – Sonstige betriebliche Erträge

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Sonstige betriebliche Erträge		
In diesem Posten sind enthalten:		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	34.902.980,85	19.910.252,27
Erträge aus der Vermietung von Immobilien	50.365.387,02	53.076.348,61

GuV-Posten 10 – Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
In diesem Posten sind enthalten:		
Aufwendungen aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes von Rückstellungen	3.533.151,43	95.488,57

GuV-Posten 12 – Sonstige betriebliche Aufwendungen

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Sonstige betriebliche Aufwendungen		
In diesem Posten sind enthalten:		
Aufwendungen aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes von Rückstellungen	1.244.602,61	599.010,50
Aufwendungen aus der Anmietung von nicht sparkassenbetriebl. genutzten Immobilien	47.268.198,85	52.464.183,06
Vorfälligkeitsentgelt im Zusammenhang mit der Vertragsaufhebung alte stille Einlagen	28.200.000,00	-

GuV-Posten 23 – Steuern vom Einkommen und Ertrag

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Steuern vom Einkommen und Ertrag		
In diesem Posten sind enthalten:		
Periodische Ertragsteuern	9.528.147,08	14.143.366,69
Latenter Steuerertrag	2.890.000,00	7.790.000,00

Neben dem periodischen Steueraufwand sind aperiodische Steueraufwände in Höhe von 19,1 Mio. EUR (Vorjahr: 50,0 Mio. EUR) sowie aperiodische Steuererträge in Höhe von 36,5 Mio. EUR (Vorjahr: 37,7 Mio. EUR) enthalten.

Ausschüttungssperre

Zum 31.12.2017 besteht eine Ausschüttungssperre im Sinne der §§ 253 Absatz 6 Satz 2 HGB und 268 Absatz 8 HGB, hier dargestellt als Veränderung der relevanten Bilanzwerte im Vergleich zum 31.12.2016:

Ausschüttungssperre	EUR
aus Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Anlagewerte vor passiven Latenzen	-525.451,00
aus Aktivierung latenter Steuern	2.890.000,00
aus Aktivierung von Vermögensgegenständen zum beizulegenden Zeitwert	163.983,95
aus Unterschiedsbetrag betreffend Altersvorsorgevermögen	1.553.910,23
Gesamt	4.082.443,18

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Die nachstehenden Übersichten zeigen die noch nicht abgewickelten extern kontrahierten Termingeschäfte der Sparkasse KölnBonn zum 31. Dezember 2017.

Derivative Finanzinstrumente (Teil 1) Angaben in Mio. EUR	Nominalvolumen nach Restlaufzeiten ¹⁾			
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	ab 5 Jahre	Insgesamt
Zinsbezogene Produkte				
OTC Produkte				
Zinsswaps	9.445,5	15.640,7	10.575,2	35.661,5
Zinsoptionen				
long	113,6	449,0	474,0	1.036,6
short	128,2	550,9	373,0	1.052,1
WP-Termingeschäfte	-,-	-,-	-,-	-,-
Börsengehandelte Produkte				
Zinsfutures	-,-	-,-	-,-	-,-
Währungsbezogene Produkte				
OTC Produkte				
Devisentermingeschäfte	1.081,4	69,0	-,-	1.150,4
Zinswährungsswaps	51,3	21,4	6,1	78,8
Währungsswaps	70,4	131,7	6,4	208,4
Devisenoptionen				
long	53,5	22,3	-,-	75,8
short	53,5	22,3	-,-	75,8
Gesamt	10.997,4	16.907,4	11.434,7	39.339,4

¹⁾Technisch bedingte Rundungsdifferenzen möglich

Derivative Finanzinstrumente (Teil 2) Angaben in Mio. EUR	Zeitwert ¹⁾		Buchwert ¹⁾			
	positiv	negativ	(Optionsprämien, Upfronts, Variation Margins)			Rückstel- lungen
			Aktiv	Passiv	Bilanzposten	Bilanz- posten P7
Zinsbezogene Produkte						
OTC Produkte						
Zinsswaps	983,6	-1.018,8	-272,8	225,4	A13/A14/P6	-,
Zinsoptionen						
long	23,0	-,	-28,0	-,	A13	-,
short	0,1	-21,4	-,	35,4	A13/P5	-,
WP-Termingeschäfte	-,	-,	-,	-,		-,
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	-,	-,	-,	-,		-,
Währungsbezogene Produkte						
OTC Produkte						
Devisentermingeschäfte	14,8	-12,0	-,	-,		-,
Zinswährungsswaps	23,0	-,	-2,5	-,	A14	-,
Währungsswaps	5,9	-46,5	-0,1	0,7	A14/P6	-,
Devisenoptionen						
long	1,6	-,	-3,3	-,	A13	-,
short	-,	-1,6	-,	3,4	P5	-,
Gesamt	1.052,0	-1.100,3	-306,6	265,0		-,

¹⁾Technisch bedingte Rundungsdifferenzen möglich

Rückstellungen in Höhe von 1,4 Mio. EUR für in dieser Tabelle nicht erfasste trennungspflichtige CDS aus synthetischen ABS sowie Rückstellungen über 27,2 Mio. EUR für Fremdwährungsderivate (besondere Deckung) und 0,02 Mio. EUR für Bewertungseinheiten sind in der Tabelle nicht enthalten.

Die oben aufgeführten Derivate stellen im Wesentlichen Deckungsgeschäfte dar. Hierbei handelt es sich um in Bewertungseinheiten einbezogene schwebende Geschäfte zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken sowie um Derivate zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos (verlustfreie Bewertung des Bankbuchs).

Für OTC-Produkte, wie zum Beispiel Zinsswaps, wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Marktzinsen basierend ermittelt. Dabei wurden die Swap- sowie OIS-Zinskurven (Mehrkurvenansatz) der jeweiligen Währungen per 29. Dezember 2017 verwendet. Die Zeitwerte von Optionen wurden anhand des allgemein anerkannten Black-Scholes-Modells ermittelt; für europäische Zinsoptionen wurde die Black-Scholes-Formel entsprechend modifiziert. Grundlagen der Bewertung waren der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die impliziten Volatilitäten, die den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen wurden. Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente der Sparkasse KölnBonn handelt es sich im Wesentlichen um Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden Derivate mit Kunden abgeschlossen. Für die darüber hinaus bestehenden trennungspflichtigen Credit Default Swaps aus synthetischen ABS-Investments und den Sparkassen-Kreditbaskets, bei denen die Sparkasse KölnBonn Sicherungsgeber ist, wurden Eventualverbindlichkeiten von 55,9 Mio. EUR unter dem Bilanzstrich vermerkt.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte sind dadurch gekennzeichnet, dass ein verzinsliches oder unverzinsliches Basisinstrument (in der Regel Forderungen oder Wertpapiere) mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbunden ist.

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate hat die Sparkasse KölnBonn grundsätzlich zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlichen Vermögensgegenstand beziehungsweise als einheitliche Verbindlichkeit bilanziert. Sofern die strukturierten Produkte durch das eingebettete Derivat im Verhältnis zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche Risiken beziehungsweise Chancen aufwiesen, wurde eine getrennte Bilanzierung der Bestandteile vorgenommen.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des IDW RS HFA 22 "Zur einheitlichen oder getrennten handelsrechtlichen Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente".

Sonstige Angaben

Angaben zu Pfandbriefen

Die Sparkasse KölnBonn ist als Pfandbriefemittentin verpflichtet, die Transparenzvorschriften des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) zu beachten. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet (www.sparkasse-koelnbonn.de) erfüllt. Die nachfolgenden Angaben gemäß PfandBG per 31.12.2017 werden getrennt nach Hypothekendarlehen und öffentlichen Pfandbriefen dargestellt.

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Realdarlehen in Höhe von 4.554,7 Mio. EUR (Vorjahr: 4.132,1 Mio. EUR) werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die im Deckungsregister der Öffentlichen Pfandbriefe enthaltenen Darlehen werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden in Höhe von 341,8 Mio. EUR (Vorjahr: 231,0 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen in Höhe von 97,5 Mio. EUR (Vorjahr: 211,5 Mio. EUR) und die zur Deckung der Öffentlichen Pfandbriefe bestimmten Wertpapiere mit einem Betrag von 5,0 Mio. EUR (Vorjahr: 25,0 Mio. EUR) finden sich in der Bilanz unter Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

a) Hypothekendarlehen

Im Geschäftsjahr 2017 platzierte die Sparkasse KölnBonn Hypothekendarlehen mit einem Nominalwert in Höhe von 22,0 Mio. EUR (Vorjahr: 57,1 Mio. EUR).

Angaben zum Gesamtbetrag (Angaben Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ²⁾ (Zinsverschiebung nach oben)		Risikobarwert ²⁾ (Zinsverschiebung nach unten)	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.207,96	3.258,23	3.552,35	3.691,27	3.037,33	3.091,99	3.751,95	3.867,37
Gesamtbetrag der Deckungsmasse ¹⁾	4.652,23	4.343,58	5.092,89	4.868,05	4.524,31	4.337,46	5.252,42	4.957,87
Überdeckung in Prozent	45,02	33,31	43,37	31,88	48,96	40,28	39,99	28,20
Sichernde Überdeckung gemäß §4 PfandBG in Prozent			2,94	2,88				

1) in der Deckungsmasse befanden sich keine Derivate

2) Statistisches Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

Angaben zur Laufzeitstruktur	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
≤ sechs Monate	75,00	10,00	579,01	315,09
> sechs Monate bis zwölf Monate	--	31,00	181,56	178,29
> zwölf Monate bis 18 Monate	241,60	75,00	201,79	178,80
> 18 Monate bis 2 Jahre	25,70	--	194,55	230,92
> 2 Jahre bis 3 Jahre	550,55	267,30	440,16	490,01
> 3 Jahre bis 4 Jahre	50,50	550,55	450,42	456,63
> 4 Jahre bis 5 Jahre	540,00	60,50	419,60	445,36
> 5 Jahre bis 10 Jahre	925,25	1.457,25	1.655,83	1.571,66
> 10 Jahre	799,36	806,63	529,30	476,82

Gesamtbeitrag der zur Deckung verwendeten Forderungen (Angaben in Mio. EUR)	Gesamtbeitrag		Anteil in Prozent am Gesamt- beitrag der Deckungsmasse	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
nach Größenklassen				
x ≤ 300 TEUR	2.479,51	2.244,28	53,30	51,67
300 TEUR < x ≤ 1 Mio. EUR	1.032,31	961,74	22,19	22,14
1 Mio. EUR < x ≤ 10 Mio. EUR	940,37	850,08	20,21	19,57
x > 10 Mio. EUR	102,54	75,98	2,20	1,75
nach Nutzungsart (I) in Deutschland¹⁾				
wohnwirtschaftlich	3.535,91	3.191,49	76,00	73,48
gewerblich	1.018,82	940,59	21,90	21,65
nach Nutzungsart (II) in Deutschland¹⁾				
Wohnungen	770,01	667,94	16,55	15,38
Ein- und Zweifamilienhäuser	1.307,10	1.152,98	28,10	26,54
Mehrfamilienhäuser	1.443,42	1.344,47	31,03	30,95
Bürogebäude	307,36	255,06	6,61	5,87
Handelsgebäude	213,06	203,82	4,58	4,69
Industriegebäude	456,03	443,03	9,80	10,20
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	42,37	38,68	0,91	0,89
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,62	9,47	0,01	0,22
Bauplätze	14,76	16,63	0,32	0,38

1) Außerhalb Deutschlands befanden sich keine Grundstückssicherheiten.

Sonstige Deckung (Angaben in Mio. EUR)				
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
weitere Deckung gem. § 19 I Nr. 2-3 PfandBG brutto	-,--	114,00	-,--	2,62
davon nach § 19 I Nr.2 PfandBG	-,--	104,00	-,--	2,39
davon höchste Geldforderung geg. Kl	-,--	65,00	-,--	1,50
Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung verwendet)	97,50	97,50	2,10	2,24
Deckung ausschließlich für Liquiditätssi- cherung nach § 4 Abs. 1a PfandBG	-,--	-,--	-,--	-,--

	Anteil in Prozent am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	
	31.12.2017	31.12.2016
Weitere Deckung		
nach § 19 PfandBG		
davon in Deckungswerten nach Absatz 1 Nr. 1 PfandBG	-,--	-,--
davon in Deckungswerten nach Absatz 1 Nr. 2 PfandBG	-,--	3,19
davon in Deckungswerten nach Absatz 1 Nr. 3 PfandBG	-,--	0,31
Weitere Deckung (Angaben in Mio. EUR)		
nach Art der gesetzlichen Begrenzung		
Bundesrepublik Deutschland	-,--	14,00
Finnland	-,--	90,00

Die Sparkasse KölnBonn verfügt über keine auf Fremdwährung lautenden Deckungswerte.

	31.12.2017	31.12.2016
Weitere Angaben		
Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte	91,57	91,38
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	99,53	99,54
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	52,30	52,02
Überschreitungsbeitrag hypothekarischer Deckung in Staaten bei denen Pfandbriefgläubigervorrecht nicht sichergestellt ist (§13 Abs. 1 PfandBG)	-,--	-,--
volumengewichteter Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichenen Laufzeit	5,80	5,71
Rückständige Forderungen (Angaben in Mio. EUR)		
Gesamtbetrag der mehr als 90 Tage rückständigen Forderungen	-,--	-,--

Sonstige Angaben (Angaben in EUR)	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Anzahl der am Bilanzstichtag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	-,--	-,--	-,--	-,--
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-,--	-,--	-,--	-,--
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-,--	-,--	-,--	-,--
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	-,--	-,--	-,--	-,--

b) Öffentliche Pfandbriefe

Im Geschäftsjahr 2017 wie auch im Vorjahr platzierte die Sparkasse KölnBonn keine öffentlichen Pfandbriefe.

Angaben zum Gesamtbetrag (Angaben in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ²⁾ (Zinsverschiebung nach oben)		Risikobarwert ²⁾ (Zinsverschiebung nach unten)	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	47,20	47,20	55,68	57,83	50,53	51,39	56,30	58,28
Gesamtbetrag der Deckungsmasse ¹⁾	346,79	255,99	374,02	284,91	333,94	247,82	385,92	293,61
Überdeckung in Prozent	634,72	442,34	571,72	392,66	560,83	382,25	585,43	403,74
Sichernde Überdeckung gemäß §4 PfandBG in Prozent			9,77	9,60				

1) in der Deckungsmasse befanden sich keine Derivate

2) Statistisches Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

Angaben zur Laufzeitstruktur	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
≤ sechs Monate	-,-	-,-	73,74	6,28
> sechs Monate bis zwölf Monate	-,-	-,-	7,78	5,48
> zwölf Monate bis 18 Monate	11,00	-,-	10,20	7,40
> 18 Monate bis 2 Jahre	-,-	-,-	10,31	6,74
> 2 Jahre bis 3 Jahre	-,-	11,00	25,87	28,39
> 3 Jahre bis 4 Jahre	-,-	-,-	23,58	33,65
> 4 Jahre bis 5 Jahre	31,20	-,-	22,55	21,11
> 5 Jahre bis 10 Jahre	5,00	36,20	144,33	118,59
> 10 Jahre	-,-	-,-	28,43	28,34

	31.12.2017	31.12.2016
Deckungsmasse (Angaben in Mio. EUR)		
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	346,79	255,99
nach Größenklassen		
x ≤ 10 Mio. EUR	53,85	40,98
10 Mio. EUR < x ≤ 100 Mio. EUR	181,03	215,01
x > 100 Mio. EUR	111,91	-,-

Zur Deckung verwendete Forderungen nach Ländern und Schuldnerklassen (Angaben in Mio. EUR)	Staat		Regionale Gebiets- körperschaften		Örtliche Gebiets- körperschaften		Sonstige Schuldner	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Deutschland	-,-	-,-	5,00	25,00	266,26	202,73	75,53	28,26

Die Sparkasse KölnBonn verfügt über keine auf Fremdwährung lautenden Deckungswerte.

	Anteil in Prozent am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	
	31.12.2017	31.12.2016
Ersatzdeckung		
nach § 20 Absatz 2 PfandBG	-,--	-,--
davon höchste Forderung	-,--	-,--
Rückständige Forderungen (Angaben in Mio. EUR)		
Gesamtbetrag der mehr als 90 Tage rückständigen Forderungen	-,--	-,--
Weitere Angaben		
Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte	81,23	89,58
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00	100,00

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen die im Folgenden nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte im Sinne des § 285 Nummer 3 HGB:

Mietverpflichtungen

Die Sparkasse KölnBonn hält geschäftlich eigen- wie fremdgenutzte Objekte. Die künftigen Mietverpflichtungen belaufen sich auf insgesamt 604,3 Mio. EUR über einen Zeitraum von bis zu 19 Jahren. Dabei entfallen Mietverpflichtungen in Höhe von 59,3 Mio. EUR auf einen Zeitraum von bis zu einem Jahr, in Höhe von 208,2 Mio. EUR auf mehr als ein Jahr bis fünf Jahre und in Höhe von 336,8 Mio. EUR auf mehr als fünf Jahre. Außerdem besteht eine Verpflichtung von 7,4 Mio. EUR aus einem Erbbaurecht mit einer Restlaufzeit von 54 Jahren.

Weiterhin bestehen mehrjährige Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen für Mobilien in Höhe von 0,4 Mio. EUR.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestehen die im Folgenden genannten sonstigen finanziellen Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nummer 3a HGB:

Noch nicht eingeforderte Einlagen

Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen auf noch nicht eingeforderte bedingte Einlagen bei Beteiligungen von 1,1 Mio. EUR (Vorjahr: 1,1 Mio. EUR) und bei verbundenen Unternehmen von 45,0 Mio. EUR (Vorjahr: 6,5 Mio. EUR). Zudem bestehen Einzahlungsverpflichtungen auf noch nicht eingeforderte Kommanditeinlagen sonstiger Unternehmen in Höhe von 1,2 Mio. EUR (Vorjahr: 1,2 Mio. EUR).

Festpreisvergütungen

Zum Bilanzstichtag bestehen in Zusammenhang mit der Auslagerung der Abwicklung des immobilienbesicherten Forderungsinkassos Festpreisvergütungsverpflichtungen in Höhe von 0,8 Mio. EUR (Vorjahr: 1,2 Mio. EUR).

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen

Zum Bilanzstichtag besteht eine unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung in Höhe von 4,0 Mio. EUR. Es handelt sich um einen Teilbetrag des Beitrags zum Restrukturierungsfonds nach § 12 Abs. 2 Restruk-

turierungsfondsgesetz (sog. Bankenabgabe). Der Betrag wurde liquiditätswirksam als Barsicherheit auf den Konten der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) beziehungsweise des Single Resolution Board (SRB) hinterlegt.

Mittelbare Verpflichtungen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Stabilisierung der ehemaligen Westdeutschen Landesbank AG

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (unter anderem der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit 25,03 Prozent) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt (Erste Abwicklungsanstalt) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der RSGV ist entsprechend seines Anteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3,0 Mrd. EUR und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. EUR als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR unverändert bleibt. Auf die Sparkasse KölnBonn entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2017 keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse KölnBonn während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Die Sparkasse KölnBonn ist verpflichtet für dieses Risiko für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zu bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an der Beteiligungsquote der Sparkasse KölnBonn am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (19,94 Prozent). Zum 31. Dezember 2017 beträgt die Beteiligungsquote der Sparkasse KölnBonn am RSGV 17,92 Prozent.

Die im Zuge der Übernahme der Ausgleichsverpflichtungen vereinbarte Überprüfung des Vorsorgebedarfs im Jahr 2016 hat ergeben, dass die Voraussetzungen für eine Aussetzung erstmals zum 31.12.2015 erfüllt waren. Neben dem Erreichen des vereinbarten kumulierten Mindestreservevolumens lässt der Abwicklungsplan der Erste Abwicklungsanstalt derzeit erwarten, dass ein Verlustausgleich nicht zu leisten sein wird. Die Aussetzung erfolgte bis auf Weiteres. Die regelmäßige Überprüfung hat ergeben, dass die Voraussetzungen auch zum 31.12.2017 erfüllt waren.

Die bis zum 31.12.2014 gebildete bilanzielle Vorsorge von 89,6 Mio. EUR durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB bleibt von der Aussetzung unberührt.

Zusatzversorgung

Allgemeines

Die Sparkasse KölnBonn ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln (ZVK Köln) sowie der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört jeweils dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I an.

Die Zusatzversorgungskassen haben die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der jeweiligen Satzung und des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Absatz 1 Satz 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Zum 31.12.2000 wurde das frühere Gesamtversorgungssystem geschlossen. Es wurde durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt.

Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1,0 Prozent ihres Betrages erhöht. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus 1 Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft.

Mitgliedschaft in der RZVK

Im Geschäftsjahr 2017 betrug der Umlagesatz bei der RZVK 4,25 Prozent der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2018 unverändert. Die RZVK erhebt zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 Prozent der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Umlage bleibt im Jahr 2018 unverändert. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 Prozent angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zurzeit nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2016 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 22 Prozent durch die erzielten Vermögenserträge finanziert.

Mitgliedschaft in der ZVK Köln

Im Geschäftsjahr 2017 betrug der Umlagesatz bei der ZVK Köln 5,8 Prozent der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (5,5 Prozent Arbeitgeberanteil, 0,3 Prozent Arbeitnehmeranteil). Zum Aufbau einer Kapitaldeckung wird seit dem 1. Januar 2003 ein Zusatzbeitrag erhoben. Dieser Zusatzbeitrag beträgt seit dem Jahr 2007 3,2 Prozent. Es wird derzeit mit einer dauerhaft gleichbleibenden Gesamtbelastung von 9,0 Prozent gerechnet, spätestens nach einer Übergangszeit von insgesamt rund 30 Jahren wird von einer spürbaren Entlastung durch die Kapitaldeckung ausgegangen. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2016 werden die Leistungen bei der ZVK Köln zu etwa 36 Prozent durch die erzielten Vermögenserträge finanziert.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei versorgungspflichtigen Entgelten von 193,8 Mio. EUR im Jahr 2017 16,8 Mio. EUR.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründen die Mitgliedschaften in der ZVK Köln und der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung.

Die Zusatzversorgungskassen haben im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2017 ermittelt. Unabhängig davon, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, ist es gemäß IDW RS HFA 30 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB anteilig in Abzug zu bringen. Auf dieser Basis beläuft sich der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag auf 297,8 Mio. EUR.

Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1 Prozent ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2017 verwendet.

Fremdwährung

In den Aktiva sind Vermögensgegenstände, die auf Fremdwährung lauten, im Gesamtbetrag von 309,6 Mio. EUR enthalten. Von den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung 122,4 Mio. EUR.

Offenlegung

Die offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen sind auf der Internetseite der Sparkasse KölnBonn (www.sparkasse-koelnbonn.de/ir) unter der Rubrik "Jahresabschlüsse und Kennzahlen" veröffentlicht.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB

Sparkassentypische Geschäftsbeziehungen im Kredit- und Einlagenbereich mit Tochterunternehmen, assoziierten und sonstigen nahe stehenden Unternehmen (die Beteiligungsunternehmen der Städte Köln und Bonn), Personen in Schlüsselpositionen, nahen Familienangehörigen und dem Zweckverband Sparkasse KölnBonn sowie dessen Mitgliedern ergeben sich in folgender Höhe:

Art der Beziehung (Angaben in Mio. EUR)	Kredite und Darlehen	Avale und (un)widerrufliche Kreditzusagen	Einlagen	Derivative Finanzinstrumente - Nominalbetrag
Tochterunternehmen	0,1	0,1	11,9	-,--
Assoziierte Unternehmen	8,0	8,5	0,8	-,--
Sonstige nahe stehende Unternehmen	1.953,4	438,9	1.418,8	258,4
Personen in Schlüsselpositionen	7,2	0,4	3,9	-,--
Nahe Familienangehörige	0,6	0,1	1,5	-,--
Zweckverband Sparkasse KölnBonn und Mitglieder des Zweckverbandes	1.578,8	505,4	1.412,0	50,7
Gesamt	3.548,1	953,4	2.848,9	309,1

Die Sparkasse KölnBonn erbrachte Dienstleistungen an den Träger der Sparkasse KölnBonn "Zweckverband Sparkasse KölnBonn" in Höhe von 0,1 Mio. EUR, die aus satzungsbedingten Vereinbarungen resultierten.

Darüber hinaus erbrachte die Sparkasse KölnBonn Dienstleistungen in Höhe von 7,4 Mio Euro an ihre Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen. Demgegenüber erhielt sie von diesen Dienstleistungen in Höhe von 12,3 Mio Euro. Außerdem erhielt die Sparkasse KölnBonn von nahe stehenden Unternehmen Mieten mit einem Gesamtvolumen von 1,0 Mio Euro. Aufgrund besonderer vertraglicher Konstellationen und deren wirtschaftlichen Gehalt wird eine Stiftung der Sparkasse KölnBonn als nahe stehendes Unternehmen definiert. Für diese Stiftung hat die Sparkasse KölnBonn ein Patronat in Höhe von 0,7 Mio Euro abgegeben und es bestehen derivative Finanzinstrumente mit einem Nominalvolumen von 36,5 Mio EUR.

Die Bezüge der Organmitglieder werden im nachfolgenden Abschnitt aufgeführt. Weitere Personen in Schlüsselpositionen erhielten Gesamtbezüge in Höhe von 0,9 Mio. EUR.

Bezüge und Kredite der Organmitglieder

Bezüge des Verwaltungsrates

Den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse (Hauptausschuss, Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss, Vergütungskontrollausschuss) sowie den Teilnehmern gemäß §§ 11 Absatz 3 Satz 2, 10 Absatz 4 Sparkassengesetz NRW wurde für ihre Tätigkeit in diesen Gremien ein Sitzungsgeld von 512,00 EUR je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden dieser Gremien erhielten jeweils den doppelten Betrag, die stellvertretenden Vorsitzenden den anderthalbfachen Betrag. Zudem wurde ihnen für die Tätigkeit im Verwaltungsrat und im Risikoausschuss jeweils ein Pauschalbetrag von 2,6 TEUR p.a. gezahlt; diejenigen Personen, die Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender eines dieser Gremien waren, erhielten jeweils den doppelten

beziehungsweise den anderthalbfachen Pauschalbetrag. Für die Tätigkeit in RSGV-Gremien wurde den teilnehmenden Verwaltungsratsmitgliedern eine pauschale Vergütung in Höhe von 500,00 EUR je Sitzung gezahlt. Sofern Organmitglieder umsatzsteuerpflichtig sind, wurden die genannten Bezüge der Verwaltungsratsmitglieder zuzüglich 19 Prozent Umsatzsteuer gezahlt.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2017 folgende Bezüge: Dr. Carl W. Barthel 8,2 TEUR, Dr. Karlheinz Bentele 10,2 TEUR, Jürgen Biskup 11,8 TEUR, Martin Börschel 44,8 TEUR, Rolf Brief 15,4 TEUR, Guido Déus 31,5 TEUR, Jürgen Didschun 9,2 TEUR, Dr. Ralph Elster 25,0 TEUR, Marion Feld 2,9 TEUR, Jörg Frank 2,6 TEUR, Ursula Gärtner 0,5 TEUR, Werner Hümmrich 7,2 TEUR, Prof. Dr. Paul Norbert Jacobs 0,5 TEUR, Irmgard Kroll 4,3 TEUR, Irene Kuron 9,2 TEUR, Mark Stephen Pohl 7,7 TEUR, Brigitta Poppe-Reiners 0,5 TEUR, Henriette Reker 7,7 TEUR, Bärbel Richter 18,4 TEUR, Tom Schmidt 11,8 TEUR, Ashok Sridharan 8,2 TEUR, Gisela Stahlhofen 7,2 TEUR, Ralph Sterck 1,0 TEUR, Gero Wiesenhöfer 7,2 TEUR, Andreas Wolter 9,2 TEUR, Michael Zimmermann 13,3 TEUR. Insgesamt ergeben sich damit für die Mitglieder des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 302,3 TEUR. Zusätzlich fielen Umsatzsteueranteile in Höhe von 27,0 TEUR an. Daneben haben die Mitglieder des Verwaltungsrates in 2017 an Veranstaltungen der Sparkasse KölnBonn im Gesamtwert von 18,8 TEUR teilgenommen.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 2.367,2 TEUR ausgereicht.

Bezüge des Vorstandes

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstandes ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei bezüglich der Höhe an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben der Festvergütung wird als variable Vergütung eine nicht ruhegeldfähige Ergebniszulage von bis zu 81,0 TEUR bei den stellvertretenden Vorstandsmitgliedern, 108,0 TEUR bei den Vorstandsmitgliedern, 134,0 TEUR bei dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden und bis zu 162,0 TEUR bei dem Vorstandsvorsitzenden gewährt. Die Auszahlung der Ergebniszulage wird jährlich durch den Hauptausschuss auf Basis des Unternehmensergebnisses und der individuellen und Team-Zielerreichung festgelegt. 50 Prozent der Ergebniszulage werden erst im Folgejahr, 25 Prozent erst im Folgefolgejahr und weitere 25 Prozent im dritten folgenden Jahr bei entsprechender Nachhaltigkeit ausgezahlt.

Die festen Gehaltsansprüche werden in regelmäßigen Abständen vom Verwaltungsrat überprüft und angepasst.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden dem Vorstandsvorsitzenden, Artur Grzesiek, 653,1 TEUR Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine Ergebniszulage in Höhe von 148,1 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 24,4 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Herrn Ulrich Voigt, seit dem 01.01.2018 stellvertretender Vorstandsvorsitzender 452,8 TEUR Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine Ergebniszulage in Höhe von 99,3 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 23,9 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Frau Dr. Nicole Handschuer 407,5 TEUR Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt sie eine Ergebniszulage in Höhe von 23,2 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 12,9 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Herrn Dr. Christoph Siemons 452,8 TEUR Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine Ergebniszulage in Höhe von 80,4 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 21,4 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Herrn Volker Schramm 339,6 TEUR Festvergütungen gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine Ergebniszulage in Höhe von 51,4 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 25,2 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Herrn Rainer Virnich 339,6 TEUR Festvergütungen gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine Ergebniszulage in Höhe von 71,2 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 40,9 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Herrn Dr. Joachim Schmalzl, der zum 29.02.2016 aus dem Vorstand ausschied, 57,2 TEUR Ergebniszulagen gezahlt.

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen und Sachbezüge nach § 37 Einkommensteuergesetz.

Insgesamt wurden für die Mitglieder und ehemaligen Mitglieder des Vorstandes im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 3.406,4 TEUR gezahlt.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Mitglieder des Vorstandes, mit Ausnahme von Frau Dr. Handschauer, Anspruch auf Zahlung von Versorgungsbezügen. Für stellvertretende Mitglieder des Vorstands besteht in diesem Fall ein Abfindungsanspruch.

Die Höhe der Versorgungsbezüge ist abhängig von der Dauer der Tätigkeit als Mitglied des Vorstandes. Der Anspruch steigt im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5 Prozentpunkte auf maximal 55 Prozent der Festvergütung zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand an. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres beziehungsweise 67. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Grzesiek beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 5.537,0 TEUR. Im Jahr 2017 wurden der Pensionsrückstellung 1.685,3 TEUR zugeführt.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Voigt beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 3.770,0 TEUR. Im Jahr 2017 wurden der Pensionsrückstellung 1.159,1 TEUR zugeführt.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Dr. Siemons beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 2.945,7 TEUR. Im Jahr 2017 wurden der Pensionsrückstellung 581,1 TEUR zugeführt.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Schramm beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 1.085,4 TEUR. Im Jahr 2017 wurden der Pensionsrückstellung 219,9 TEUR zugeführt.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Virnich beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 1.144,6 TEUR. Im Jahr 2017 wurden der Pensionsrückstellung 219,8 TEUR zugeführt.

Zusätzlich zu den oben genannten Beträgen, wurden für Frau Dr. Handschauer in 2017 Beträge zur Finanzierung einer Altersvorsorge in Höhe von 81,5 TEUR gezahlt. Die Höhe des zusätzlichen Betrags ist abhängig von der Dauer der Tätigkeit als Mitglied des Vorstands. Er steigt im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5 Prozentpunkte auf maximal 35 Prozent der Festvergütung.

Für die Mitglieder des Vorstands beläuft sich der Barwert der Pensionsansprüche auf insgesamt 14.482,8 TEUR. Für noch nicht gebildete Rückstellungen aus der Neubewertung nach dem BilMoG, die gemäß Artikel 67 Absatz 1 Satz 1 EGHGB spätestens bis zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel angesammelt werden, wurden weitere 14,3 TEUR zugeführt.

Darüber hinaus wurden Prämienzahlungen für Versicherungen der Organmitglieder geleistet. Für eine D&O Versicherung der Organmitglieder erfolgte eine pauschale Versicherungsprämie in Höhe von 267,8 TEUR. Des Weiteren wurden Prämien für eine Gruppen-Unfallversicherung geleistet. Die Prämienzahlungen belaufen sich dabei auf insgesamt 4,4 TEUR. Für eine Rechtsschutz-Versicherung wurde eine Prämie in Höhe von 11,5 TEUR gezahlt.

Den früheren Mitgliedern des Vorstandes und deren Hinterbliebenen wurden Gesamtbezüge in Höhe von 2.906,4 TEUR gewährt, davon betrafen keine Leistungen die aktive Geschäftstätigkeit. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 38.583,8 TEUR und noch nicht gebil-

dete Rückstellungen aus der Neubewertung nach dem BilMoG in Höhe von 1.397,8 TEUR, die gemäß Artikel 67 Absatz 1 Satz 1 EGHGB spätestens bis zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel angesammelt werden. Darüber hinaus bestehen für diese Personengruppe Beihilferückstellungen in Höhe von 285,7 TEUR.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 1.419,7 TEUR gewährt.

Honorare des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare gemäß § 285 Nummer 17 HGB erfasst:

Honorare des Abschlussprüfers	EUR
a) für die Abschlussprüfung	1.084.520,36
b) für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	95.527,74
c) für sonstige Leistungen	-,-
Gesamt	1.180.048,10

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt 2017 wurden bei der Sparkasse KölnBonn beschäftigt:

	2017	2016
Vollzeitkräfte	2.341	2.380
Teilzeit- und Ultimokräfte	1.487	1.455
Zwischensumme	3.828	3.835
Auszubildende	120	162
Gesamt	3.948	3.997

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Beendigung des Geschäftsjahres

Bereits im Geschäftsjahr 2017 hat die Sparkasse KölnBonn die Immobilie "Friedensplatz" in Bonn veräußert. Der wirtschaftliche Übergang des Objekts und die Zahlung des Kaufpreises fanden im ersten Quartal 2018 statt.

Die Sparkasse hat Anfang 2018 außergerichtliche Vergleiche mit Klägern geschlossen, die teils zu einer erfolgswirksamen Auflösung von Rückstellungen für Rechtsrisiken führen.

Aus diesen Vorgängen ergeben sich deutlich positive Effekte.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn

Vorsitzender	Mitglieder	Stellvertreter
Martin Börschel Mitglied des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen Selbständiger Rechtsanwalt	Dr. Carl W. Barthel Selbständiger Steuerberater	Ursula Gärtner Dipl.-Volkswirtin Verwaltungsangestellte Abteilungsleiterin
Erster stellvertretender Vorsitzender:		
Guido Déus	Dr. Karlheinz Bentele Staatssekretär a. D. Sparkassenpräsident a. D. Dipl.-Verwaltungswissenschaftler	Monika Schultes Verwaltungs-Fachangestellte Geschäftsführerin im Ruhestand
Zweiter stellvertretender Vorsitzender:		
Dr. Ralph Elster (seit 13.06.2017)	Jürgen Biskup Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Ingrid Dräger Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Bankkauffrau dipl. Sparkassenbetriebswirtin
	Rolf Brief Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	N.N.
	Guido Déus Mitglied des Landtages NRW Beamter Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Dipl.-Finanzwirt	Birgitta Jackel Dipl.-Volkswirtin Angestellte im Einzelhandel Abteilungsleiterin
	Jürgen Didschun Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Markus Pohl Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann
	Dr. Ralph Elster (seit 13.06.2017; vormals Stellvertreter) Dipl.-Biologe Angestellter Unternehmensberater	Birgitta Nessler-Komp (seit 13.06.2017) Dipl.-Betriebswirtin Landwirtin
	Irmgard Kroll (bis 31.08.2017) Produktmanagerin Prosystems IT GmbH Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Bankkauffrau	Inge Mohr Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin
	Marion Feld (seit 01.09.2017; vormals Stellvertreterin) Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Bankkauffrau Sparkassenbetriebswirtin	

Mitglieder	Stellvertreter
Werner Hümmrich Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Michael Söllheim Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
Irene Kuron Dipl.-Volkswirtin Selbständige Unternehmens- beraterin	Prof. Dr. Norbert Jacobs Rechtsanwalt Professor für Wirtschaftsprüfung und Steuerrecht
Mark Stephen Pohl Groß- und Außenhandels- kaufmann Politologe M.A. Vorstandsassistent	Ralph Sterck Hauptgeschäftsführer des FDP- Landesverbandes in Nordrhein- Westfalen Dipl.-Kaufmann
Bärbel Richter Sachbearbeiterin Archivangestellte Archiv der sozialen Demokratie	Hans-Werner Niklasch Bankkaufmann im Ruhestand Sparkassenbetriebswirt
Tom Schmidt Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Bundesstadt Bonn	Brigitta Poppe-Reiners Dipl.-Oecotrophologin Oberlandwirtschaftsrätin Dienstleistungszentrum Wester- wald-Osteifel
Gisela Stahlhofen Maßschneiderin Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro	Jörg Detjen Drucker u. Verlagskaufmann Geschäftsführer
Gero Wiesenhöfer Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann diplomierter Sparkassenbetriebswirt	Michael Baedorf Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
Andreas Wolter Controlller BRUNATA Wärmemesser- Gesellschaft Schultheiss GmbH + Co. Dipl.-Betriebswirt	Jörg Frank IT-Systemanalytiker Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln
Michael Zimmermann Verwaltungsangestellter Stadt Köln	Dorothee Schneider Verwaltungsangestellte Kämmerin der Stadt Düsseldorf
Bis 30.06.2017: Teilnehmer (gemäß § 11 Absatz 3 Satz 2 des Sparkassengesetzes für Nordrhein-Westfalen)	Im Falle der Verhinderung von Herrn Oberbürgermeister Ashok Sridharan
Ashok Sridharan Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn Jurist	Henriette Reker Oberbürgermeisterin der Stadt Köln Juristin

Beratender Teilnehmer an den
Sitzungen des Verwaltungsrates
gemäß § 10 Absatz 4 des Sparkas-
sengesetzes für Nordrhein-
Westfalen

Henriette Reker
Oberbürgermeisterin der
Stadt Köln
Juristin

Ab 01.07.2017:
Teilnehmer (gemäß § 11 Absatz 3
Satz 2 des Sparkassengesetzes
für Nordrhein-Westfalen)

Henriette Reker
Oberbürgermeisterin der
Stadt Köln
Juristin

Im Falle der Verhinderung von
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Ashok Sridharan
Oberbürgermeister der
Bundesstadt Bonn
Jurist

Beratender Teilnehmer an den
Sitzungen des Verwaltungsrates
gemäß § 10 Absatz 4 des Sparkas-
sengesetzes für Nordrhein-
Westfalen

Ashok Sridharan
Oberbürgermeister der
Bundesstadt Bonn
Jurist

Vorstand

Vorsitzender

Artur Grzesiek (bis 31.12.2017)

Stellvertretender Vorsitzender

Ulrich Voigt (seit 01.01.2018)

Mitglieder

Dr. Nicole Handschuh

Dr. Christoph Siemons

Ulrich Voigt (bis 31.12.2017)

Stellv. Mitglieder

Volker Schramm

Rainer Virnich

Folgende Mitglieder des Vorstandes und Mitarbeiter der Sparkasse KölnBonn sind Mitglieder des Aufsichtsrates von Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Absatz 4 Nummer 1 HGB:

Vorstand

Artur Grzesiek

- Landesbank Berlin Holding AG
- Landesbank Berlin AG
- Berlin Hyp AG
- Deutscher Sparkassen Verlag GmbH

Ulrich Voigt

- Ströer Management SE
- Ströer SE & Co. KGaA
- Finanzinformatik GmbH & Co. KG

Rainer Virnich

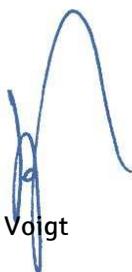
- Vereinigte Bonner Wohnungsbau AG
- Deutsche Servicegesellschaft für Finanzdienstleister mbH

Zum 01.04.2018 wird Herr Dr. Rüdiger Linnebank den Vorstandsvorsitz der Sparkasse KölnBonn übernehmen.

Versicherung des Vorstandes gemäß §§ 264 Absatz 2 Satz 3 und 289 Absatz 1 Satz 5 HGB in Verbindung mit § 2 Absatz 14 WpHG, § 327a HGB:

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Sparkasse KölnBonn - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Sparkasse KölnBonn so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Sparkasse KölnBonn beschrieben sind.

Köln, den 13. März 2018



Voigt



Dr. Handschuh



Dr. Siemons



Schramm



Virnich

Anlage zum Jahresabschluss

gemäß § 26a Absatz 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2017
(„Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparkasse KölnBonn hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse KölnBonn besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse KölnBonn definiert den Umsatz als Saldo folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 702.683,9 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt 3.310 im Jahresdurchschnitt.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 44.573,0 TEUR.

Die Steuerposition insgesamt weist für das Geschäftsjahr 2017 eine Erstattung von 10.822,4 TEUR aus. Insbesondere konnten aufgrund von Ergebnissen aus Betriebsprüfungen für vergangene Geschäftsjahre Steuerrückstellungen aufgelöst bzw. -forderungen dotiert werden, so dass sich insgesamt eine Steuerentlastung ergibt. Die Steuern betreffen sowohl laufende als auch latente Steuern.

Die Sparkasse KölnBonn hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen im Rahmen eines EU-Beihilfverfahrens erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparkasse KölnBonn (im Folgenden "Sparkasse")

A. Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparkasse bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2017, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Kapitalflussrechnung und dem Eigenkapitalpiegel für das Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Sparkasse zum 31.12.2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften von der Sparkasse unabhängig und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. § 340 k Abs. 3 HGB, dass alle von uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsdienstleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

B. Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen
2. Bildung und Bewertung von Rückstellungen im Rahmen der geplanten Reduzierung der Mitarbeiteranzahl
3. Behandlung einer Stillen Einlage des Trägers im Jahresabschluss
4. Steuerliche Behandlung von erhaltenem Hybridkapital
5. Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir wie folgt aufgebaut:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

1. Bewertung von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen

a) Sachverhalt und Problemstellung

Im Jahresabschluss der Sparkasse werden zum 31.12.2017 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen unter den Bilanzpositionen Aktiva 7 und Aktiva 8 mit Buchwerten von 378,4 Mio. EUR und 30,9 Mio. EUR ausgewiesen. Sie entfallen im Wesentlichen auf die Anteile am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV).

Der RSGV hält seinerseits Beteiligungen im Wesentlichen an Unternehmen der Sparkassen Finanzgruppe. Da weder für die unmittelbaren noch für die mittelbaren Beteiligungen regelmäßig beobachtbare Marktpreise vorliegen, ist es für die Bewertung des Anteilsbesitzes notwendig, auf Bewertungsmodelle bzw. Wertgutachten zurückzugreifen. Da die in die Bewertung einfließenden Parameter wesentlich die Wertermittlung beeinflussen, war dieser Sachverhalt angesichts der Höhe der Beteiligungsbuchwerte im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorgehensweise der gesetzlichen Vertreter (Vorstand) nachvollzogen sowie die internen Verfahren der Sparkasse zur Bewertung der Beteiligungen beurteilt. Die für die Bestimmung des Wertansatzes herangezogenen Unterlagen haben wir in Bezug auf deren Eignung, Aktualität, Methodik sowie die Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die den Wertermittlungen zugrunde liegenden Ausgangsdaten, Wertparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie in vertretbaren Bandbreiten liegen. Die vom Vorstand zur Bewertung der Beteiligungen angewandten Bewertungsparameter und -annahmen sind hinreichend dokumentiert und begründet. Sie konnten von uns nachvollzogen werden und liegen innerhalb vertretbarer Bandbreiten.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Informationen zu den Beteiligungen bzw. zu Anteilen an verbundenen Unternehmen und der Bewertung sind in den Anhangangaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB bei den Angaben zu Aktiva 7 und 8 (Abschnitt „Sonstige Erläuterungen zur Bilanz“) und den Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten. Darüber hinaus verweisen wir auf die Darstellungen und Erläuterungen im Lagebericht (Teil D. Chancen- und Risikobericht, Abschnitt Beteiligungsrisiken).

2. Bildung und Bewertung von Rückstellungen im Rahmen der geplanten Reduzierung der Mitarbeiteranzahl

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Sparkasse strebt in den nächsten Jahren vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung des Bankgeschäfts und der Auswirkungen des anhaltenden Niedrigzinsniveaus einen deutlichen Mitarbeiterabbau an. Im Geschäftsjahr 2017 hat der Vorstand der Sparkasse Maßnahmen beschlos-

sen und kommuniziert, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll. Gegenstand dieser Maßnahmen ist u. a. ein im Rahmen der sogenannten strategischen Initiativen für einen bestimmten Personenkreis angebotenes Altersteilzeitprogramm.

Sofern die handelsrechtlichen Ansatzkriterien erfüllt sind, ergibt sich aus den beschlossenen Maßnahmen die Notwendigkeit zur Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten in Höhe der in diesem Zusammenhang zu erwartenden Aufwendungen.

Die Sparkasse hat zum 31.12.2017 Rückstellungen insoweit gebildet, wie der Vorstand bei seiner Beurteilung zu dem Ergebnis gelangt ist, dass hinreichend konkrete Planungen den Abschluss entsprechender Vereinbarungen überwiegend wahrscheinlich machten. Nach unserer Einschätzung ist der Sachverhalt von Bedeutung, da dieser zum Bilanzstichtag in einem hohen Maß auf Einschätzungen und Annahmen des Vorstandes beruht und sich hieraus wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss zum 31.12.2017 ergeben.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Für ungewisse Verbindlichkeiten sind Rückstellungen nach § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB zu bilden. Hierfür muss eine sicher oder wahrscheinlich be- bzw. entstehende Außenverpflichtung vorliegen, die im abgelaufenen Geschäftsjahr rechtlich oder wirtschaftlich verursacht wurde, und es muss ernsthaft mit einer Inanspruchnahme gerechnet werden. Bei unserer Prüfung haben wir das Vorliegen der notwendigen Ansatzkriterien sowie die Bewertung der Verpflichtung geprüft. Hierbei haben wir uns entsprechende Nachweise vom Vorstand zum Umsetzungsstand der Maßnahmen vorlegen lassen und diese nachvollzogen und gewürdigt. Wir konnten uns von der Einschätzung des Vorstands überzeugen, dass, soweit eine Rückstellung gebildet wurde, die Ansatzkriterien zum 31.12.2017 erfüllt waren, während dies für weitere Teile der geplanten Maßnahmen nicht der Fall war. Diese Einschätzungen sind hinreichend dokumentiert und begründet.

Die für die Bestimmung des Wertansatzes vom Vorstand beschlossenen Verfahrensbeschreibungen haben wir hinsichtlich der Geeignetheit der verwendeten Methode sowie der Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die den Wertermittlungen zugrunde liegenden Ausgangsdaten, Parameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt. Die zur Bewertung der Rückstellungen angewandten Bewertungsparameter und -annahmen sind hinreichend dokumentiert und begründet. Sie liegen innerhalb vertretbarer Bandbreiten.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Für weitere Informationen und Angaben verweisen wir auf die Darstellungen des Vorstands im Lagebericht (Teil B. Wirtschaftsbericht, 3. Abschnitt sowie Teil E. Prognosebericht) und auf die Anhangangaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften.

3. Behandlung einer Stillen Einlage des Trägers im Jahresabschluss

a) Sachverhalt und Problemstellung

Der Träger der Sparkasse (Zweckverband Sparkasse KölnBonn) ist seit 2009 als stiller Gesellschafter mit Vermögenseinlagen am Handelsgewerbe der Sparkasse beteiligt (im Folgenden „Stille Einlagen“). Vor dem Hintergrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben der EU (Capital Requirements Regulation - CRR) wurde eine vertragliche Neugestaltung der Stillen Einlagen erforderlich, um eine dauerhafte Anrechnung als Kernkapital im Sinne der CRR zu ermöglichen. Hierzu wurde im Februar 2016 ein Vertrag über die Begründung einer stillen Gesellschaft mit dem Zweckverband der Sparkasse KölnBonn abgeschlossen, der das Recht der Sparkasse auf Begründung einer neuen Stillen Einlage bei gleichzeitiger Rückzahlung der alten Stillen Einlagen vor Fälligkeit vorsah. Dieses Recht hat die Sparkasse im Dezember 2017 ausgeübt. Im Zusammenhang mit dieser Transaktion hat die Sparkasse eine Ausgleichszahlung (Vorfälligkeitsentgelt) an den Zweckverband geleistet.

Im Jahresabschluss zum 31.12.2017 der Sparkasse wird die Stille Einlage unter der Bilanzposition Passiva Nr. 12. „Eigenkapital“ in Unterposten aa) „Einlagen stiller Gesellschafter“ in Höhe von 500,0 Mio. EUR ausgewiesen. Vergütungen auf die Stille Einlage werden in der Gewinn- und Verlust-

rechnung unter Position 25 „Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne“ erfasst.

Die Veränderung in den vertraglichen Grundlagen der Stillen Einlagen hat wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss der Sparkasse. Insbesondere sind die sachgerechte Abgrenzung und der sich hieraus ergebende Ausweis der Eigenkapitalbestandteile mit Blick auf die Darstellung der Vermögenslage von hoher Bedeutung für den handelsrechtlichen Jahresabschluss. Darüber hinaus haben die Vergütung der Stillen Einlagen sowie die geleistete Ausgleichszahlung nennenswerte Auswirkungen auf die Ermittlung des handelsrechtlichen Jahresergebnisses. Vor diesem Hintergrund erforderten die Sachverhalte im Rahmen unserer Prüfung eine besondere Befassung.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Grundlage für unsere Prüfungshandlungen im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung waren die vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Zweckverband und der Sparkasse. Auf dieser Basis haben wir die Rückzahlung der bestehenden Stillen Einlagen und die Begründung einer neuen Stillen Einlage gewürdigt. Insbesondere haben wir auf Basis der Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung beurteilt, ob die zum 31.12.2017 bestehenden Stillen Einlagen die Voraussetzungen für einen Ausweis als bilanzielles Eigenkapital erfüllen. Ebenso haben wir die Ermittlung der Vergütungen für die zurückgezahlte Stille Einlage und die neu begründeten Stillen Einlagen, die Berechnung der Ausgleichszahlung sowie die Erfassung und den Ausweis der Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung geprüft.

Wir konnten uns davon überzeugen, dass die vertraglichen Vereinbarungen beachtet wurden und die Entscheidungen des Vorstands zur Erfassung im Jahresabschluss ausreichend dokumentiert und hinreichend begründet sind.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir auch auf die Ergebnisse externen fachlichen Rates (Konsultation) zurückgegriffen und diese bei unserer Beurteilung berücksichtigt.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Informationen enthält der Lagebericht der Sparkasse (Teil B. Wirtschaftsbericht, Abschnitte 2. und 3. sowie Teil E. Prognosebericht).

4. Steuerliche Behandlung von erhaltenem Hybridkapital

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Sparkasse hat in den zurückliegenden Jahren Genussrechtskapital herausgegeben sowie seit 2009 sogenannte Stille Einlagen von ihrem Träger erhalten. In diesem Zusammenhang von der Sparkasse gezahlte Vergütungen wurden im Geschäftsjahr 2017 und in vorangegangenen Geschäftsjahren aufwandswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst und haben die Steuerbemessungsgrundlage insoweit vermindert.

Hinsichtlich der steuerlichen Behandlung sowohl der gezahlten Vergütungen als auch von Verlustteilnahmen und Wiederauffüllungen in der Vergangenheit bestehen zwischen der Finanzverwaltung und der Sparkasse im Rahmen einer steuerlichen Betriebsprüfung unterschiedliche Rechtsauffassungen. Sollte sich die Finanzverwaltung mit ihrer Auffassung durchsetzen, würden hieraus Steuernachzahlungen und steuerliche Nebenleistungen in erheblichem Umfang resultieren. Steuerbescheide lagen bis zum Ende unserer Prüfung nicht vor.

Der Vorstand der Sparkasse hält es unter Würdigung der Argumente der Finanzverwaltung und unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Standes der Rechtsprechung für überwiegend wahrscheinlich, im weiteren Verfahrensverlauf mit seiner Rechtsauffassung zu obsiegen. Die Sparkasse hat daher für dieses steuerliche Risiko keine Rückstellung gebildet.

Aus unserer Sicht ist der Sachverhalt von besonderer Bedeutung, da die Bewertung vor einer endgültigen rechtswirksamen Entscheidung von der rechtlichen Beurteilung der Erfolgsaussichten durch den Vorstand der Sparkasse abhängt und der betragsliche Umfang der möglichen Auswirkungen für die Beurteilung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Sparkasse wesentlich ist.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Für ungewisse Steuerschulden ist bei Vorliegen der Ansatzkriterien nach § 249 Abs. 1 HGB eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten zu bilden. Ob für eine ungewisse Steuerschuld eine Rückstellung zu passivieren ist, hängt - neben den weiteren Ansatzkriterien - hier im Wesentlichen von der Wahrscheinlichkeit des Bestehens einer Steuerschuld ab. Wir haben uns daher mit den divergierenden Auffassungen der Finanzverwaltung und der Sparkasse auseinandergesetzt und diese beurteilt. Aufgrund der Bedeutung des Sachverhalts und der abweichenden Auffassung der Finanzverwaltung haben wir externen fachlichen Rat (Konsultation) eingeholt.

Bei unserer Beurteilung haben wir auf die Ergebnisse der Konsultation zurückgegriffen und diese berücksichtigt.

Wir konnten uns davon überzeugen, dass der Sachverhalt sowie die vom Vorstand vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen für den Nichtansatz einer Rückstellung für ungewisse Steuerschulden hinreichend begründet und dokumentiert sind.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Die Sparkasse hat Angaben zu diesem Sachverhalt in den Lagebericht (Teil D. Chancen- und Risikobericht, Abschnitt „Operationelle Risiken“) aufgenommen.

5. Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Sparkasse KölnBonn weist in ihrem Jahresabschluss zum 31.12.2017 im Bilanzposten Aktiva 15 „Aktive latente Steuern“ einen Betrag von 79,3 Mio. EUR aus. Diese wurden auf Basis der Vorgaben nach § 274 HGB für unterschiedliche Wertansätze zwischen Handels- und Steuerbilanz bei einzelnen Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie für gewerbesteuerliche Verlustvorträge gebildet.

Bei der Berechnung hat die Sparkasse die ermittelten aktiven mit passiven latenten Steuern verrechnet. Die latenten Steuern wurden mit einem Körperschaftsteuersatz von 15,83 Prozent und einem Gewerbesteuersatz von 16,78 Prozent bewertet.

Da das Volumen der aktiven latenten Steuern für die Beurteilung der Vermögens- und Ertragslage der Sparkasse von nennenswerter Bedeutung ist und die Erwartung einer zukünftigen Steuerentlastung maßgeblich von den Einschätzungen des Vorstands zur Entwicklung der Ertragslage abhängt, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Aktive latente Steuern können in der Bilanz angesetzt werden, wenn die unterschiedlichen Wertansätze sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen und sich daraus eine zukünftige Steuerentlastung ergibt. Steuerliche Verlustvorträge sind in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnungen zu berücksichtigen. Bei unserer Prüfung haben wir das Vorliegen der notwendigen Ansatzkriterien geprüft. Dazu haben wir uns Nachweise zu Art und Umfang der unterschiedlichen Wertansätze sowie zur Höhe gewerbesteuerlicher Verlustvorträge vorlegen lassen, diese nachvollzogen und gewürdigt. Ebenso haben wir die Annahme des Vorstandes zu den der Bewertung zugrunde gelegten Steuersätzen gewürdigt. Darüber hinaus haben wir für unsere Beurteilung auf die mittelfristigen Einschätzungen des Vorstandes zur Entwicklung der Ertragslage zurückgegriffen.

Die Entscheidung des Vorstandes, welche Bewertungsunterschiede dem Grunde nach einbezogen werden, ist ebenso begründet und dokumentiert, wie seine Einschätzung, dass es in Höhe der angesetzten aktiven latenten Steuern zu einer zukünftigen Steuerentlastung kommt.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Informationen zu latenten Steuern enthält der Anhang zum Jahresabschluss unter den „Sonstigen Erläuterungen zur Bilanz“ (Aktiva 15).

C. Sonstige Informationen

Der Vorstand ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- den gemäß § 289b Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a HGB zusammen mit dem Lagebericht nach § 325 HGB veröffentlichten nichtfinanziellen Bericht für das Geschäftsjahr 2017
- die Versicherung nach § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB zum Jahresabschluss und die Versicherung nach § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB zum Lagebericht
- den Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit gemäß § 21 EntGTranspG

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

D. Verantwortung der gesetzlichen Vertreter (Vorstand) und des Aufsichtsorgans (Verwaltungsrat) für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten und unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Sparkasse zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

E. Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Sparkasse ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Sparkasse.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Verwaltungsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Verwaltungsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Verwaltungsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

F. Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU APrVO

Wir sind nach § 24 Abs. 3 Satz 1 des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen i. V. m. § 340k Abs. 3 Satz 1 HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Sparkasse.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem Prüfungsbericht nach Artikel 11 EU-APrVO in Einklang stehen.

Von uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die Sparkasse erbracht:

- Prüfung des Wertpapierdienstleistungsgeschäftes gemäß § 36 Abs. 1 Satz 1, 2 und 5 WpHG i.V.m. § 24 Abs. 6 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen
- Erteilung einer Bescheinigung nach § 16j FinDAG
- Erteilung eines Comfort Letters gemäß IDW Prüfungsstandard 910

G. Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Michael Vietze.

Düsseldorf, den 08. Mai 2018

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes



Vietze
Wirtschaftsprüfer



Schankweiler
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat im Geschäftsjahr 2017 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht sowie ihn in wichtigen Fragen beraten. Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat in insgesamt acht Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Risikolage und das Risikomanagement. In diesen Sitzungen fasste der Verwaltungsrat auch die nach dem Gesetz erforderlichen Beschlüsse.

Aktuelle Einzelthemen wurden in zehn Sitzungen des Hauptausschusses des Verwaltungsrates (Vorsitzender des Verwaltungsrates sowie sein erster und zweiter Stellvertreter) mit dem Vorsitzenden des Vorstandes und unter Einbindung der Oberbürgermeister der Städte Köln und Bonn erörtert und anschließend in die Sitzungen des Verwaltungsrates eingebracht. Zusätzlich tauschten sich der Vorsitzende des Verwaltungsrates und der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse KölnBonn in regelmäßigen Gesprächen aus.

Der Vergütungskontrollausschuss hat in vier Sitzungen die im KWG festgeschriebenen Aufgaben wahrgenommen beziehungsweise die vom Verwaltungsrat zu treffenden Beschlüsse vorbereitet.

Der Risikoausschuss hat in sechs Sitzungen die ihm nach Sparkassengesetz obliegenden Kreditentscheidungen getroffen. Die nach den Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute (MaRisk) regelmäßig an das Aufsichtsgremium zu erstattenden Berichte wurden zu den quartalsmäßigen Stichtagen vorgelegt und jeweils zunächst ausführlich in den Sitzungen des Risikoausschusses und anschließend im Verwaltungsrat erörtert.

Der Bilanzprüfungsausschuss hat in einer Sitzung vorbereitend zur Schlussbesprechung im Verwaltungsrat das Prüfungsergebnis des Jahresabschlusses 2016 mit den Prüfern besprochen. In vier weiteren Sitzungen erörterte der Bilanzprüfungsausschuss u.a. die Mittelfristplanung, die Kapitalplanung der Sparkasse sowie diverse Quartals- und Jahresberichte der internen Revision und der Compliance-Beauftragten. Der Vorstand informierte den Bilanzprüfungsausschuss auch unterjährig zu Themen und Sachverhalten, die absehbar Einfluss auf das Jahresergebnis 2017 der Sparkasse hatten. Der Verwaltungsrat wurde regelmäßig über die Sitzungen des Bilanzprüfungsausschusses informiert und beriet die Themen und Sachverhalte abschließend.

Die lang anhaltende Niedrigzinsphase, der steigende Wettbewerbsdruck auch von Nichtbanken, zu beobachtende Veränderungen im Kundenverhalten und den Kundenerwartungen, die wachsenden Herausforderungen der Digitalisierung und der aufsichtsrechtlichen Anforderungen setzen das Geschäftsmodell der Sparkassen zunehmend unter Druck. Da diese Trends sich in den nächsten Jahren fortsetzen, sind Veränderungen und Anpassungen in der Sparkasse KölnBonn erforderlich, um auch in Zukunft erfolgreich in der Region wirken zu können. Der Verwaltungsrat diskutierte mit dem Vorstand deshalb u. A. in einer Klausurtagung intensiv darüber, wie sich die Sparkasse in den nächsten Jahren durch eine strategische Neuausrichtung diesen Herausforderungen stellt. Das hierzu entworfene Zielbild findet Niederschlag in der Geschäftsstrategie 2018 und wird in den kommenden Jahren weiterentwickelt.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Sparkasse KölnBonn, Herr Artur Grzesiek, informierte Ende Mai darüber, dass er zum 31.12.2017 in den Ruhestand treten möchte. Zur Suche eines Nachfolgers/einer Nachfolgerin bildete der Verwaltungsrat eine Findungskommission, die mit Unterstützung externer Berater und nach Festlegung der Anforderungskriterien in fünf Sitzungen ein Auswahlverfahren durchführte. Im Ergebnis empfahl die Findungskommission dem Verwaltungsrat die Bestellung von Dr. Rüdiger Linnebank zum vorsitzenden Mitglied des Vorstandes der Sparkasse KölnBonn. Nach einem entsprechendem Beschluss in der Sitzung des Verwaltungsrates am 05. Dezember 2017 und der Bestätigung in der Sitzung des Zweckverbandes am 12. Dezember 2017 wird Herr Dr. Linnebank diese Aufgabe zum 01. April 2018 übernehmen. Ebenfalls in der Sitzung am 05. Dezember 2017 berief der Verwaltungsrat Herrn Ulrich Voigt zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes.

Tätigkeit der internen Revision

Im Rahmen der vom Verwaltungsrat erlassenen Dienstanweisung hat die Interne Revision unvermutet und planmäßig in allen Geschäftsbereichen ihre Prüfungen durchgeführt. Schwerpunkte wurden dabei auf die Funktionsfähigkeit des Kontrollsystems, die Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit betrieblicher Arbeitsverfahren und -abläufe sowie die Überwachung des Kreditgeschäftes gelegt. Der Bilanzprüfungsausschuss und der Verwaltungsrat wurden im Berichtsjahr quartalsweise über die Prüfungstätigkeit informiert. Im Rahmen des Jahresberichts erfolgte eine ausführliche Erörterung im Bilanzprüfungsausschuss und anschließend im Verwaltungsrat.

Fortbildung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates

Die Sparkasse veranstaltete zur Fortbildung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates Fortbildungsseminare mit internen und externen Dozenten. Darüber hinaus nutzten die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates das Seminarangebot der Sparkassenakademie Nordrhein-Westfalen.

Entlastung der Organe der Sparkasse KölnBonn

Der "Zweckverband Sparkasse KölnBonn" als Träger der Sparkasse KölnBonn, an dem die Stadt Köln zu 70 Prozent und die Bundesstadt Bonn zu 30 Prozent beteiligt sind, erteilte dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der Sparkasse KölnBonn im Berichtsjahr für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung.

Prüfung und Bestätigung des Jahresabschlusses 2017

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, nahm die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses vor. Dem vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht 2017 der Sparkasse KölnBonn wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat hat auf Empfehlung des Bilanzprüfungsausschusses den Jahresabschluss 2017 festgestellt und den Lagebericht des Vorstandes gebilligt. Die Sparkasse KölnBonn hat die das Jahr 2017 betreffenden Zinsverpflichtungen für Genussrechtskapital in voller Höhe passiviert. Die Auszahlung der Genussrechtszinsen an die Gläubiger erfolgt nach der Feststellung des Jahresabschlusses in 2018. Ebenfalls wurde ein Betrag in Höhe von 37,3 Mio. EUR zur Bedienung der stillen Einlage passiviert. Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB wurde eine Vorsorge in Höhe von 15,0 Mio. EUR zugeführt. Die Sparkasse KölnBonn weist einen Bilanzgewinn in Höhe von 17,7 Mio. EUR aus.

Der Verwaltungsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand für die geleistete engagierte Arbeit in 2017. Ein besonderer Dank gilt Herrn Artur Grzesiek, der als Vorsitzender des Vorstandes seit 2008 die Sparkasse KölnBonn mit großem Engagement und hoher Kompetenz geleitet hat.

Köln, den 01.03.2018

Der Vorsitzende des
Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn



Martin Börschel